

Zusammenfassung des AfD-Landesvorstandes Baden-Württemberg zum "Zentrum Automobil e.V." für Konventssitzung am 30.10.2021 (Zuarbeit zum TOP 2. - Bericht des Bundesvorstandes) wg. Aufnahme des Landesverbandes Baden-Württemberg des Vereins auf die Unvereinbarkeitsliste der AfD.



Die Gewerkschaft „Zentrum Automobil e.V.“



Name: Zentrum Automobil e.V.
Rechtsform: eingetragener Verein
Sitz: 70327 Stuttgart, Strümpfelbacher Straße 15
Registernummer: VR720647, Registergericht Stuttgart
Eintragung: 23.11.2009
1. Vorsitzender: Oliver Hilburger

Die Gewerkschaft Zentrum Automobil e.V. wurde am 23.11.2009 als eingetragener Verein beim Registergericht Stuttgart registriert. Damit unterscheidet sich die Gewerkschaft in seiner Rechtsform von den meisten im DGB zusammengefassten Gewerkschaften, die vielfach die Rechtsform eines nichtrechtsfähigen Vereins nach § 54 BGB haben.

Die Gründungssatzung wurde bereits am 28.03.2009 verabschiedet. Gründungsmitglied war der damals 40-jährige Oliver Hilburger, der am Tag der Eintragung bis 2015 Vorsitzender des Z.A. war und dieses Amt seit 2018 wieder begleitet. In den Jahren dazwischen gehörte Hilburger als Beisitzer dem gemäß Satzung 10-köpfigen Vorstand an.

Weitere Vorstandsmitglieder am Tag der Eintragung waren:

stv. Vorsitzender: Thomas Scharfy, Winnenden (Rems-Murr-Kreis)
Schatzmeister: Sascha Woll, Winnenden (Rems-Murr-Kreis)
Schriftführer: Hendrik Best, Remseck am Neckar (Landkreis Ludwigsburg)
Beisitzer: Jens Ackermann, Ludwigsburg
Beisitzer: Andreas Ziegler, Stuttgart

Der 6-köpfige Vorstand am Tag der Eintragung wurde 2015 per Satzungsänderung auf 10 Mitglieder erweitert.

Seinen Sitz hat das Z.A. in einem heruntergekommenen Wohnhaus im Stuttgarter Stadtteil Untertürkheim. Das untertürkheimer Werk der Daimler AG ist fußläufig vom Sitz des Z.A. erreichbar.

Personen

Oliver Hilburger



Oliver Hilburger, *08.10.1969, war vor seinen Aktivitäten im Z.A. Funktionär der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM), für die er bei der Daimler AG zum Betriebsrat gewählt wurde und die ihn als ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht vorschlug. Privat war Hilburger Gitarrist bei der Rechtsrockband „Noie Werte“ um den Reutlinger Rechtsanwalt Steffen Hammer (*im Bild unten*). Mit von der Partie war auch der spätere baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Michael Wendland. In

den 1990-er Jahren betrieben Hilburger und Hammer das Label German British Friendship (GBF), unter dem auch Alben von „Noie Werte“ veröffentlicht wurden. GBF-Records wurde dem „Blood&Honour“-Netzwerk zugeordnet, das inzwischen verboten wurde.



„Deutschland den Deutschen, so soll es sein. Lasst keine Fremdlinge mehr rein in unser Land, in unsere Blocks kommt kein Gesocks“, heißt es etwa im Stück „Zusammenhalt“ der Band „Noie Werte“, deren Werke auch mit den sog. „Schulhof-CDs“ der NPD verteilt wurden.

Mit der Wahl Hilburgers zum Beisitzer im Landesvorstand der CGM Baden-Württemberg wurden seine Aktivitäten in der Rechtsrockband bekannt. Das Landesarbeitsgericht Stuttgart setzte Hilburger daraufhin im Januar 2008 als Arbeitsrichter ab. Er habe sich mit seiner Band gegen die Verfassung gestellt. Die einzelnen Texte von „Noie Werte“ seien zwar nicht strafbar, doch das „Gesamtwerk“ der Band könne man nur als „gewaltverherrlichend“ und verfassungsfeindlich interpretieren“. Hilburger legte, vertreten durch RAin Meike Hammer, der Frau von Steffen Hammer, dagegen Verfassungsbeschwerde ein, womit er jedoch scheiterte. Ein Richter müsse sich durch „sein gesamtes Verhalten“ zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, argumentierte das BVerfG. Offiziell distanziert sich Hilburger heute von seiner Vergangenheit.

Thomas Scharfy

Ebenso aus den Reihen der Christlichen Gewerkschaft Metall kommt ein weiteres Gründungs- und Vorstandsmitglied des Z.A.: Thomas Scharfy, *19.05.1975. Scharfy wurde 2007 oder 2008 ebenfalls in den Vorstand der CGM gewählt. Scharfy hat, wie Hilburger, eine rechtsextreme Vergangenheit. In den 1990-er Jahren betrieb er die Mailbox „Empire BBS“ des „Thule-Netzes“. Das „Thule-Netz“ betrieb in der Vorinternetzeit eine elektronische Vernetzung von Rechtsextremisten mit Telefon-Mailboxen. Die Inhalte waren größtenteils antisemitisch und geschichtsrevisionistisch. Scharfys Mailbox im „Thule-Netz“ wurde auch vom sog. „NS-Kampfruf“, einem braunen Blatt, beworben.

Scharfy war bis Ende 2015 stv. Vorsitzender des Z.A., gehört jedoch bis heute weiterhin dem Vorstand als Administrator und Webmaster an.

Sascha Woll



Seit Frühjahr 2019 nach 10 Jahren nicht mehr im Vorstand des Z.A. ist Sascha Woll, *26.05.1970. Woll ist verheiratet mit einer ehemaligen NPD-Funktionärin. Diese war als Zeugin vor dem NSU-Untersuchungsausschuss geladen, weil freundschaftliche Beziehungen zu Andreas Graupner (letzter Gitarrist von „Noie Werte“) und Jan Werner (Chef der „Blood & Honour Sektion Sachsen“), die nach der Entdeckung der NSU-Terrorzelle ins Visier der Fahnder gerieten, pflegte. Wolls Frau berichtete vor dem NSU-Untersuchungsausschuss von Treffen mit anderen „nationalen Familien“. „Heil Euch“ heißt es in internen Nachrichten, die im November 2011 unter den Familien ausgetauscht wurden. Empfänger waren mehrere Mitglieder von Zentrum Automobil, darunter auch Oliver Hilburger.

Jens Ackermann

Reges Interesse an Veranstaltungen der NPD und des lokalen rechtsextremen „Deutschen Kreis von 1972 e.V.“, eines lokalen Zirkels um den ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Rolf Kosiek, zeigte Jens Ackermann, *26.09.1975. Wie Hilburger pflegte auch Ackermann Kontakt zu o.g. Andreas Graupner, der zusammen mit ebenfalls o.g. Jan Werner in den 1990-er Jahren in der Chemnitzer Skinheadszenen aktiv war. Beide zogen nach der Operation „Terzett“, einer Abhöraktion des sächsischen Verfassungsschutzes, der das NSU-Trio im Visier hatte, in den Rems-Murr-Kreis. Graupner im Übrigen nach Althütte-Sechselberg – dem Wohnort von Hilburger.

Andreas Brandmeier

2015 wurde Andreas Brandmeier, *15.09.1973, zum Vorsitzenden des Z.A. gewählt. Dieses Amt hatte er bis zur erneuten Wahl 2018 von Hilburger inne. Dem Vorstand gehört er bis heute als Beisitzer an. Brandmeier verschickte per E-Mail ein Hakenkreuzbild mit der Inschrift „Der deutsche Gruß heißt Heil Hitler“. Hilburger dementierte das und bezeichnete es als eine Fälschung. Der Empfänger der E-Mail konnte jedoch durch Offenlegung des Mailverlaufes den Beweis antreten. Auf Facebook postete ein Andi Brandmeier Unterstützervideos der Identitären Bewegung und beklagte u.a. die Macht der Rothschilds, die er als „supranationale Finanzdynastien“ bezeichnete.

Aktivitäten

Das Z.A. nahm 2010, 2014 und 2018 an Betriebsratswahlen teil. Schwerpunkt dabei war die Daimler AG in deren Werk im Stuttgarter Stadtteil Untertürkheim, wo auch das Z.A. ihren Sitz hat. Aber auch bei BMW und Porsche in Leipzig ist das Z.A. aktiv. Bei den Betriebsratswahlen 2018 konnte das Z.A.

Zuwächse verzeichnen. Im Daimler-Werk Untertürkheim stellt das Z.A. seit 2018 sechs Betriebsräte (13,2%) und konnte um rund 50% zulegen.

Größere mediale Bekanntheit erreichte das Z.A. durch die Vertretung zweier fristlos gekündigter Mitarbeiter im Daimler-Werk Untertürkheim. Den beiden Mitarbeitern Joachim Schmauder (*im Bild rechts*) und Timo Wildenauer (*im Bild unten*) wurde vorgeworfen, über Monate einem türkischen Kollegen über WhatsApp rassistische, muslim- und ausländerfeindliche Bilder



geschickt zu haben, darunter auch Bilder, die das Hakenkreuz zeigen. In dem vom Z.A. produzierten Dokumentarfilm „Der Vertrauensmann“ werden die Vorwürfe relativiert. Kündigungsschutzklagen der beiden ehemaligen Daimler-Mitarbeiter vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht scheiterten (*siehe: ArbG Stuttgart, Az.: 11 Ca 3737/18 und Az.: 11 Ca 3738/18*).



Verbindungen zu PEGIDA, EINPROZENT und AfD

Am 25. November 2017 redete Hilburger auf der Compact-Konferenz und saß u.a. gemeinsam mit PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann und dem Kopf der Identitären Bewegung, Martin Sellner, auf dem Podium. Am 19. Februar 2018 trat Hilburger bei PEGIDA Dresden auf, wo er von einer engen Kooperation mit EINPROZENT sprach. Am 30. April 2018 trat Hilburger bei der AfD Zwickau auf. Im



Mai 2018 war Hilburger zu Gast in der „Klartextrunde“ bei der AfD Sächsische Schweiz – Osterzgebirge (*im Bild links*). Zu einer Demo zur Rettung des Diesels sprach am 02. März 2019 Hilburger an der Seite von Vertretern des AfD Kreisverbands Stuttgart (*im Bild rechts*). Am 09. Oktober 2019 fand in Herrenberg (Landkreis



Böblingen) eine Veranstaltung unter dem Titel „Zukunft



des Automobils“ mit Oliver Hilburger, dem Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel sowie dem Landtagsabgeordneten Hans-Peter Stauch statt (*im Bild links*). Am 16. November 2019 ist ein gemeinsamer Auftritt von Oliver Hilburger und Dirk Spaniel zu einer Konferenz des Magazins

„COMPACT“ von Jürgen Elsässer geplant. Titel der Veranstaltung ist „Öko-Diktatur – Wie wir unsere Autos, unsere Energieversorgung und unsere Freiheit verlieren“.



In einer Telefonkonferenz des AfD Landesvorstandes in Baden-Württemberg am 19. Juni 2018 berichtete der damalige Sprecher Ralf Özkara, dass das Z.A.-Vorstandsmitglied Armin Noll zwecks einer Kooperation angefragt hat. Die Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ habe während den Bundestagswahlen / Betriebsratswahlen bei der Daimler AG für die AfD „Werbung“ gemacht, argumentierte Noll. Der Landesvorstand lehnte in einem Beschluss eine Zusammenarbeit und gemeinsame Auftritte ab. Am 15. Oktober 2019 lehnte der Landesvorstand nach ausführlicher erneuter Befassung mit der Sache eine Aufhebung des Beschlusses ab.

19. Oktober 2019

Hinweis: Die zusammengetragenen Fakten erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Protokollauszug zum TOP 2.3 der Telefonkonferenz des AfD-Bundesvorstandes am 18.10.2021

Montag, 18. Oktober 2021, 8:00 Uhr - 09:34 Uhr

[...]

TOP 2.3 Ergänzung Unvereinbarkeitsliste:

Landesverband Baden-Württemberg des „Zentrum Automobil e.V.“

Beschluss: „Der Bundesvorstand beschließt, den Landesverband Baden-Württemberg des Vereins ‚Zentrum Automobil e.V.‘ gemäß § 2 (4) Bundessatzung auf die Unvereinbarkeitsliste der Alternative für Deutschland zu setzen.“

Begründung:

- Nahezu der komplette Vorstand des Zentrum Automobil e.V. (LV Baden-Württemberg) besteht aus Personen, die sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen.
- Die AfD in Baden-Württemberg droht von Mitgliedern des Zentrum Automobils e.V. unterwandert zu werden.

Die jahrelangen Unterwandlungsbestrebungen müssen durch einen klaren Unvereinbarkeitsbeschluss beendet werden. Vorfeldorganisationen sind nötig - aber keine „toxischen“. Wir haben in dieser Angelegenheit viel zu verlieren und nichts zu gewinnen.

Protokollnotiz JK: „Ich halte die Maßnahme für überzogen und die bisher getroffenen Maßnahmen - Kooperationsverbot mit dem ‚Zentrum Automobile e.V.‘ - für ausreichend. Eine mögliche Unterwanderung durch den Verein kann durch den § 4 Absatz 2 Satz 6 Bundessatzung verhindert werden.“

Protokollnotiz SB: „Ich halte eine Aufnahme des ‚Zentrum für Automobile e.V.‘ auf die Unvereinbarkeitsliste für schwierig, da nach aktuellem Kenntnisstand nicht davon ausgegangen werden kann, dass es z.B. in Thüringen problematische Zustände gibt. Die Interna in Baden-Württemberg kenne ich nicht.“

Anlage 1 - E-Mail von Dr. Roland Hartwig an die „Arbeitsgruppe VS“ vom 07.04.2020

Anlage 2 - Protokollentwurf der BuVo-Sondertelko vom 08.04.2020 zur Parteiordnungsmaßnahme gg. Dirk Spaniel bzw. zum Zentrum Automobil,

Anlage 3 - Auszug aus dem Antrag auf eine Parteiordnungsmaßnahme vom 30.04.2020 gg. Dirk Spaniel (Passagen zum Zentrum Automobil).

Anlage 4 - E-Mail des Landesvorstandes Baden-Württemberg (Stephan Köthe) vom 15.10.2021 an den Bundesvorstand mit Zusammenfassung des Sachverhalts

Von: Roland Hartwig <r.hartwig@afd-rbk.de>
Gesendet: Dienstag, 7. April 2020 11:30
An: Hans-Holger Malcomeß <Hans-Holger.Malcomess@afd.de>
Cc: AGVS <agvs@afd.de>
Betreff: Causa Spaniel

Lieber Herr Malcomeß,

nachstehend übersende ich Ihnen die erbetene Stellungnahme und Empfehlung der AG VS in der Causa Spaniel mit der Bitte, diese aufgrund drohenden Fristablaufs umgehend dem Bundesvorstand zuzuleiten. Konkret geht es um die wünschenswerte Berücksichtigung von zwei weiteren Sachverhalten vom 09.10.2019 und vom 10.10.2019.

Deshalb sollte auch die für morgen Abend geplante Telefonkonferenz mit dem Bundesvorstand nach Möglichkeit auf morgen Vormittag vorgezogen werden, damit der Antrag auf Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens noch am 09.04.2020 das Landesschiedsgericht Baden-Württemberg erreicht.

Bitte bestätigen Sie mir kurz den Eingang dieser Email.

Mit den besten Grüßen

Roland Hartwig

Hier nun die Stellungnahme der AG VS:

Die Arbeitsgruppe Verfassungsschutz empfiehlt dem Bundesvorstand, gegen Herrn Dirk Spaniel ein Parteiausschlussverfahren einzuleiten und einen entsprechenden Antrag am 09.04.2020 beim Landesschiedsgericht Baden-Württemberg einzureichen.

Wir stützen diese Empfehlung auf zwei Gründe, wobei nach unserer Einschätzung auch jeder Grund für sich einen Parteiausschluss rechtfertigt:

- Seine Zusammenarbeit mit dem Zentrum Automobil e.V. (nachfolgend "ZA") unter Mißachtung entsprechender Beschlüsse durch den Landesvorstand Baden-Württemberg und den Bundesvorstand.
- Sein Auftreten am 04.01.2020 als Redner bei einer Veranstaltung vor dem SWR-Funkhaus in Baden-Baden.

Im Einzelnen:

1. Zentrum Automobil:

- Es liegen folgende hier relevante Beschlüsse vor:
 - o Landesvorstand Baden-Württemberg vom 29.08.2017: "Es gibt keine gemeinsamen Wahlkampfveranstaltungen der AfD mit Oliver Hilburger (Vorstand des ZA)";
 - o Landesvorstand Baden-Württemberg vom 19.06.2018: "Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kommt eine Zusammenarbeit mit dem "Zentrum Automobil" nicht in Frage";

- o Landesvorstand Baden-Württemberg vom 15.10.2019: "Der Beschluß des 5. Landesvorstands, dass es keine Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum Automobil und dem Landesverband Baden-Württemberg gibt, wird nicht aufgehoben";
- o Bundesvorstand vom 28.10.2019: "Der Bundesvorstand schließt sich den Beschlusslagen des Landesvorstands Baden-Württemberg vom 29.08.2017 sowie vom 15.10.2019 bezüglich der Vereinigung "Zentrum Automobil e.V.".....an."

Die Begründung dieser Beschlüsse beruht auf der Nähe von (ehemaligen) Vorstandsmitgliedern zur rechtsextremistischen Szene (zumindest) in der Vergangenheit.

- Der Landesvorstand Baden-Württemberg hat gegenüber Herrn Spaniel 2 Abmahnungen ausgesprochen:
 - o Vom 29.10.2019 aufgrund seiner Rundmail vom 19.10.2019 an die Kreisvorstände in Baden-Württemberg, mit der er den zuvor aufgeführten Beschluss des Landesvorstands vom 15.10.2019 als "mehr als fragwürdig" diskreditierte, das Zusammenarbeitsverbot mit dem ZA als sachlich unbegründet und rein machttaktisch orientiert bezeichnete und ankündigte, das er seine Zusammenarbeit als Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Bundestagsfraktion für Verkehrsthemen mit dieser wichtigen Arbeitnehmerversammlung nicht einstellen werde;
 - o Vom 11.11.2019 aufgrund von Verstößen gegen den Datenschutz, die hier nicht weiter relevant sind.
- Ungeachtet dieser Historie hat sich Herr Spaniel in seiner damaligen Funktion als einer der beiden Landessprecher in Baden-Württemberg in drei Fällen nicht an das vom Bundesvorstand und vom Landesvorstand Baden-Württemberg ausgesprochene Kooperationsverbot mit dem ZA gehalten:
 - o Am 09.10.2019 ist er gemeinsam mit Herrn Hilburger vom ZA bei einer Veranstaltung des AfD-Ortsverbands Herrenberg aufgetreten;
 - o Am 10.10.2019 versuchte er mittels falscher Behauptungen den Sprecher des AfD-Kreisverbandes Baden-Baden/Rastatt, Herrn Roland Oberst, davon zu überzeugen, ihn und Herrn Hilburger zu einem Stammtisch einzuladen. Dabei sagte er Herrn Oberst, dass Hilburger in einem Gremium des Landesvorstands als Verkehrsexperte tätig sei und für Herrn Gögel (einer der beiden damaligen Landessprecher Baden-Württemberg) arbeiten würde, außerdem wäre er vom ganzen Landesvorstand als Experte akzeptiert;
 - o Am 16.11.2019 sprach er per Video-Schaltung bei der Compact-Souveränitätskonferenz in Magdeburg, an der auch Herr Hilburger teilnahm;
 - o Nur ergänzend ist zu erwähnen, dass Herr Hilburger und weitere Mitglieder des ZA auf Einladung von Herrn Spaniel in der Zeit vom 08.03. bis 11.03.2020 an einer vom Bundespressamt organisierten Besucherreise nach Berlin und in den Deutschen Bundestag teilnahmen.

2. Funkhaus Baden-Baden:

- Am 04.01.2020 sprach Herr Spaniel (wiederum als einer der beiden Landessprecher) auf dieser Demonstration. Obwohl als Redner zunächst nur der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Stefan Räßle beworben wurde, traten als Redner neben Herrn Räßle und Herrn Spaniel auch Frau Doris von Sayn-Wittgenstein und Herr Gernot Tegetmeyer auf.
- Herr Tegetmeyer ist ein politischer Aktivist, der zur verfassungsschutzrelevanten islamkritischen Szene Bayerns gehört. Er war Veranstalter des Nürnberger Ablegers von Pegida, der "Nügida", die auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD aufgeführt ist.

- Frau von Sayn-Wittgenstein wurde am 28.08.2019 vom Bundesschiedsgericht letztinstanzlich aus der AfD ausgeschlossen. Das Gericht sah in ihrer Werbung für einen rechtsextremen Verein, der ebenfalls auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht, ein parteischädigendes Verhalten.

3. Der Landesvorstand Baden-Württemberg hat das Auftreten von Herrn Spaniel bei der Compact-Souveränitätskonferenz am 16.11.2019 und bei der Demonstration vor dem SWR-Funkhaus am 04.01.2020 rechtlich von Herrn Rechtsanwalt Andreas Schoemaker bewerten lassen. Dieser kommt in seinem mit Datum vom 09.01.2020 vorgelegten Gutachten zu folgenden Aussagen:

- Ein Verstoß von Herrn Spaniel gegen die Ordnung der Partei, namentlich Rücksichtnahmegebot und Loyalitätspflichten gegenüber der Partei in ihrer Gesamtheit, dem Landesvorstand und einzelnen Mitgliedern ist zu bejahen;
- Ein schwerer Schaden für die Partei ergibt sich in beiden Fällen bereits aus der Tatsache, dass die öffentlichen Kontakte (mit) geeignet sind, der Forderung nach einer VS-Beobachtung der Partei oder einzelner Teile Nahrung zu geben. Dies sowohl hinsichtlich "Zentrum Automobil", dessen Verstrickungen bis hin zum NSU-Komplex reichen, als auch für die verfassungsschutzrelevanten Aktivitäten des Herrn Tegetmeyer, der seit Jahren in den Verfassungsschutzberichten Erwähnung findet;
- Im Falle der SWR-Demo ergibt sich ein weitergehender Schaden aus der über das Übliche hinausgehenden negativen Berichterstattung;
- Herr Spaniel hat in Kenntnis aller wesentlichen Umstände jedenfalls mit direktem Vorsatz gehandelt;
- Die Voraussetzungen eines Parteiausschlusses liegen vor.

4. Die AG VS schließt sich dieser Bewertung an. Hinzu treten die beiden Sachverhalte vom 09.10.2019 und 10.10.2019, die in dem Gutachten von Herrn Rechtsanwalt Schoemaker noch gar nicht berücksichtigt wurden.

5. Nach § 7 V S. 2 der Bundessatzung gilt für einen Parteiausschluß eine Frist von 6 Monaten, die mit der Kenntnisnahme der maßgeblichen Umstände durch den Vorstand beginnt. Um die beiden Sachverhalte vom 09.10.2019 und 10.10.2019 ebenfalls sicher in das Ausschlußverfahren einbeziehen zu können, muß der Antrag auf Parteiausschuss daher am 09.04.2020 beim Landesschiedsgericht Baden-Württemberg eingegangen sein.

Mit freundlichen Grüßen



Protokollentwurf der Telefonkonferenz des AfD-Bundesvorstands

Termin: Montag, **6. April 2020**, ab 8:00 Uhr

Eingeladen worden sind:

Stimmberechtigt: *Jörg Meuthen (JM), Tino Chrupalla (TC),
Alice Weidel (AW), Stephan Brandner (SB), Beatrix von Storch (BvS),
Carsten Hütter (CH), Joachim Kuhs (JK),
Sylvia Limmer (SL), Andreas Kalbitz (AK), Jochen Haug (JH),
Stephan Protschka (SP), Alexander Wolf (AWo), Joachim Paul (JP)*

Ehrenvorsitzender: *Alexander Gauland (AG)*

JA-Bundesvorsitz.: *Damian Lohr (DL)*

TOP 1 _____ Tagesordnung

TOP 2 _____ Bundesvorstand

- 2.1 **Beschluss Ordnungsmaßnahme gg. Dr. Dirk Spaniel** *(TC, AW, BvS, JK, AWo, JP)*
- 2.2 **Weiteres Vorgehen gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz** *(AWo)*
- 2.3 **Prüfauftrag des Bundesvorstands an ‚AG VS‘ in Causa Dirk Spaniel** *(AW)*

TOP 3 _____ Finanzen / Mitglieder

TOP 4 _____ Bundesverband/ Bundesgeschäftsstelle

TOP 5 _____ Landesverbände

TOP 6 _____ Verschiedenes

TOP 1 _____ Tagesordnung

1.1 Besprechung und Beschluss der Tagesordnung

TOP 2 _____ Bundesvorstand

2.1 Beschluss Ordnungsmaßnahme gg. Dr. Dirk Spaniel (TC, AW, BvS, JK, AWo, JP)

Beschluss: „Der Bundesvorstand beschließt, beim Landesschiedsgericht Baden-Württemberg gegen Herrn Dr. Dirk Spaniel gemäß § 7 Abs. 4 Buchst. b) Bundessatzung die Aberkennung der Fähigkeit, jegliches Parteiamt zu bekleiden, für die Dauer von zwei Jahren zu beantragen.“

Ergebnis der Abstimmung: **11x JA / 2 x NEIN / 0 x ENT** >>> Mehrheitlich beschlossen.

Protokollnotiz von SB und AK: „Ich stimme der von Dr. Roland Hartwig für die „Arbeitsgruppe VS“ vorgestellten juristischen Einschätzung grundsätzlich zu, halte die vorgeschlagene Vorgehensweise für politisch höchst problematisch, weil sie nach meiner Auffassung sowohl im Landesverband Baden-Württemberg als auch in der Bundestagsfraktion zu erheblichen Verwerfungen führen wird. Deshalb habe ich mit Nein gestimmt.“

Protokollnotiz von SP: „Ich habe deshalb so abgestimmt, um eine möglichst einheitliche Abstimmung des Bundesvorstands zu unterstützen.“

Begründung der Beschlussfassung - ausschlaggebend für diese Entscheidung waren folgende Punkte:

- Die Zusammenarbeit von Dirk Spaniel mit dem Zentrum Automobil e.V. (nachfolgend "ZA") unter Mißachtung entsprechender Beschlüsse durch den Landesvorstand Baden-Württemberg und den Bundesvorstand.
- Das Auftreten von Dirk Spaniel am 04.01.2020 als Redner bei einer Veranstaltung vor dem SWR-Funkhaus in Baden-Baden.

Im Einzelnen:

1. _____ Zentrum Automobil:

- Es liegen folgende vier relevante Beschlüsse vor:
 - o Landesvorstand Baden-Württemberg vom 29.08.2017: "Es gibt keine gemeinsamen Wahlkampfveranstaltungen der AfD mit Oliver Hilburger (Vorstand des ZA)";
 - o Landesvorstand Baden-Württemberg vom 19.06.2018: "Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kommt eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum Automobil' nicht in Frage";
 - o Landesvorstand Baden-Württemberg vom 15.10.2019: "Der Beschluß des 5. Landesvorstands, dass es keine Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum Automobil und dem Landesverband Baden-Württemberg gibt, wird nicht aufgehoben";
 - o Bundesvorstand vom 28.10.2019: "Der Bundesvorstand schließt sich den Beschlüssen des Landesvorstands Baden-Württemberg vom 29.08.2017 sowie vom 15.10.2019 bezüglich der Vereinigung "Zentrum Automobil e.V." [...] an."

Die Begründung dieser Beschlüsse beruht auf der Nähe von (ehemaligen) Vorstandsmitgliedern zur rechtsextremistischen Szene (zumindest) in der Vergangenheit.

- Der Landesvorstand Baden-Württemberg hat gegenüber Herrn Spaniel zwei Abmahnungen ausgesprochen:
 - o Vom 29.10.2019 aufgrund seiner Rundmail vom 19.10.2019 an die Kreisvorstände in Baden-Württemberg, mit der er den zuvor aufgeführten Beschluss des Landesvorstands vom 15.10.2019 als "mehr als fragwürdig" diskreditierte, das Zusammenarbeitsverbot mit dem ZA als sachlich unbegründet und rein machttaktisch orientiert bezeichnete und ankündigte, das er seine Zusammenarbeit als Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Bundestagsfraktion für Verkehrsthemen mit dieser wichtigen Arbeitnehmersvertretung nicht einstellen werde;



- o Vom 11.11.2019 aufgrund von Verstößen gegen den Datenschutz, die hier nicht weiter relevant sind.
- Ungeachtet dieser Historie hat sich Herr Spaniel in seiner damaligen Funktion als einer der beiden Landessprecher in Baden-Württemberg in drei Fällen nicht an das vom Bundesvorstand und vom Landesvorstand Baden-Württemberg ausgesprochene Kooperationsverbot mit dem ZA gehalten:
 - o Am 09.10.2019 ist er gemeinsam mit Herrn Hilburger vom ZA bei einer Veranstaltung des AfD-Ortsverbands Herrenberg aufgetreten;
 - o Am 10.10.2019 versuchte er mittels falscher Behauptungen den Sprecher des AfD-Kreisverbandes Baden-Baden/Rastatt, Herrn Roland Oberst, davon zu überzeugen, ihn und Herrn Hilburger zu einem Stammtisch einzuladen. Dabei sagte er Herrn Oberst, dass Hilburger in einem Gremium des Landesvorstands als Verkehrsexperte tätig sei und für Herrn Gögel (einer der beiden damaligen Landessprecher Baden-Württemberg) arbeiten würde, außerdem wäre er vom ganzen Landesvorstand als Experte akzeptiert;
 - o Am 16.11.2019 sprach er per Video-Schaltung bei der Compact-Souveränitätskonferenz in Magdeburg, an der auch Herr Hilburger teilnahm.

Nur ergänzend ist zu erwähnen, dass Herr Hilburger und weitere Mitglieder des ZA auf Einladung von Herrn Spaniel in der Zeit vom 08.03. bis 11.03.2020 an einer vom Bundespressamt organisierten Besucherreise nach Berlin und in den Deutschen Bundestag teilnahmen.

2. _____ Funkhaus Baden-Baden:

- Am 04.01.2020 sprach Herr Spaniel (wiederum als einer der beiden Landessprecher) auf dieser Demonstration. Obwohl als Redner zunächst nur der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Stefan Räßle beworben wurde, traten als Redner neben Herrn Räßle und Herrn Spaniel auch Frau Doris von Sayn-Wittgenstein und Herr Gernot Tegetmeyer auf.
- Herr Tegetmeyer ist ein politischer Aktivist, der zur verfassungsschutzrelevanten islamkritischen Szene Bayerns gehört. Er war Veranstalter des Nürnberger Ablegers von Pegida, der "Nügida", die auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD aufgeführt ist.
- Frau von Sayn-Wittgenstein wurde am 28.08.2019 vom Bundesschiedsgericht letztinstanzlich aus der AfD ausgeschlossen. Das Gericht sah in ihrer Werbung für einen rechtsextremen Verein, der ebenfalls auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht, ein parteischädigendes Verhalten.

3. _____ Der Landesvorstand Baden-Württemberg hat das Auftreten von Herrn Spaniel bei der Compact-Souveränitätskonferenz am 16.11.2019 und bei der Demonstration vor dem SWR-Funkhaus am 04.01.2020 rechtlich von Herrn Rechtsanwalt Andreas Schoemaker bewerten lassen. Dieser kommt in seinem mit Datum vom 09.01.2020 vorgelegten Gutachten zu folgenden Aussagen:

- Ein Verstoß von Herrn Spaniel gegen die Ordnung der Partei, namentlich Rücksichtnahmegebot und Loyalitätspflichten gegenüber der Partei in ihrer Gesamtheit, dem Landesvorstand und einzelnen Mitgliedern ist zu bejahen;
- Ein schwerer Schaden für die Partei ergibt sich in beiden Fällen bereits aus der Tatsache, dass die öffentlichen Kontakte (mit) geeignet sind, der Forderung nach einer VS-Beobachtung der Partei oder einzelner Teile Nahrung zu geben. Dies sowohl hinsichtlich "Zentrum Automobil", dessen Verstrickungen bis hin zum NSU-Komplex reichen, als auch für die verfassungsschutzrelevanten Aktivitäten des Herrn Tegetmeyer, der seit Jahren in den Verfassungsschutzberichten Erwähnung findet;
- Im Falle der SWR-Demo ergibt sich ein weitergehender Schaden aus der über das Übliche hinausgehenden negativen Berichterstattung;
- Herr Spaniel hat in Kenntnis aller wesentlichen Umstände jedenfalls mit direktem Vorsatz gehandelt.

Damit liegen die Voraussetzungen für die Aberkennung der Fähigkeit, ein bestimmtes Parteiamt oder jegliches Parteiamt zu bekleiden, vor.

4. ____ Hinzu treten die beiden Sachverhalte vom 09.10.2019 und 10.10.2019, die in dem Gutachten von Herrn Rechtsanwalt Schoemaker noch nicht berücksichtigt gewesen sind.

Anlage - Auszug § 7 (4) Bundessatzung (Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder)

(4) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei und fügt es der Partei dadurch einen Ansehensverlust oder in anderer Weise einen Schaden zu, so kann der zuständige Vorstand bei dem für das Mitglied zuständigen Landesschiedsgericht eine oder beide der folgenden Maßnahmen beantragen:

(a) Enthebung aus einem Parteiamt,

(b) Aberkennung der Fähigkeit, ein bestimmtes Parteiamt oder jegliches Parteiamt zu bekleiden, bis zur Höchstdauer von zwei Jahren.

Es gilt eine Ausschlussfrist von vier Monaten. Sie beginnt, sobald der Vorstand von den maßgeblichen Umständen Kenntnis erlangt hat.

Quelle: www.afd.de/satzung/#7

2.2 Weiteres Vorgehen gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz (AWo)

Beschluss: „Der Bundesvorstand möge folgendes beschließen:

- 1) Herausgabe des aktuellen Gutachtens des Verfassungsschutzes über die Einstufung des Flügels als ‚bewiesen rechtsextrem‘. Dieses Gutachten lag dem Spiegel bereits am 12.03.2020 vor. Ich gehe davon aus, dass wir es trotz des anwaltlichen Schreibens von Herrn Dr. Conrad nicht erhalten werden. Ich schlage daher vor, Klage auf Herausgabe zu erheben. Der Verfassungsschutz greift mit seiner Einstufung des Flügels massiv in unsere grundrechtlich geschützten Rechte als Partei ein. Wir können uns dagegen nur wirksam verteidigen, wenn wir die Gründe für diesen Eingriff und damit das Gutachten kennen. Ein entsprechender Herausgabeanspruch würde sich damit unmittelbar auf den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit stützen. Geheimhaltungsinteressen des Verfassungsschutzes überwiegen demgegenüber nicht mehr, nachdem auch dieses Gutachten der Presse zur Verfügung gestellt wurde.
- 2) Erweiterung der gegen das Bundesinnenministerium in Berlin eingereichten Klage und des entsprechenden Eilantrages dahingehend, dass in den kommenden Verfassungsschutzberichten des Innenministeriums auch die Darstellung des Flügels als ‚bewiesen rechtsextrem‘ gerichtlich untersagt wird.
- 3) Erweiterung der gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln eingereichten Klage dahingehend, dass auch die weitere Beobachtung des Flügels als ‚bewiesen rechtsextrem‘ gerichtlich untersagt wird. Grundsätzlich könnte man hierzu auch noch einen Eilantrag einreichen, wenngleich ich die Erfolgsaussichten für sehr gering halte.
- 4) Aufbau einer parteiinternen Struktur zur Beantwortung der Argumente, die in den laufenden Prozessen von den Behörden gegen uns vorgetragen werden. Hier ist darauf hinzuweisen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz in dem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Köln Fristverlängerung bis zum 29.05.2020 erhalten hat, um auf unsere Klage zu antworten. Anschließend läuft für uns eine Frist von 6 Wochen an, in der wir unsere Klage entsprechend ergänzen können.“

Ergebnis der Abstimmung: **13 x JA / 0 x NEIN / 0 x ENT** >>> Einstimmig beschlossen.

2.3 Prüfauftrag des Bundesvorstands an ‚AG VS‘ in Causa Dirk Spaniel (AW)

Anzuhörender: Dr. Dirk Spaniel / Teilnehmer: Dr. Roland Hartwig (für Arbeitsgruppe VS)

Anlage 1 – Beschlusslage der Telefonkonferenz des Bundesvorstands vom 30.03.2020



„Der Bundesvorstand befasst sich aufgrund der Befangenheit des Landesvorstandes Baden-Württemberg auch weiterhin mit der Causa Dirk Spaniel. Hierzu beschließt der Bundesvorstand:

- 1) Dirk Spaniel wird für die nächste Präsenzsitzung des Bundesvorstands am 6. April 2020 eingeladen, um den vor kurzem auf seine Einladung durchgeführten Besuch von Mitgliedern des Zentrums Automobil im Deutschen Bundestag zu erläutern, insbesondere die Teilnahme von Herrn Oliver Hilburger.
- 2) Die Arbeitsgruppe VS wird beauftragt, im Anschluss hieran und unter Berücksichtigung aller weiteren im Zusammenhang mit dem Zentrum Automobil vorhandenen Unterlagen und Informationen dem Bundesvorstand bis zum 8. April 2020 einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: 11 x JA / 0 x NEIN / 2 x ENT > Einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen.

Anlage 2 - Beschlusslage des Landesvorstandes Baden-Württemberg vom 24.03.2020

TOP 9.0) Rücküberweisung der Parteiordnungsverfahren gegen Dr. Dirk Spaniel an den Landesvorstand Baden-Württemberg

Beschluss: „Der Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg ersucht den Bundesvorstand, etwaige zu prüfende Parteiordnungsverfahren gegen Herrn Dr. Dirk Spaniel zu übernehmen. Das mit Ordnungsverfahren zu sanktionierende Verhalten fällt in einen Zeitraum, in dem Herr Dr. Spaniel Landesvorsitzender der AfD Baden-Württemberg war. Folgerichtig ist die Betreuung des Parteiordnungsverfahrens Sache des Bundesvorstandes geworden. Eine neuerliche Kompetenzverschiebung bei diesem Ordnungsverfahren zurück an den Landesvorstand ist weder notwendig noch sachlich angemessen, da der Bundesvorstand seit über zwei Monaten mit der Angelegenheit befasst ist. Insofern wird darauf hingewiesen, dass bestimmte Ordnungsmaßnahmen demnächst verfristen. Weiter war Dirk Spaniel Mitkonkurrent bei der letzten Landesvorstandswahl am 19.02.2020, es besteht die Sorge, dass man in der Partei ein Vorgehen des Landesvorstandes gegen Herr Dr. Spaniel nicht als objektiv gerechtfertigt, sondern als politische Aktion einstufen könnte. Der Landesvorstand erklärt sich deshalb für befangen und bittet den Bundesvorstand in diese Angelegenheit tätig zu werden.“ [Der Beschluss erfolgte einstimmig.]

Anlage 3 - Auszug von der Webseite des „Zentrum Automobil e.V.“

Zitat: „Vom 08. bis zum 11. März waren Kollegen des Zentrums auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Dr. Dirk Spaniel in Berlin.“

Quelle: <https://www.zentrum-automobil.de/2020/03/17/zentrum-in-berlin/>

Anlage 4 - E-Mail des BGF an den Landesvorstand Baden-Württemberg vom 29.10.2020

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Landesvorstandes Baden-Württemberg, der Bundesvorstand hat in seiner gestrigen Präsenzsitzung einen einstimmigen Beschluss zum Verein "Zentrum Automobil e.V." gefasst, den ich Ihnen nachfolgend zur Kenntnis gebe:

TOP 5.1.a) - Anschluss des Bundesvorstandes an Beschlusslage des Landesvorstandes zum „Zentrum Automobil e.V.“

Beschluss: „Der Bundesvorstand schließt sich den Beschlusslagen des Landesvorstandes Baden-Württemberg vom 29.08.2017 sowie vom 15.10.2019 bezüglich der Vereinigung Zentrum Automobil e.V.“ (www.zentrum-automobil.de) an.“

Begründung: „Der Vorstand des Vereins besteht gemäß aktuellem Vereinsregister-Auszug des Amtsgerichtes Stuttgart Nr. 720647 vom 22.10.2019 aus zehn Mitgliedern. Zu vier der genannten Personen liegen nachfolgende Informationen öffentlich vor:

- a) Vorstandsmitglied (Beisitzer) Tobias Gerstner: „gehörte laut Behördendokumenten jahrelang zur badischen Neonaziszene“ (<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.daimler-neonazis-wollen-einfluss-im-betriebsrat-ausbauen.ef65ddb8-521f-4c98-a8a2-feed2cc90414.html>),
- b) Vorstand Oliver Hilburger: ehemaliges Mitglied der Rechtsrock-Band „Noie Werte“ (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-und-die-rechte-gewerkschaft-wenn-dein-blauer-arm-es-will.59cfac1b-bcf2-4909-9a0d-bd48a6c47e44.html>; https://de.wikipedia.org/wiki/Noie_Werte),
- c) Schatzmeister Hans Jaus: war vermeintlicher Bundesschatzmeister der Wiking-Jugend (<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2018-01/rechtsextremismus-daimler-gewerkschaft-hakenkreuz-e-mail>),
- d) Vorstandsmitglied (Administrator, Webmaster) Thomas Scharfy: „betreute in den 90er Jahren die Mailbox ‚Empire BBS‘ des ‚Thule-Netzes‘, über das sich vor dem Internetzeitalter Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet austauschten“ (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-und-die>



[rechte-gewerkschaft-wenn-dein-blauer-arm-es-will.59cfac1b-bcf2-4909-9a0d-bd48a6c47e44.html](https://www.audible.de/?ref=AUDIBLE_SALES_TAG&pf_rd_p=59cfac1b-bcf2-4909-9a0d-bd48a6c47e44)).

Eine Zusammenarbeit des Landesverbandes Baden-Württemberg der Alternative für Deutschland und dem „Zentrum Automobil e.V.“ ist unter Berücksichtigung der zu den vier genannten Personen vorliegenden Informationen nicht ratsam, weil dies das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im schlimmsten Fall als Verbindung (bzw. als Zusammenarbeit) von AfD-Politikern in die rechtsextremistische Szene verorten und ein Einwirken durch die entsprechenden Protagonisten auf die Partei unterstellen könnte (was vergleichbar schon im BfV-Gutachten vom Januar 2019 erfolgte). Anlage - Vereinsregisterauszug Nr. 720647 des Amtsgerichtes Stuttgart vom 22.10.2019, Mit freundlichen Grüßen, Hans-Holger Malcomeß, Bundesgeschäftsführer

Anlage 5 - E-Mail des Landesschriftführers Baden-Württemberg an den BGF vom 19.10.2020

Sehr geehrter Herr Malcomeß, mangels Kenntnis der Zuständigkeiten innerhalb des Bundesvorstandes wende ich mich im Auftrag des Landesvorstandes BW an Sie mit der Bitte, folgendes Anliegen dem zuständigen Bundesvorstandsmitglied bzw. dem Gesamtgremium zur Stellungnahme vorzulegen: Neben Brandenburg scheint BW Schwerpunkt der "Alternativen Arbeitnehmervertretung für Mitarbeiter der Automobilindustrie", kurz "Zentrum Automobil" zu sein. Es handelt sich mangels Tariffähigkeit nicht um eine Gewerkschaft im Rechtssinne. Allerdings erhielt die Liste bei den letzten Betriebsratswahlen im Daimlerwerk Untertürkheim 13.2 % der Stimmen. Der Landesvorstand beschäftigte sich auf seiner letzten Sitzung am Dienstag, 15.10.19 mit der Frage einer Zusammenarbeit oder Nicht-Zusammenarbeit mit dem "Zentrum". Nach kontroverser Diskussion wurde schließlich ein Antrag abgelehnt, der auf die Aufhebung von Abgrenzungs- bzw. Nicht-zusammenarbeitsbeschlüssen aus 2017 und 2018 abzielte. Allerdings wurde zu recht argumentiert, dass das "Zentrum" nicht in der Unvereinbarkeitsliste der Bundespartei aufgeführt ist, und wir als Landesverband können uns auch keine eigene Unvereinbarkeitsliste "basteln". Die damaligen Absagen an eine Zusammenarbeit beruhten - und beruhen immer noch - auf der Vergangenheit des Vorsitzenden Hilburger als Mitglied der rechten Band "Noie Werte". Des weiteren sollen zwei weitere Vorstandsmitglieder - Herren Jaus und Scharfy, möglicherweise noch andere - eine rechtsextremistische Vergangenheit haben. Herr Hilburger wird am 16. November 2019 auch mit einigen Buchautoren und Publizisten, so Herrn Elsässer, zum Thema "Klima" in Magdeburg auftreten. Über den Umweg einer Zusammenarbeit auf Landesebene würde die AfD Baden-Württemberg möglicherweise Gefahr laufen, dass diese Personen mit der AfD in Verbindung gebracht werden, wengleich - dies muss betont werden - das "Zentrum Automobil" selbst nach Antworten auf entsprechende parlamentarische Anfragen KEIN Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes ist! Ob das auch für einzelne Mitglieder des Vorstandes gilt, ist uns nicht bekannt. Der Landesvorstand bittet vor dem Hintergrund dieses Sachverhalts den Bundesvorstand um eine Stellungnahme, welchen Umgang mit dem "Zentrum Automobil" er empfiehlt. Mit freundlichem Gruß, Dieter Amann, Landesverband Baden-Württemberg (Schriftführer)

Anlage 6 - Im Auftrag des Landesvorstandes Baden-Württemberg erstelltes Gutachten von RA Andreas Schoemaker vom 09.01.2020

„Zu begutachten ist, welche Ordnungsmittel gemäß AfD-Bundessatzung (in der Fassung vom 01.12.2019) gegen Herrn Dr. Dirk Spaniel rechtfertigen. Herr Dr. Dirk Spaniel ist Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg. Die Zulässigkeit einer weiteren Abmahnung ist nicht zu prüfen. [...] Kapitel D. - Ergebnis: Die tatbestandlichen Voraussetzungen sowohl einer Amtsenthebung und/oder Ämter Sperre, als auch des Parteiausschlusses sind erfüllt. Entsprechende Anträge haben Aussicht auf Erfolg.“

Anlage 7 - Protokollauszug Landesvorstands-Sitzung Baden-Württemberg vom 07.01.2020

TOP 5.2. Beratung und ggf. Beschluss einer Parteiordnungsmaßnahme gegen D. Spaniel wegen gemeinsamen Auftritt mit Oliver Hilburger (Vertreter Zentrum Automobil)

T. Rieger führt aus und verweist darauf, dass seinerzeit der Bundesvorstand den Abgrenzungsbeschluss des Landesvorstandes (keine gemeinsamen Auftritte mit Herrn Hilburger vom Zentrum Automobil) gebilligt hat und der Videoauftritt dem zuwider einen gemeinsamen Auftritt darstellt. D. Spaniel rechtfertigt sich (erneut) in derselben Weise wie schon im Verlauf einer vorangegangenen Sitzung, nämlich dass er nicht teilgenommen habe bei der Veranstaltung, in der Herr Hilburger aufgetreten sei. Im weiteren Verlauf werden 5.2 und 5.3 zusammen diskutiert.

5.3. Beratung und ggf. Beschluss über mögliche Ordnungsmaßnahmen gegen Beteiligte bzw. Redner der Demonstration in Baden-Baden am 4. Januar 2020



a) Dirk Spaniel: B. Gögel führt aus und hält D. Spaniel vor, eine Rede gehalten zu haben, obwohl eine aus der Partei ausgeschlossene und wahrscheinlich vom Verfassungsschutz beobachtete Person (Sayn-Wittgenstein) und eine vom Verfassungsschutz beobachtete Person (Gernot Tegetmayer, Bayern) und weitere zweifelhafte Personen aus der rechten Szene (z.B. Alois Rößsch), eingeladen worden waren und geredet haben, sowie sein Mitarbeiter Weber, der gar kein Parteimitglied sei, geredet habe. D. Spaniel rechtfertigt sich damit, Herr Räßple habe auf Befragen, wer dort spreche, nur Herren Müller und Mandic genannt. Am Tag vorher, am Freitag, habe er von der Einladung der Frau Sayn-Wittgenstein erst erfahren. Er habe deswegen nicht sprechen wollen, sei aber hingefahren um sich die Sache anzusehen. Er habe aber festgestellt dass es keine Räßple-Demo, sondern eine AfD-Demo gewesen sei. Nachdem er gesehen habe, dass der SWR Kameras aufbaute, habe er spontan entschlossen zu reden. Ausserdem sei die Veranstaltung über den Veranstaltungsverteiler beworben worden. Dem wird entgegnet, dass er als Landesvorsitzender - erst recht wenn er die Veranstaltung nicht als Räßple-Veranstaltung, sondern als AfD-Veranstaltung aufgefasst habe - hätte eingreifen müssen, ausserdem seien für die Veranstaltungen auch ausschließlich die einreichenden Veranstalter verantwortlich, was aus jeder Email des Veranstaltungsverteilers wie auch des Basismitgliederverteilers hervorgehe. Beschlussantrag: das Verhalten von D. Spaniel unter 5.2 und 5.3 soll unabhängig juristisch bewertet werden (Kostenrahmen bis 1000 Euro), und der Bundesvorstand wird gebeten zu beiden Punkten Stellung nehmen und eine Empfehlung abgeben, beides möglichst innerhalb einer Woche. M. Bernhard wird die juristische Stellungnahme einholen, D. Amann den Bundesvorstand beteiligen. [Der Antrag wird mit 7 ja - und einer Nein-Stimme angenommen.]

Anlage 8 - Protokollauszug Landesvorstands-Sitzung Baden-Württemberg vom 23.12.2019

3. Auftritt D.S. bei „Compact-Konferenz“

Es liegt ein Video von der „Compact-Konferenz“ vor, worin D.Spaniel auf Videoleinwand nicht nur seine Absage begründet und diese kommentiert - wie er dies auf der letzten Präsenzsitzung versichert hatte - sondern auch politische Statements abgibt bzw. dazu redet. D. Spaniel erklärt sein Bedauern und rechtfertigt sich, dass dies so nicht verabredet gewesen sei, sondern er davon ausging, dass diese Statements während der Konferenz nicht gesendet würden, sondern nur die Absage. Er sei jedenfalls nicht da gewesen im Sinne einer körperlichen Präsenz. Das Video sei nicht live übertragen worden, sondern voraufgezeichnet und abgespielt. Im Gegensatz dazu ist M. Jongen der Meinung, dass dieses Video - auch da es nach dem Beschluss des Landesvorstands, dass gemeinsames Auftreten mit dem „Zentrum Automobil“ nicht erfolgen darf, mit der Absicht des Abspielens auf der Konferenz anstelle des ursprünglichen Tagesordnungspunktes aufgenommen worden sei - einen Verstoß gegen den Beschluss darstellt und in Zusammenhang mit dem Auftritt von Zentrum Automobil stehe; Videopräsenz auf Großleinwand dieser Form sei ebenso gemeinsames Auftreten wie körperliche Präsenz. Die Diskussion wird ergebnislos beendet.

Anlage 9 - Protokollauszug Landesvorstands-Sitzung Baden-Württemberg vom 16.12.2019

TOP 7. Teilnahme Compact-Konferenz mit Zentrum Automobil durch Dirk Spaniel

Auf Befragen erklärt D. Spaniel, er habe nicht teilgenommen. Er habe per Video nur seine Absage der Konferenz verlautbart und habe dies kommentiert. Das Ganze habe 2 oder 3 Minuten gedauert. Compact hat allerdings auf seiner Homepage veröffentlicht, dass D. Spaniel seine Rede gehalten habe: Der Bundestagsabgeordnete und AfD-Verkehrsexperte Dirk Spaniel hielt seine Rede über Video - der AfD-Landesvorstand hatte ihm die Teilnahme an der Veranstaltung untersagt, weil auch Oliver Hilburger referierte, für manche Parteifunktionäre ist er zu radikal. Spaniel machte deutlich, dass er sich dem Beschluss beuge, aber in der AfD für ein Ende der Distanzeritis kämpfe, gerade gegenüber Vertretern der Arbeiterschaft wie Hilburger. (Quelle: <https://www.compact-online.de/tolle-stimmung-bei-der-compact-konferenz-gegen-den-klimawahn/>) Dies Behauptung auf der Homepage - er habe „seine Rede gehalten“ im Sinne von einer Rede zu seinem Thema - sei eine Falschdarstellung. Es stimme aber dass er im Rahmen der Kommentierung zu seiner Absage gesagt habe, er „kämpfe gegen ein Ende der Distanzeritis“.

TOP 3 Finanzen/ Mitglieder



TOP 4 _____ **Bundesverband/ Bundesgeschäftsstelle**

TOP 5 _____ **Landesverbände**

TOP 6 _____ **Verschiedenes**

A. Sachverhalt

I. Vorgeschichte

Der Antragsgegner ist Mitglied des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg, Bundestagsabgeordneter und war bis zu seiner Abwahl 15.02.2020 Co-Landessprecher der AfD Baden-Württemberg. Durch den Landesvorstand Baden-Württemberg mußte er seit Oktober 2019 bereits zweimal abgemahnt werden.

1. Abmahnung wegen Zusammenarbeit mit Zentrum Automobil

Gemäß geltender Beschlußlage ist Funktionsträgern die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“, insbesondere Herrn Oliver Hilburger, untersagt.

- So hat der Landesvorstand Baden-Württemberg am 29. August 2017 beschlossen: *"Es gibt keine gemeinsamen Wahlkampfveranstaltungen der AfD mit Oliver Hilburger (Vorstand des ZA)";*
- Der Landesvorstand Baden-Württemberg beschloß zudem am 19. Juni 2018: *"Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kommt eine Zusammenarbeit mit dem ‚Zentrum Automobil‘ nicht in Frage";*
- Weiterhin entspricht es der Beschlußlage des Landesvorstandes Baden-Württemberg vom 15. Oktober 2019, daß der Beschluß des 5. Landesvorstands, daß es keine Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum Automobil und dem Landesverband Baden-Württemberg gibt, nicht aufgehoben wird.
- Der Bundesvorstand hat am 28. Oktober 2019 beschlossen, sich den Beschlußlagen des Landesvorstandes Baden-Württemberg vom 29. August 2017 sowie vom 15. Oktober 2019 bezüglich der Vereinigung Zentrum Automobil e.V. anzuschließen.

Nachdem Herr der Antragsgegner angekündigt hatte, gemeinsam mit dem Funktionär Oliver Hilburger bei einer „Compact-Konferenz“ am 16.11.2019 aufzutreten, wurde er gemäß Beschluß des Landesvorstandes vom 15.10.2019 aufgefordert, seine Teilnahme abzusagen und nachdrücklich auf die Beschlußlage hingewiesen.

Gleichwohl ließ sich der Antragsgegner in einer Rundmail an die Kreisvorstände am 19.10.2019 wie folgt ein,

- Die Begründung der Beschlüsse des Landesvorstandes sei „mehr als fragwürdig“.
- Das Zusammenarbeitsverbot sei sachlich unbegründet.
- *„Ich werde meine Zusammenarbeit als Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Bundestagsfraktion für Verkehrsthemen mit dieser wichtigen Arbeitnehmerversammlung [...] nicht einstellen. Der Landesvorstand ist zu entsprechenden Weisungen schlicht nicht befugt.“*
- *„Sollte der längst überfällige Sonderparteitag, der von meinen Landesvorstandskollegen mehrfach durch „GO-Finessen“ verschleppt wurde...“*

Daraufhin wurde der Antragsgegner vom Landesvorstand BW abgemahnt.

Es wird insofern Bezug genommen auf den Inhalt der Abmahnung, **Anlage A 1**

3. Weitere Zusammenarbeit mit „Zentrum Automobil“

Trotz Kenntnis der geltenden Beschlußlage, trotz ausdrücklicher Aufforderung, dies zu unterlassen und trotz in dieser Angelegenheit bereits erfolgter Abmahnung beteiligte sich der Antragsgegner gemeinsam mit einem Vertreter von „Zentrum Automobil“, Herrn Oliver Hilburger, an der Compactkonferenz vom 16.11.2019.

Bei „Zentrum Automobil“ handelt es sich um eine Mini-Gewerkschaft, die vom Verfassungsschutz als rechtsradikal eingestuft wird. Einige ihrer Mitglieder fielen in der Vergangenheit durch das Versenden von Hitler- und Hakenkreuzbildchen per WhatsApp auf.

Im Handelsblatt vom 03.08.2019 hieß es hierzu:

„Der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, hat sich besorgt über die Aktivitäten rechter Arbeitnehmervertreter wie der Mini-Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ geäußert. „Bisher sind die bei Betriebsratswahlen errungenen Mandate zwar überschaubar, aber hier wird eine langfristige Strategie verfolgt, staatliche Institutionen und Räume konsequent zu unterwandern, was wir mit Sorge betrachten und auch darauf hinweisen“, sagte Kramer dem Handelsblatt.“

Es wird insofern Bezug genommen auf:

- Artikel Handelsblatt v. 03.08.2019, **Anlage A 2**
- Artikel Thüringen24 v. 04.08.2019, **Anlage A 3**

Die Stuttgarter Nachrichten berichteten am 26.01.2018:

„Fast der komplette Zentrum-Vorstand besteht aus Personen, die sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen.“
(Anlage A 4)

Beispiele:

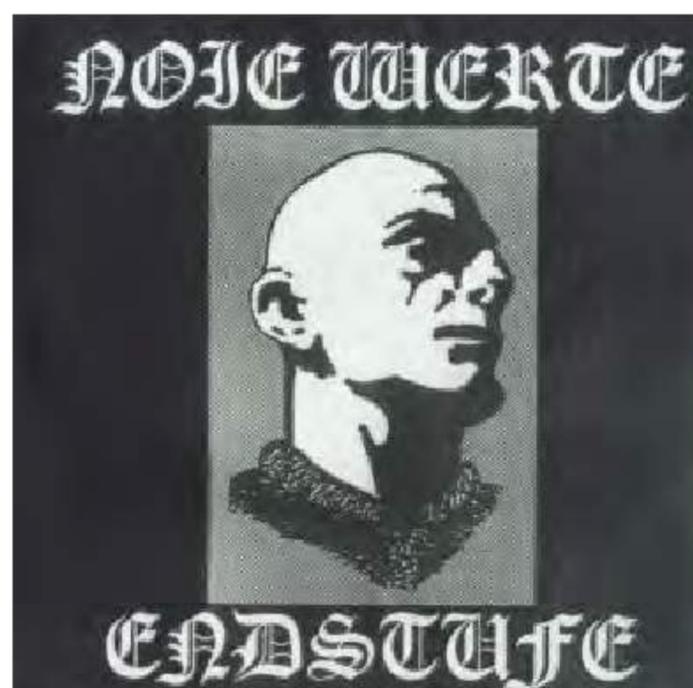
- Hans Jaus, Schatzmeister Zentrum Automobil e.V., war bis zum Verbot als Schatzmeister der „Wiking-Jugend“ tätig **(Stern, 30.07.2019, Anlage A 5)**.
- Tobias Gerstner, Kandidat Zentrum Automobil e.V., Rastatt, gehörte laut Behördendokumenten jahrelang zur badischen Neonaziszene (Stuttgarter Nachrichten, **Anlage A 4**)
- Simon Kaupert (produziert Videos und beantwortet Presseanfragen) hat im Jahr 2015 an einem Pfingstlager der NPD-Jugendorganisation teilgenommen (Stern, 30.07.2019, **Anlage A 5**).
- Der brandenburgische Verfassungsschutz hat Kaupert im Mai 2018 als Aktivist "Identitären Bewegung" zugeordnet **(Anlage A 6)**
- Betriebsrat Rico Heise (Zentrum Automobil e.V.) wurde vom NSU-Untersuchungsausschuß wegen nachgewiesener Kontakte verhört. Die Morde des NSU bezeichnete er als „Systemmorde“ und „fraglich ob überhaupt“ (rdl.de, 23.09.2017, **Anlage A 7**)
- Thomas Scharfy, Vorstandsmitglied und Webmaster Zentrum Automobil e.V., betreute in den 90er Jahren die Mailbox „Empire BBS“ des „Thule-Netzes“ (stuttgarter Zeitung, 01.12.2017, **Anlage A 8**)

- Sascha Woll, Beisitzer Vorstand Zentrum Automobil e. V., Betriebsrat: Ehemaliges Mitglied der Stuttgarter Skinhead-Truppe Kreuzritter (Zeit, 30.01.2018, **Anlage A 9**)
- Andreas Brandmeier, ehemaliger Vorsitzender des Zentrums Automobil e.V. äußerte sich: „Der deutsche Gruß heißt Heil Hitler“ (Report Mainz, 30.01.2018, <https://www.swr.de/report/neue-gewerkschaftsfront-rechte-wollen-macht-in-betriebsraeten-ausbauen/-/id=233454/did=21054076/nid=233454/1n4gf3u/index.html>)

Bei dem „Zentrum Automobil“-Vorsitzenden Oliver Hilburger, mit dem Herr Dr. Spaniel auftrat, handelt es sich um ein ehemaliges Mitglied der dem inzwischen Verbotenen Netzwerk „Blood & Honor“ zugehörigen Skinhead Band „Noie Werte“.



Auftritt der Band „Noie Werte“



Titelbild der Band „Noie Werte“



Dr. Spaniel mit Oliver Hilburger

Deren CD/LP *Kraft für Deutschland* wurde durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert, da ihr Inhalt laut Begründung „zu Gewalttätigkeit und Rassenhaß reizt und immanent nationalsozialistisches Ideengut vertritt“.

Es wird insofern Bezug genommen auf den Wikipediaartikel „Noie Werte“, **Anlage A 10**.

Im NSU-Untersuchungsausschuß wurde Hilburger wegen nachgewiesener Kontakte zum NSU verhört (labournet.de, 11.11.2019, **Anlage A 11**).

Trotz nachweislicher Kenntnis der diesbezüglichen Beschlußlage und trotz Abmahnung zeichnete der Antragsgegner einen ca. fünfminütigen Redebeitrag auf Video auf und ließ diesen statt seines physischen Auftritts auf der Compactkonferenz abspielen.



Am Schluß der Videobotschaft teilt Herr Dr. Spaniel mit:

„Ich hätte gerne zu Ihnen persönlich gesprochen. Und nein, es liegt auch nicht daran, daß ich nicht zu dieser Konferenz kommen wollte, ich habe mich sehr gefreut über die Einladung von Jürgen Elsässer zu dieser Konferenz. Aber mein Landesverband hat einen Auftritt zusammen mit einem Vertreter von „Zentrum Automobil“, Oliver Hilburger, nicht gewollt und aus diesem Grunde einen Beschluß gefaßt, an den ich mich gebunden fühle und tatsächlich ist es so, daß wir in der AfD vielleicht einige Dinge noch ändern müssen, um eine offene Kommunikation auch mit Arbeitnehmersvertretungen im rechten Spektrum auf diese Art und Weise zu ermöglichen und ich freue mich da drauf, daß wir das in Zukunft hoffentlich besser mache, ich gehe fest davon aus, daß wir diesen Schritt gehen können. Ich arbeite jedenfalls daran“

Es wird in sofern Bezug genommen auf Compact-online.de, Artikel vom 18.11.2019, **Anlage A 12**, sowie auf die bei Bedarf vorzulegende Videoaufzeichnung des Auftrittes.

II. Verfahrensgegenständliche Handlungen

Vor dem vorstehend dargestellten Hintergrund wird der Antrag konkret mit folgenden Sachverhalten begründet:

1. SWR-Demo

Am 04.01.2020 trat der Antragsgegner auf einer Demonstration mit dem Motto „Oma Umweltsau? Es reicht GEZ!“ vor dem SWR-Funkhaus in Baden-Baden auf.

2. Fortgesetzte Zusammenarbeit mit Zentrum Automobil im Jahre 2020

Trotz der auf Landes- wie auf Bundesebene geltenden Beschlußlage und obwohl er für Verstöße gegen diese bereits abgemahnt worden war, setzte der Antragsgegner seine Zusammenarbeit mit Zentrum Automobil auch im Jahre 2020 fort.

a) So nahmen Herr Oliver Hilburger (zur Person siehe oben) und weitere Mitglieder des Zentrum Automobil auf Einladung des Antragsgegners in der Zeit vom 08. bis 11. März 2020 an einer vom Bundespressamt organisierten Besucherreise nach Berlin und in den Deutschen Bundestag teil.

b) Ferner kam es im Kreisverband Böblingen zu folgendem Vorkommnis:

Ein Herr Christian Lichtmanecker beantragte die Aufnahme in die AfD. Im Gespräch stellte sich heraus, daß Herr Lichtmanecker Mitglied von Zentrum Automobil ist, weshalb sein Aufnahmeantrag abgelehnt wurde. Herr Lichtmanecker erklärte, der Antragsgegner habe ihn aufgefordert, trotzdem einen Aufnahmeantrag zu stellen und in diesem seine Mitgliedschaft zu verschweigen.

Beweis im Bestreitensfall: Zeugnis N.N.

Der Antragsgegner bringt mithin nicht nur zum Ausdruck, sich an die geltende Satzungslage nicht nur nicht zu halten, sondern versucht diese aktiv und durch Täuschung zu umgehen.

B.

Zulässigkeit

Der Bundesvorstand ist gemäß § 7 I der Bundessatzung i.V.m. § 11 Nr. 2 a Schiedsgerichtsordnung antragsberechtigt. Die Zuständigkeit des Landesschiedsgericht Baden-Württemberg ergibt sich aus § 7 IV der Bundessatzung. Die gemäß § 7 IV Satz 2 der Bundessatzung bestehende Ausschußfrist von vier Monaten ist eingehalten.

C.

Begründetheit

Der Antrag ist begründet, da der Antragsgegner

- vorsätzlich gegen Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstoßen hat
- und dadurch der Partei einen Ansehensverlust und in sonstiger Weise schweren Schaden zugefügt hat.

Im Gegensatz zum Parteiausschuß ist ein schwerer Schaden nicht erforderlich.

Im Einzelnen:

und medial Forderungen nach einer solchen Maßnahme Vorschub leitet. Die Loyalitätspflicht gegenüber der Partei gebietet, insbesondere vor dem Hintergrund der damals bereits erfolgten konkreten Ankündigung durch den VS, derartige Munition nicht ohne Not zu liefern.

Soweit der Antragsgegner hierzu vorträgt, er habe sich trotz erheblicher Bedenken zu dem Auftritt nötigen lassen, spricht dies nicht gegen, sondern für die beantragte Ordnungsmaßnahme. Denn gerade von einem Amtsträger muß verlangt werden, daß er derartigen Versuchen der Einflußnahme auch mit unlauteren Mitteln in besonnener Selbstbehauptung standhält, zumal ihm nach Eigenabgabe die weiteren Redner bereits seit dem Vortag bekannt waren und er somit hinreichend Gelegenheit gehabt hatte, seine Handlungsoptionen zu überdenken. Vor diesem Hintergrund gibt das gezeigte Verhalten begründeten Anlaß zu der Sorge, daß auch zukünftig die Ausübung entsprechenden Drucks zu unangemessenen Reaktionen führen wird.

b) Zusammenarbeit mit Zentrum Automobil

Gleiches gilt für die fortgesetzte Zusammenarbeit mit Zentrum Automobil und deren Repräsentanten. Insofern liegt ein zweifacher Verstoß gegen die Ordnung der Partei vor, da sowohl gegen wirksame Beschlüsse des Landesverbandes Baden-Württemberg und des Bundesvorstandes, als auch gegen die Loyalitätspflicht gegenüber der Partei verstoßen wurde.

II. Schaden

Ein schwerer Schaden ergibt sich in beiden Fällen bereits aus der Tatsache, daß diese öffentlichen Kontakte (mit) geeignet sind, der Forderung nach einer VS-Beobachtung der Partei oder einzelner Teile Nahrung zu geben. Dies sowohl hinsichtlich „Zentrum Automobil“, dessen Verstrickungen, wie oben dargelegt, bis hin zum NSU-Komplex reichen, als auch für die verfassungsschutzrelevanten Aktivitäten des Herrn Tegetmeyer, der seit Jahren in verfassungsschutzberichten Erwähnung findet.

Im Falle der SWR-Demo ergibt sich ein weitergehender Schaden aus der über das Übliche hinaus negativen Presseberichterstattung.

Beides führt evident zu einem Schaden der Partei in Form von Ansehensverlust in der Öffentlichkeit, Schwinden der Wählergunst und damit nicht zuletzt zu befürchtenden monetären Verlusten.

III. Subjektiver Tatbestand

Eine Problematisierung des subjektiven Tatbestands erübrigt sich vorliegend, da der Antragsteller in Kenntnis aller wesentlichen Umstände, namentlich des Vorstandsbeschlusses, des Hintergrundes von Zentrum Automobil und der Redner (SWR-Demo), mithin jedenfalls mit direktem Vorsatz (dolus directus zweiten Grades) handelte.

Hinsichtlich des eingetretenen schweren Schadens ist kein Vorsatz erforderlich. Es genügt Kausalität. Hierzu hat das Bundesschiedsgericht ausgeführt:

Von: [Stephan Köthe](#)
An: [Hans-Holger Malcomeß](#)
Betreff: Wichtige Informationen bezüglich Zentrum Automobil e.V.
Datum: Freitag, 15. Oktober 2021 23:46:31
Anlagen: [image001.png](#)
[Wichtige Informationen Bezueglich Zentrum Automobil e V 20211015.pdf](#)

Sehr geehrter Herr Malcomeß,

ich bitte Sie, diese Email an die Mitglieder des Bundesvorstands – und wegen der Tragweite des Vorgangs auch an den Ehrenvorsitzenden Dr. Gauland – weiterzuleiten.

Herzlichen Dank!

Sehr geehrter Herr Dr. Gauland,
sehr geehrte Mitglieder des Bundesvorstands,

ich wende mich heute an Sie, da die Gefahr besteht, dass dem Landesverband Baden-Württemberg und darüber hinaus auch dem Bund schwerer Schaden zugefügt wird. Ich bitte Sie, bezüglich der aktuellen Diskussion über den Umgang mit dem Verein Zentrum Automobil e.V., folgenden Sachverhalt zu prüfen:

Zusammenfassung:

- Der Verein Zentrum Automobil e.V. dient als „Scharnier“ zwischen NPD/Dritter Weg auf der einen Seite und der Alternative für Deutschland auf der anderen Seite.
- Nahezu der komplette Zentrum-Vorstand besteht aus Personen, die sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen.
- Die AfD in Baden-Württemberg droht von Mitgliedern des Zentrum Automobils e.V. unterwandert zu werden.

Die für ein Verständnis wesentlichen Kapitel im angehängten PDF sind:

- Seite 12 – Kapitel 1.p) 18.07.2019: Dr. Spaniel: „ich starte gerade die Eintrittswelle mit Gewerkschaftern“ – „Zentrum Automobil“, „Unsere Bodentruppen“
- Seite 28 – Kapitel 1.dd) 09.01.2020: Gutachten Andreas Schoemaker
- Seite 47 – Kapitel 1.jj) 16.05.2021 14:00 Uhr: Dr. Spaniel nimmt an der Veranstaltung „Mahngedenken“ teil
Anmerkung: Zentrum Automobil-Redner und AfD-Redner sprechen auf einer Veranstaltung, welche gemeinsam mit der NPD vorbereitet wurde.
- Seite 57 – Kapitel 1.II) 28.05.2021: Dr. Spaniel unterschreibt Protokoll zum Aufnahmebeschluss von Andreas Ziegler (Gründungsmitglied Zentrum Automobil) und Christiane Schmauder (Schwerbehindertenbeauftragter Zentrum Automobil)
- Seite 59 - Kapitel 1.mm) 15.09.2021: Frank Lobstedt gibt Stellungnahme zur "Versicherung an Eides Statt" von Frau Christiane Schmauder vom 08.09.2021 ab
Anmerkung: Aus der Stellungnahme von Frank Lobstedt ist zu entnehmen, dass es im Vorfeld der Mahnwache vom 16.05.2021 eine gemeinsame Chatgruppe mit Dr. Spaniel (AfD), Zentrum Automobil, NPD und NPD-nahen Aktivisten gegeben hat.
- Seite 62 - Kapitel 1.pp) Beschlusslage bezüglich Zentrum Automobil.

Fazit: Die jahrelangen Unterwandlungsbestrebungen müssen durch einen klaren Abgrenzungsbeschluss beendet werden. Vorfeldorganisationen sind nötig – aber bitte keine

toxischen.

Wir haben in dieser Angelegenheit viel zu verlieren und nichts zu gewinnen!

Abschließend möchte ich auf eine Warnung eines unserer erfahrenen Funktionäre in Baden-Württemberg, Hans-Jürgen Goßner, verweisen:

Auf Seite 14 lesen Sie in Kapitel 1.t) 05.10.2019: Email von Hans-Jürgen Goßner an den Landesvorstand: Agents provocateurs: Sind sie schon unter uns?

Haben wir im Landesverband auch Agents provocateurs? Leute, die schon lange in der Partei sind und gemäßigt auftraten, sich aber zusehends radikalisieren, um den Landesämtern den Stoff zu liefern, den sie zur Marginalisierung benötigen?

Aus den Verlautbarungen der führenden Funktionäre des Zentrum Automobils e.V. wird deutlich: **diese Leute stehen unseren Werten diametral entgegen.**

Lassen Sie es nicht zu, dass wir den Landesämtern für Verfassungsschutz die Munition liefern, die sie so dringend benötigen und bislang nicht finden konnten. Wir haben uns allezeit im Rahmen unserer Möglichkeiten vorbildlich verhalten – nicht um dem Mainstream zu gefallen, sondern weil es richtig ist, weil wir die Alternative zur Heuchelei der etablierten Parteien sind, weil wir die einzige antitotalitäre Partei Deutschlands sind!

Bitte halten Sie Kurs – dafür sind Sie in dieses Amt gewählt worden!

Mit freundlichen Grüßen,

Stephan Köthe

Mitglied des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg

Kommissarischer Schriftführer

Tel: +49 (0) 151 10717168

stephan.koethe@afd-bw.de

<http://www.stephan-koethe.de/>

-

AfD-Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg

Postfach 70 05 46

70574 Stuttgart

Tel.: +49 (0) 711/726054-0

Fax: +49 (0) 711/726054-25



<https://www.afd-bw.de/> | <https://www.facebook.com/afd.bw> | <https://www.youtube.com/channel/UC7Q7zKnkzUg4dVVprQlbng> |

https://www.instagram.com/afd_bw/

Diese Nachricht ist nur für den/die Adressaten/in bestimmt.

Wichtige Informationen bezüglich Zentrum Automobil e.V. (Stand 15.10.2021)

Inhalt

Wichtige Informationen bezüglich Zentrum Automobil e.V. (Stand 15.10.2021)	1
1) Chronologie der Zusammenarbeit Dr. Spaniel und Zentrum Automobil	3
a) Der eingetragene Verein „Zentrum Automobil e.V.“	3
b) 21.11.2015: Der Schriftführer von Zentrum-Automobil e.V., Andreas Brandmeier, stellt einen Antrag auf Fördermitgliedschaft	4
c) 17.08.2017: Anfrage Zentrum-Automobil e.V. bezüglich gemeinsamer Veranstaltung mit Dr. Spaniel	4
d) 29.08.2017: Telefonkonferenz des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg: keine Veranstaltungen der AfD mit Hilburger	5
e) 30.08.2017: Dr. Spaniel ist informiert und sagt den Termin mit Herrn Hilburger ab	5
f) 23.09.2017: Medienecho: Nach breiten Grinsen beim Auftritt des Nazi Rico Heise gerät die AfD durch ihren angeheuerten Ermittler Kiefer in Bedrängnis	5
g) 01.12.2017: Medienecho: AfD und die rechte Gewerkschaft Zentrum Automobil: Wie Nationalisten Daimler unterwandern wollen.....	6
h) 26.01.2018: Medienecho: Stuttgarter Nachrichten: Rechte wollen Einfluss im Betriebsrat ausbauen	6
i) 30.01.2018: Medienecho: SWR3: Rechte wollen Macht in Betriebsräten ausbauen	7
j) 30.01.2018: Medienecho: zeit.de: Berichte über Rechte im Daimler-Betriebsrat	7
k) 10.02.2018: Medienecho: Stern: Daimler: Rechte Arbeitnehmervertreter auf dem Vormarsch - Verbindungen ins Nazi-Milieu.....	9
l) 12.02.2018: Medienecho: Dame von Welt: ...WENN DEIN BRAUNER ARM ES WILL	9
m) 19.06.2018: 63. Sitzung des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg: eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Automobil“ kommt nicht in Frage	9
n) 28.02.2019 Uhr – J. A. emailt Positionspapier zum Zentrum Automobil, 1. Rohfassung	10
o) 13.03.2019: ArbG Stuttgart Urteil vom 14.3.2019, 11 Ca 3737/18: Grobe Beleidigungen in Form ausländerfeindlicher/rassistischer Äußerungen sowohl in verbaler Form als auch im Rahmen eines WhatsApp-Verkehrs können einen Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses darstellen.	12
p) 18.07.2019: Dr. Spaniel: “ich starte gerade die Eintrittswelle mit Gewerkschaftern” – „Zentrum Automobil“, „Unsere Bodentruppen“	12
q) 24.07.2019: Dr. Spaniel plant einen Auftritt mit Oliver Hilburger bei der VIII Compact Souveränitätskonferenz am 16.11.2019	13

r)	03.08.2019 Medienecho: Handelsblatt: Verfassungsschützer warnt vor rechten Umtrieben unter Betriebsräten	14
s)	04.08.2019: Armin Noll (Beisitzer im Vorstand Zentrum Automobil e.V.) stellt einen Mitgliedsantrag	14
t)	05.10.2019 00:31 Uhr: Email von Hans-Jürgen Goßner an den Landesvorstand: Agents provocateurs: Sind sie schon unter uns?	14
u)	09.10.2019: 19:00 Uhr: Dr. Spaniel tritt gemeinsam mit Oliver Hilburger im Ortsverband Herrenberg auf	17
v)	15.10.2019: 30. Sitzung des 6. Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg: der Beschluss des 5. Landesvorstandes, dass es keine Zusammenarbeit zwischen Zentrum Automobil und dem Landesverband Baden-Württemberg gibt, wird nicht aufgehoben.....	17
w)	18.10.2019 20:19 Uhr: Email des Landesvorstandes an die Kreisvorstände	18
x)	19.10.2019 16:26 Uhr: Email Dr. Spaniel an die Kreisvorstände.....	19
y)	29.10.2019: Anschluss des Bundesvorstandes an Beschlusslage des Landesvorstandes zum „Zentrum Automobil e.V.“	20
z)	29.10.2019: Androhung möglicher Parteiordnungsmaßnahmen	22
aa)	29.10.2019: Abmahnung Dr. Spaniel im Wortlaut	23
bb)	16.11.2019: Dr. Spaniel spricht per Video-Schaltung auf der Compact Konferenz	26
cc)	16.11.2019: Dr. Spaniel stellt den Landesvorstand bloss (am Ende der Videobotschaft)	27
dd)	09.01.2020: Gutachten Andreas Schoemaker.....	28
ee)	08.03.2020: Dr. Spaniel lädt circa 50 Mitglieder des Zentrum Automobil e.V. nach Berlin 42	
ff)	08.04.2020: Der Bundesvorstand beschließt, eine Ämter Sperre für Dr. Spaniel zu beantragen	45
gg)	07.04.2020: Dr. Spaniel fordert Mitglieder von Zentrum Automobil auf, Mitglied in der AfD zu werden	46
hh)	03.06.2020: Landesschiedsgericht Baden-Württemberg eröffnet das Verfahren: 2 LSG-BW 13/20.....	46
ii)	06.01.2021: Medienecho: Frankfurter Rundschau: Im rechten Ort: Im baden-württembergischen Althütte tummeln sich die Neonazis	47
jj)	16.05.2021: Dr. Spaniel nimmt an der Veranstaltung „Mahngedenken“ teil	47
ll)	28.05.2021: Dr. Spaniel unterschreibt Protokoll zum Aufnahmebeschluss von Andreas Ziegler (Gründungsmitglied Zentrum Automobil) und Christiane Schmauder (Schwerbehindertenbeauftragter Zentrum Automobil)	57
mm)	08.09.2021: Christine Schmauder gibt eine eidesstattliche Versicherung ab: „dass es keine Beziehungen von Herrn Dirk Spaniel zu Frau Marina Djonovic und Herrn Sebastian Thalheimer gibt“	58
mm)	15.09.2021: Frank Lobstedt gibt Stellungnahme zur "Versicherung an Eides Statt" von Frau Christiane Schmauder vom 08.09.2021 ab	59

nn)	13.10.2021: Andreas Mürter postet eine Bild mit Dr. Spaniel und Andreas Ziegler	60
oo)	13.10.2021 20:26: Dubravko Mandic postet: „Andreas Ziegler, der fast auf offener Straße ermordet worden wäre, darf nicht in die AfD eintreten.“	61
pp)	Beschlusslage.....	62

1) Chronologie der Zusammenarbeit Dr. Spaniel und Zentrum Automobil

a) Der eingetragene Verein „Zentrum Automobil e.V.“



Name: Zentrum Automobil e.V. Rechtsform: eingetragener Verein Sitz: 70327 Stuttgart, Strümpfelbacher Straße 15 Registernummer: VR720647, Registergericht Stuttgart Eintragung: 23.11.2009 1. Vorsitzender: Oliver Hilburger

Zentrum Automobil e.V. wurde am 23.11.2009 als eingetragener Verein beim Registergericht Stuttgart registriert. Damit unterscheidet sich Zentrum Automobil e.V. in seiner Rechtsform von den meisten im DGB zusammengefassten Gewerkschaften, die vielfach die Rechtsform einen nichtrechtsfähigen Vereins nach §54 BGB haben. Die Gründungssatzung wurde bereits am 28.03.2009 verabschiedet. Gründungsmitglied war der damals 40-jährige Oliver Hilburger, der am Tag der Eintragung bis 2015 Vorsitzender des Z.A. war und dieses Amt seit 2018 wieder begleitet. In den Jahren dazwischen gehörte Hilburger als Beisitzer dem gemäß Satzung 10-köpfigen Vorstand an.

Weitere Vorstandsmitglieder am Tag der Eintragung waren: stv. Vorsitzender: Thomas Scharfy, Winnenden (Rems-Murr-Kreis) Schatzmeister: Sascha Woll, Winnenden (Rems-Murr-Kreis) Schriftführer: Hendrik Best, Remseck am Neckar (Landkreis Ludwigsburg) Beisitzer: Jens Ackermann, Ludwigsburg Beisitzer: Andreas Ziegler, Stuttgart

Der 6-köpfige Vorstand am Tag der Eintragung wurde 2015 per Satzungsänderung auf 10 Mitglieder erweitert.

Seinen Sitz hat das Z.A. in einem heruntergekommenen Wohnhaus im Stuttgarter Stadtteil Untertürkheim. Das Untertürkheimer Werk der Daimler AG ist fußläufig vom Sitz des Z.A. erreichbar.

Vereinsregister des Amtsgerichts Stuttgart Wiedergabe des aktuellen Registerinhalts
Nummer des Vereins:

VR 720647

Seite 1 von 1

1. Anzahl der bisherigen Eintragungen: 5

2. a) Name:

Zentrum Automobil e.V.

b) Sitz:

Stuttgart

3. a) Allgemeine Vertretungsregelung:

Der Vorstand besteht aus 10 Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden (1.Vorstand), zwei

stellvertretenden Vorsitzenden (2. und 3. Vorstand), einem Schatzmeister sowie 6 weiteren Vorstandsmitgliedern.

Jeweils zwei Vorstandsmitglieder, von denen eines der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende sein muss, vertreten gemeinsam.

b) Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis:

Vorstandsmitglied (Beisitzer): Auerbach, Stefan, Brandis, *20.08.1980

Vorstandsmitglied (Schriftführer): Brandmeier, Andreas, Stuttgart, *15.09.1973

Vorstandsmitglied (Beisitzer): Gerstner, Tobias, Malsch, *21.03.1980

1. Vorstand: Hilburger, Oliver, Sechselberg, *08.10.1969

3. Vorstand: Ivancic, Miroslav, Stuttgart, *30.06.1976

Schatzmeister: Jaus, Hans, Radolfzell am Bodensee, *02.08.1961

Vorstandsmitglied (Beisitzer): Noll, Armin, Stanach, *11.09.1964

Vorstandsmitglied (Administrator, Webmaster): Scharfy, Thomas, Winnenden, *19.05.1976

2. Vorstand: Schickart, Christian, Althütte, *20.11.1982

Vorstandsmitglied (Beisitzer): Schmitt, Horst, Gau-Algesheim, *24.08.1971

4. a) Satzung:

Verein

Satzung vom 28.03.2009

Zuletzt geändert durch Beschluss vom 13.12.2014 nebst Nachtrag vom 25.07.2015 und 17.10.2015

b) Sonstige Rechtsverhältnisse: ---

5. a) Tag der letzten Eintragung:

19.03.2019

b) 21.11.2015: Der Schriftführer von Zentrum-Automobil e.V., Andreas Brandmeier, stellt einen Antrag auf Fördermitgliedschaft

Es existieren keine Unterlagen darüber, wer diesen Antrag beschieden hat. Am 23.10.2015 hat Dr. Spaniel einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Seit 22.11.2015 ist Dr. Spaniel Mitglied der Alternative für Deutschland (1 Tag nach Antragsstellung durch Andreas Brandmeier).

Andreas Brandmeier hat einen Aufnahmeantrag als Förderer gestellt, wurde aber als Mitglied im Parteimanager geführt. Es ist unklar, wer dafür verantwortlich ist.

c) 17.08.2017: Anfrage Zentrum-Automobil e.V. bezüglich gemeinsamer Veranstaltung mit Dr. Spaniel

d) 29.08.2017: Telefonkonferenz des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg: keine Veranstaltungen der AfD mit Hilburger

Aus dem Protokoll zur Telefonkonferenz des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg am 29.08.2017, 20.34 Uhr – 21.45 Uhr:

TOP 17: Oliver Hilburger und Jürgen Elsässer retten das Auto – Anhang 4 – 21:11-21:20

Konsens im Landesvorstand: Es gibt keine gemeinsame Wahlkampfveranstaltungen der AfD mit Oliver Hilburger.

Spaniel wird informiert.

e) 30.08.2017: Dr. Spaniel ist informiert und sagt den Termin mit Herrn Hilburger ab

f) 23.09.2017: Medienecho: Nach breiten Grinsen beim Auftritt des Nazi Rico Heise gerät die AfD durch ihren angeheuerten Ermittler Kiefer in Bedrängnis

Den AfD MdLs vergeht zwar das breite Grinsen als Rico Heise die dem NSU zugeordneten 10 brutal abgeknallten Toten als reine „Systemmorde“ und „fraglich ob überhaupt“ klassifiziert. Doch selbst dieser Warnschuss verhindert nicht einen letzten Rettungsversuch der AfD Obfrau: „Sind sie je strafrechtlich verurteilt worden“ .

<https://rdl.de/beitrag/afd-ger-t-durch-angeheuerten-ermittler-kiefer-bedr-ngnis-aber-unverhohlenes-grinsen-bei-rico>

Anmerkung: Rico Heise ist Betriebsrat des Zentrum Automobil e.V.

**g) 01.12.2017: Medienecho: AfD und die rechte Gewerkschaft Zentrum Automobil:
Wie Nationalisten Daimler unterwandern wollen**

STUTTGARTER ZEITUNG Stellen Immo Sonderthemen Anzeigen Shop mehr... Abonnieren Login MHS Digital
Digitale Zeitung

Stuttgart Region BW Politik Wirtschaft Sport Panorama Kultur Wissen StZ Plus Reise Genuss & Leben Suche

[Baden-Württemberg](#) > AfD und die rechte Gewerkschaft Zentrum Automobil: Wie Nationalisten Daimler unterwandern wollen

AfD und die rechte Gewerkschaft Zentrum Automobil

Wie Nationalisten Daimler unterwandern wollen



„Compact“-Chefredakteur Jürgen Elsässer (rechts) – hier mit dem AfD-Spitzenpolitiker Andre Poggenburg aus Sachsen-Anhalt – will die rechte Szene vernetzen und eine rechte Gewerkschaft befördern. Foto: imago stock&people

Anzeige

So zahlen Sie fast nichts für Ihre neue Küche
Traumküche einfach online konfigurieren, aus bis zu 3 Angeboten das beste wählen & im Schnitt 4.000€ sparen.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-und-die-rechte-gewerkschaft-wenn-dein-blauer-arm-es-will.59cfac1b-bcf2-4909-9a0d-bd48a6c47e44.html>

h) 26.01.2018: Medienecho: Stuttgarter Nachrichten: Rechte wollen Einfluss im Betriebsrat ausbauen

„Fast der komplette Zentrum-Vorstand besteht aus Personen, die sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen. Dies kann definitiv keine Alternative zu den demokratischen Einzelgewerkschaften des DGB sein.“

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.daimler-neonazis-wollen-einfluss-im-betriebsrat-ausbauen.ef65ddb8-521f-4c98-a8a2-feed2cc90414.html>

i) 30.01.2018: Medienecho: SWR3: Rechte wollen Macht in Betriebsräten ausbauen

Neue Gewerkschaftsfront

Rechte wollen Macht in Betriebsräten ausbauen

Zum Artikel



Rechte wollen Macht in Betriebsräten ausbauen

7:34 min

7:34 min | 30.1.2018 | 21.45 Uhr | Das Erste

Video herunterladen (17,53 MB | mp4)

Zentrum Automobil, eine Gewerkschaft beim Autobauer Daimler, gilt als die Keimzelle einer neuen Gewerkschaftsfront von rechts. Bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen will diese Gewerkschaft jetzt in die gesamte Automobil- und Metallbranche expandieren.

Stand: 30.1.2018, 22.32 Uhr

Video (07:35)

<https://www.swr.de/report/neue-gewerkschaftsfront-rechte-wollen-macht-in-betriebsraeten-ausbauen/-/id=233454/did=21054076/nid=233454/1n4gf3u/index.html>

j) 30.01.2018: Medienecho: zeit.de: Berichte über Rechte im Daimler-Betriebsrat

E-Mail mit Hitlergruß und Schulung "patriotischer" Betriebsräte: Medien berichten, dass ein rechter Verein Einfluss auf den Daimler-Betriebsrat in Untertürkheim nimmt.

30. Januar 2018, 18:01 UhrQuelle: ZEIT ONLINE, sk266 Kommentare

Führende Mitglieder der Arbeitnehmervertretung Zentrum Automobil – die beim Autobauer Daimler in Stuttgart Untertürkheim im Betriebsrat sitzen – stehen unter dem Verdacht, Sympathien für den Nationalsozialismus zu hegen. Das berichten das ARD-Magazin Report Mainz und der Stern. Vor einigen Tagen hatten bereits die Stuttgarter Nachrichten berichtet, dass der Verein seinen Einfluss bei der kommenden Betriebsratswahl weiter ausbauen wolle.

Für den Verdacht, dass in dem Verein mehrere Mitglieder mit rechtsextremer Vergangenheit sitzen und bis heute mit dem Nationalsozialismus sympathisieren, legen die Journalisten zahlreiche Indizien vor. Nach Angaben von Report Mainz und Stern soll beispielsweise der bisherige Vorsitzende der Organisation Zentrum Automobil, Andreas Brandmeier, per Mail ein Foto verschickt haben, das ein Hakenkreuz zeigt und die Inschrift: "Der deutsche Gruß heißt Heil Hitler."

Brandmeier habe Fragen zu der E-Mail gegenüber Report Mainz und Stern unbeantwortet gelassen. Der Gründer der Gewerkschaft, Oliver Hilburger, nannte die E-Mail demnach "definitiv und eindeutig eine Fälschung". Der Empfänger der E-Mail habe dagegen seinen Vorwurf gegen Brandmeier aufrecht erhalten. Er legte eine schriftliche Versicherung vor und gab auch den gesamten E-Mail-Verkehr preis. Bei dem Empfänger der E-Mail handelt es sich dem Bericht zufolge um eine Person, die beim Zentrum Automobil ausgestiegen ist.

Brandmeier kandidiert demnach derzeit erneut als Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim. Schon vor einigen Tagen hatten die Stuttgarter Nachrichten berichtet, dass bei der Daimler-Belegschaft Unruhe herrsche, weil Zentrum Automobil bei den kommenden Betriebsratswahlen seinen Einfluss ausbauen wolle. Deren führende Mitglieder bewegten sich schon länger am rechten Rand. Auch Politiker in Baden-Württemberg seien deshalb alarmiert.

Kontakte zu NSU-Unterstützern?

So schreibt die Zeitung über Hilburger, dieser habe früher in der Neonazi-Band Noie Werte Gitarre gespielt. Die Band gilt als wichtiger Wegbereiter für das ultrarassistische Blood-and Honour-Netzwerk in Deutschland.

Angesprochen auf seine Vergangenheit, antwortete Hilburger Report Mainz und Stern: "Die 20 Jahre sind sicher nicht abgeschlossen in einem Feld, und auf einmal ist man was anderes. Das sicherlich nicht." Weiter sagte er: "Ich kann Ihre Titulierung 'Nazilieder' hören, da haben wir sicherlich eine andere Auffassung."

Die Stuttgarter Nachrichten berichten zudem über Sascha Woll aus der rechten "Alternativgewerkschaft", der ebenfalls für einen Listenplatz kandidiert. Dessen Frau habe im vergangenen Jahr vor dem NSU-Untersuchungsausschuss ausgesagt, ihr Mann sei in den Neunzigerjahren Mitglied der Stuttgarter Skinhead-Truppe Kreuzritter für Deutschland gewesen.

In Untertürkheim werden "patriotische" Betriebsräte geschult

Über den Schatzmeister von Zentrum Automobil, den 56-jährigen Hans Jaus, schreiben wiederum die Stuttgarter Nachrichten, er sei 1991 zum Bundesschatzmeister der mittlerweile verbotenen Neonazi-Organisation Wiking-Jugend ernannt worden. Heute schule Jaus unter anderem "patriotische" Betriebsräte und habe gute Chancen, selbst in den neuen Betriebsrat in Untertürkheim gewählt zu werden. Er stehe auf Platz drei der Bewerberliste.

Zentrum Automobil, die sich selbst als "alternative Arbeitnehmervertretung" in der Automobilindustrie bezeichnet, hatte laut Report Mainz bei den letzten Betriebsratswahlen zehn Prozent der Stimmen erhalten und stellt derzeit vier Betriebsräte im Daimler-Stammwerk in

Stuttgart-Untertürkheim. Bei der Betriebsratswahl im März trete die Kleingewerkschaft mit 187 Kandidaten an. Sie ist demnach überdies bereits bei BMW in Leipzig und Opel in Rüsselsheim vertreten und unterhält eigenen Angaben zufolge Kontakte zu Kollegen bei Audi.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2018-01/rechtsextremismus-daimler-gewerkschaft-hakenkreuz-e-mail>

Aussteiger-Interview Oliver Hilberger: Ein Aussteiger zur rechtsextremen Szene (im Original nicht mehr abrufbar):

<https://web.archive.org/web/20190622144909/https://www.zvw.de/inhalt.althuetten-ex-gitarri-der-band-noie-werte-distanziert-sich-von-rechter-szene-page1.de0e8bba-65e9-4add-a571-ab5d270a34d0.html>

k) 10.02.2018: Medienecho: Stern: Daimler: Rechte Arbeitnehmervertreter auf dem Vormarsch - Verbindungen ins Nazi-Milieu

Doch wie rechts sind diese neuen rechten Gewerkschafter wirklich? Im Fall des "Zentrums Automobil" gibt es nach Recherchen des ARD-Magazins "Report Mainz" und des Stern einen massiven Nazi-Verdacht. Etwa beim bisherigen Vorsitzenden des Vereins, Andreas Brandmeier: Er soll an einen Vereinskollegen ein Foto verschickt haben, das ein Hakenkreuz zeigt und die Inschrift: "Der deutsche Gruß heißt: Heil Hitler". Er habe das Schild am Vortag gekauft, brüstete sich der Versender der Mail.

<https://www.stern.de/politik/deutschland/daimler--rechte-arbeitnehmervertreter-unter-nazi-verdacht-7854420.html>

l) 12.02.2018: Medienecho: Dame von Welt: ...WENN DEIN BRAUNER ARM ES WILL

„Es gab über den Herrn Brandmeier weitaus drastischere Dinge zu berichten, dass er eben auch im E-Mail-Verkehr Dinge weitergeleitet hat, die noch eindeutiger fremdenfeindlich und rassistisch waren. Das sind eben auch Witze gegen jüdische Menschen und Menschen türkischer Herkunft. Das ist mehrfach passiert.“

<https://dvwelt.wordpress.com/2018/02/12/wenn-dein-brauner-arm-es-will/>

m) 19.06.2018: 63. Sitzung des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg: eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Automobil“ kommt nicht in Frage

Aus dem Protokoll zur 63. Sitzung des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg (Telefonkonferenz) am 19.06.2018, 20:31 Uhr – 21:47 Uhr

TOP 12: Anfrage Armin Noll von der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“: Kooperation mit der Alternative für Deutschland (Ralf Özkara) – 21:04-21:14

Armin Noll von der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ möchte eine Kooperation mit der Alternative für Deutschland.

Armin Noll: Die Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ hat während den Bundestagswahlen / Betriebsratswahlen bei der Daimler AG für die AfD „Werbung“ gemacht.

Beschluss (einstimmig): Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kommt eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Automobil“ nicht in Frage.

Der 5. Landesvorstand hat eine Zusammenarbeit und gemeinsame Auftritte einstimmig abgelehnt.

n) 28.02.2019 Uhr – J. A. emailt Positionspapier zum Zentrum Automobil, 1. Rohfassung

Von: J. A.

Gesendet: Donnerstag, 28. Februar 2019 18:15

Positionspapier Umgang mit "Zentrum Automobil" und DGB/ IG Metall "Lebendes Dokument", kein Anspruch auf Vollständigkeit

Anlass:

Die (Selbst-)Präsentation des "Zentrum Automobil" als "alternative (somit AfD- nahe) Gewerkschaft und ihr Auftreten auf diversen Veranstaltungen der AfD in Baden-Württemberg auf "Dieseldemos" des KV Stuttgart und Infoveranstaltungen wie der des KV Böblingen in Herrenberg und die Frage des Umgangs der AfD mit ihr.

Fakten zum Zentrum Automobil:

- keine Gewerkschaft (kein Recht, Tarifverträge auszuhandeln oder zu schließen, keine Mitglieder, kein Verwaltungsapparat, keine juristische Begleitung etc.)
- lediglich Aufstellung von lockeren Betriebsratslisten
- spielt betrieblich kaum eine Rolle (Betriebsratswahlen Werk Sindelfingen ZA: ca. 750 Stimmen, IGM: ca. 22000)
- Nähe zu Elsässer/Compact, vmtl. Finanzierung durch Elsässer
- Auftritte Führungspersonal bei Pegida in Leipzig und Dresden
- extremistische Vergangenheit des Führungspersonals:

Vorsitzender Oliver Hilburger (Auftritte bei Pegida, Dieseldemos und anderer Veranstaltungen mit der AfD):

fast 20 Jahre lang Gitarrist der Neonaziband "Noie Werte" (bis 2008)

Schatzmeister Hans Jaus:

ehem. Bundesschatzmeister der Neonaziorganisation "Wikingjugend"

Thomas Scharfy: Mitarbeit im rechtsextremen "Thule- Netz" etc.

-eine Mitgliedschaft von Oliver Hilburger hatte die AfD bereits abgelehnt. Weshalb sollte die AfD nun mit Leuten zusammenarbeiten, denen aus gutem Grund die Partei Mitgliedschaft versagt wurde?

Erfahrungsgemäß Stimmen oftmals "ZA" Betriebsräte mit den Betriebsräten der IGM, scheinbar populäre Forderungen wie im BMW Werk Leipzig nach Aufgabe der Samstagarbeit werden gestellt, ohne die Folgen für den Standort zu bedenken.

siehe: <https://www.vorwaerts.de/artikel/rechte-gewerkschaften-online-maerchen-alternative>)

- Die IGM hat in Baden-Württemberg etwa 440 000 Mitglieder, mit plus 35 000 Mitgliedern in 2018 zum achten Mal in Folge eine deutliche Steigerung (siehe PM der IGM vom 22.01.2019)

- Damit hat die IGM alleine in 2018 und nur in Baden- Württemberg mehr Neueintritte zu verzeichnen als die AfD insgesamt bundesweit Mitglieder hat.

- der Anschein, dass die AfD eine Alternativgewerkschaft gegen den DGB unterstütze, die keine Gewerkschaft ist, daher keinerlei Verbesserungen in Tarifverträgen, Leiharbeit, Standortsicherung etc. bewirken kann und deren Führungspersonal zudem noch mit Personen aus extremistischen Umfeld durchsetzt ist, macht der IGM und dem DGB die anti- AfD Propaganda mit ihrem Narrativ, die AfD wolle die Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte zerschlagen und sei mit Nazis

durchsetzt, ausgesprochen einfach.

- Die Gegner der AfD sind nicht die Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte (bei denen der Wähleranteil der AfD überdurchschnittlich hoch ist), sondern ein erheblicher Teil der Gewerkschaftsfunktionäre, die, oftmals zusätzlich bei SPD, Linken und anderen linken Parteien engagiert sind.

Hier gilt es für die AfD anzusetzen: mit einem guten Sozial- und Wirtschaftsprogramm, das arbeitnehmer- und gesamtgesellschaftliche Verantwortung und -wohl beachtet und die Anerkennung der Tarifautonomie mit starken Gewerkschaften, die eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen.

Kritik an der Vermengung von Parteipolitik und Arbeitnehmerpolitik der Funktionäre ist auch bei einfachen Gewerkschaftsmitgliedern stark verbreitet. Diese gilt es zu unterstützen.

Im Kerngeschäft der IGM, Dialog mit der Geschäftsleitung, Sicherung von Arbeitsplätzen und der Produktion, vernünftige Tarifverträge, ist das Vertrauen der Arbeitnehmer in die IG Metall nach wie vor sehr hoch. Uns als Partei hier als Gegner der IGM darzustellen, wäre kontraproduktiv.

Für uns als Partei gilt, die Verquickung von Parteien und Gewerkschaft der Funktionärsriege zu kritisieren und nicht die Arbeit der Gewerkschaften des DGB an sich, da deren Stellung in die weite Zukunft hinaus unangefochten bleiben wird.

Das Recht der Arbeitnehmer, Betriebsräte zu wählen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, bleibt natürlich unbenommen.

Daher sollten die AfD oder einzelne Funktionäre und Mandatsträger sich hüten, gemeinsame Auftritte und Veranstaltungen mit dem "Zentrum Automobil" zu unternehmen und somit den Eindruck zu erwecken, die AfD stehe nicht auf Seiten einer organisierten Arbeitnehmerschaft und arbeite wissentlich mit Extremisten zusammen.

J. A.

P.S.:

<https://www.zvw.de/inhalt.waiblingen-stuttgart-noie-werte-musiker-zu-rechtsrock-vergangenheit-befragt.28bddfd5-9797-43f2-86ae-fe7c85ef1af9.html>

"Ende November wird er als Redner bei einem Kongress in Leipzig neben Pegida-Gründer Lutz Bachmann und Martin Sellner, Kopf der als rechtsextrem geltenden „Identitären Bewegung“, auftreten. Sein Vortragsthema: „Den Widerstand in die Betriebe tragen.“"

"Aber spielten die Noien Werte nicht – via Video dokumentiert – 2003 und 2006 bei Auftritten im Elsass und in Italien ein Lied über Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, und reckten sich da nicht erkennbar die Arme vor der Bühne strammdeutsch diagonal empor? Ach, sagt Hilburger, als Musiker „kriegen Sie vom Publikum gar nichts mit“, die Scheinwerfer blenden so. „Wenn es sichtbar gewesen wäre, dass die – was sollen die gemacht haben? – den Hitlergruß zeigten, hätten wir das unterbunden.“"

"Aber stimmt es etwa nicht, dass das mittlerweile verbotene Neonazi-Netzwerk Blood & Honour Konzerte mit den Noien Werten veranstaltete? „Wir sind zu sehr vielen Konzerten eingeladen worden, ich wusste nie konkret, wer Veranstalter war.“"

Aber hat er etwa nicht 1993 in Waiblingen als Bassist den Blood&Honour-Gründer Ian Stuart begleitet, der auf der Bühne „Fuck the Niggers“ und „Fuck the Jews“ brüllte? „Das ist nicht meine Sprache“, sagt Hilburger, er habe derlei auch nicht wahrgenommen. Der musikalische Lärm bei solchen Konzerten sei manchmal so undifferenziert gewesen, „dass ich noch nicht mal meine eigene Gitarre gehört habe.“"

- o) 13.03.2019: ArbG Stuttgart Urteil vom 14.3.2019, 11 Ca 3737/18: Grobe Beleidigungen in Form ausländerfeindlicher/rassistischer Äußerungen sowohl in verbaler Form als auch im Rahmen eines WhatsApp-Verkehrs können einen Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses darstellen.**

http://lrbw.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=bw&nr=28394

Anmerkung: Zentrum Automobil hat sich für die Täter eingesetzt.

- p) 18.07.2019: Dr. Spaniel: "ich starte gerade die Eintrittswelle mit Gewerkschaftern" – „Zentrum Automobil“, „Unsere Bodentruppen“**

[17:10, 18.7.2019] Dirk Spaniel: Übrigens starte ich gerade die Eintrittswelle mit Gewerkschaftern...

[17:10, 18.7.2019] Sven Kortmann: Ich persönlich finde ja an "Pfründe absichern" grundsätzlich nichts verwerfliches. Das ist zutiefst menschlich. Ich würde meinen Job auch keinem ANÜ überlassen aus reiner Nächstenliebe

[17:10, 18.7.2019] Dirk Spaniel: Die stehen loyal zu mir...

...

[17:11, 18.7.2019] Dirk Spaniel: Unsere Bodentruppen

q) 24.07.2019: Dr. Spaniel plant einen Auftritt mit Oliver Hilburger bei der VIII Compact Souveränitätskonferenz am 16.11.2019

| VIII. COMPACT-Souveränitätskonferenz: „Ökodiktatur. Wie wir unsere Autos, unsere Energieversorgung und unsere Freiheit verlieren“

19

VON JÜRGEN ELSÄSSER AM 24. JULI 2019

AKTUELL, HIGHLIGHTS, INNENPOLITIK

19
MAL GETEILT



Am 16. 11. in Magdeburg. JETZT anmelden und Frühbucherrabatt sichern! Mit Gerhard Wisnewski (Bestsellerautor) Holger Strohm (Umwelt-Ikone), Dirk Spaniel (Bundestagsabgeordneter), Oliver Hilburger (Daimler-Betriebsrat), Michael Limburg (EIKE-Institut), Jürgen Elsässer

Die Grünen greifen nach der Macht: In Umfragen sind sie stärkste Partei. Ihr Vorsitzender Robert Habeck führt bei der Kanzlerfrage vor Kramp-Karrenbauer. Was kommt da auf uns zu? «Wir bewegen uns in Richtung Ökodiktatur», warnte der Ökonom Carl Christian von Weizsäcker bereits 2011. Der von der Merkel-Regierung für das Jahr 2050 beschlossene Totalausstieg aus allen fossilen Energieträgern ist noch lange hin, mag man sich trösten. Bis dahin kann man noch Auto fahren, in den Urlaub fliegen, Schnitzel essen, mit Öl und Kohle heizen, seinen Arbeitsplatz in den angeblich schmutzigen Branchen behalten. Doch die Klimahysteriker machen Druck, die Verbote vorzuziehen. Das Beispiel Fukushima im Jahr 2011 hat gezeigt, wie ein einziges Ereignis am anderen Ende der Welt genutzt werden kann, um von einem Tag auf den anderen aus einer bis dahin per Gesetz garantierten Energieform, der Atomkraft, auszusteigen. Was wird wohl passieren, wenn Robert Habeck Kanzler ist?

COMPACT hält mit Argumenten dagegen.

Nach unserer erfolgreichen Geschichtskonferenz wird es in diesem Jahr natürlich auch noch die traditionelle COMPACT-Souveränitätskonferenz geben. 2019 widmen wir uns dem Thema, das neben der Asylinvasion die zweite Riesengefahr für unser Deutschland bildet: der drohenden Ökodiktatur mit der immer schlimmer werdenden Einschränkung unserer individuellen Freiheitsrechte und dem Kahlschlag unserer Industrie. Die Grünen als typische Verbotspartei treiben mit ihren jugendlichen Sturmtruppen die Altparteien vor sich her und setzen schon vor ihrer Machtübernahme immer mehr von ihrem Programm um.

Am 16. 11. in Magdeburg. JETZT anmelden und Frühbucherrabatt sichern! Mit Gerhard Wisnewski (Bestsellerautor) Holger Strohm (Umwelt-Ikone), Spaniel (Bundestagsabgeordneter), Oliver Hilburger (Daimler-Betriebsrat), Michael Limburg (EIKE-Institut), Jürgen Elsässer

Die Grünen greifen nach der Macht: In Umfragen sind sie stärkste Partei. Ihr Vorsitzender Robert Habeck führt bei der Kanzlerfrage vor Kramp-Karrenbauer. Was kommt da auf uns zu? «Wir bewegen uns in Richtung Ökodiktatur», warnte der Ökonom Carl Christian von Weizsäcker bereits 2011. Der von der Merkel-Regierung für das Jahr 2050 beschlossene Totalausstieg aus allen fossilen Energieträgern ist noch lange hin, mag man sich trösten. Bis dahin kann man noch Auto fahren, in den Urlaub fliegen, Schnitzel essen, mit Öl und Kohle heizen, seinen Arbeitsplatz in den angeblich schmutzigen Branchen behalten. Doch die Klimahysteriker machen Druck, die

Verbote vorzuziehen. Das Beispiel Fukushima im Jahr 2011 hat gezeigt, wie ein einziges Ereignis am anderen Ende der Welt genutzt werden kann, um von einem Tag auf den anderen aus einer bis dahin per Gesetz garantierten Energieform, der Atomkraft, auszusteigen. Was wird wohl passieren, wenn Robert Habeck Kanzler ist?

https://www.compact-online.de/viii-compact-souveraenitaetskonferenz-oekodiktatur-wie-wir-unsere-autos-unsere-energievorsorgung-und-unsere-freiheit-verlieren/?fbclid=IwAR1yT3hbSZ5ToiS0nPE9FVFBbs8Xx7HCU5HGIN6jN5ZfZWu2t_aUP-mCZgQ#prettyPhoto

r) 03.08.2019 Medienecho: Handelsblatt: Verfassungsschützer warnt vor rechten Umtrieben unter Betriebsräten

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/zentrum-automobil-verfassungsschuetzer-warnt-vor-rechten-umtrieben-unter-betriebsraeten/24866528.html?ticket=ST-781298-udxdKbzgsa70UEr7sScL-cas01.example.org>

s) 04.08.2019: Armin Noll (Beisitzer im Vorstand Zentrum Automobil e.V.) stellt einen Mitgliedsantrag

t) 05.10.2019 00:31 Uhr: Email von Hans-Jürgen Goßner an den Landesvorstand: Agents provocateurs: Sind sie schon unter uns?

Von: Hans-Jürgen Goßner | AfD [<mailto:hans-juergen.gossner@afd-bw.de>]

Gesendet: Samstag, 5. Oktober 2019 00:31

An: alice.weidel@afd-bw.de; bernd.goegel@afd-bw.de; walter.schwaebisch@afd-bw.de; stefan.herre@afd.landtag-bw.de; rebecca.weissbrodt@afd-bw.de; daniel.rottmann@afd.landtag-bw.de; klaus.duerr@afd.landtag-bw.de; larspatrick.berg@europarl.europa.eu; andrea.zuercher@afd-bw.de; Dietmar Dominik Hennig; hans.hausberger@afd-bw.de; christoph.hoegel@afd-bw.de; skoethe@web.de; marc.jongen@afd-bw.de; thilo.rieger@afd-bw.de; dieter.amman@afd-bw.de; marc.bernhard@afd-bw.de; vera.kosova@afd-bw.de; rainer.balzer@afd-bw.de; 'Hess Martin'

Betreff: Agents provocateurs: Sind sie schon unter uns?

Liebe Alice,
lieber Herr Gögel,
(stellvertretend für den restlichen Empfängerkreis)

seit dem Landesparteitag in Heidenheim gingen unzählige E-Mails über verschiedene Verteiler. Viele fühlten sich nach dem Motto „es wurde schon alles gesagt, nur noch nicht von jedem“ bemüßigt, noch irgendetwas beizusteuern. Irgendwann habe ich aufgehört zu lesen.

Heute schreibe auch ich eine Mail, an einen mit Bedacht ausgewählten Empfängerkreis, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ich tue dies aus aufrichtiger Sorge um diesen Landesverband.

Zurück ins Jahr 1998: Persönliche Erlebnisse, die ich an dieser Stelle nicht näher ausführen möchte, führten mich zu einem Rechtsanwalt namens Dr. Rolf Schlierer und zu den Republikanern. Relativ

schnell wurde ich auf einem Parteitag in Horb als Schriftführer in den Landesvorstand gewählt. Omnipräsent war das Thema Verfassungsschutz, unter dessen Beobachtung die REP damals standen. Misstrauen untereinander, Mutmaßungen und Verdächtigungen lähmten die eigentliche Arbeit. Die einen wollten „ein Ende der Leisetreteri“ (Landesvorsitzender Christian Käs), die anderen eine klare Abgrenzung nach Rechtsaußen (Dr. Schlierer). Es blieb in den meisten Fällen bei Indizien, Beweise waren die Ausnahme. Aber es gab sie. Denken Sie nur an „Axel Reichert“, der zwischen 1993 und Anfang 1995 im Auftrag seiner Vorgesetzten als Verdeckter Ermittler (VE) die rechte Szene in Karlsruhe aufklären sollte, und die Kameradschaft Karlsruhe. Oder denken Sie an den Mediziner Dr. Robert Nagels aus Oberhausen, der seit 1988 für den Verfassungsschutz NRW tätig gewesen ist – in dem Jahr, in dem er auch den REP beitrug. Nagels war Finanzier der neonazistischen Verlagsgemeinschaft Rheinland GmbH (VGR), die u.a. Labels wie „Noie Werte“ vertrieb. Später versuchte Nagels, die REP mit einer solinger Wehrsportgruppe in Verbindung zu bringen, aus deren Umfeld der Brandanschlag auf ein Zweifamilienhaus in Solingen, bei dem fünf Menschen zu Tode kamen, verübt wurde.

Nagels war Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in NRW. Den REP trat er bei, als diese noch vier Jahre von einer Beobachtung durch den VS entfernt waren. Man kann wohl mit Fug und Recht behaupten: Nagels war Agent provocateur.

Warum schreibe ich das alles? Ganz einfach:

Mit Sorge las ich im Juni d.J., dass sich ein Mitglied des Landesvorstandes (Namen nenne ich nicht; Sie wissen, wer gemeint ist) von RAI in Nicole Schneiders vertreten lässt. Schon im zarten Alter von 16 Jahren besuchte Schneiders eine Veranstaltung der FAP, war Mitglied der NPD. Als Rechtsanwältin ist Schneiders in Partnerschaftsgesellschaft mit Steffen Hammer niedergelassen. Steffen Hammer war Frontsänger der Neonaziband „Noie Werte“ (haben Sie oben bereits im Zusammenhang mit Dr. Nagels und den REP gelesen). Warum die Wahl ausgerechnet auf eine 70 km entfernte Kanzlei fällt, ist kaum nachzuvollziehen – oder doch?

Ganz aktuell lese ich in Facebook von einer Veranstaltung eines Landesvorstandsmitglieds und eines MdL in Herrenberg zusammen mit Oliver Hilburger von der Gewerkschaft Zentrum Automobil e.V. Hilburger war Gründungsmitglied der Band -Sie ahnen es- „Noie Werte“.

Aus dem Protokoll zur 63. Sitzung des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg (Telefonkonferenz) am 19.06.2018, 20:31 Uhr – 21:47 Uhr:

TOP 12: Anfrage Armin Noll von der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“: Kooperation mit der Alternative für Deutschland (Ralf Özkara) – 21:04-21:14

Armin Noll von der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ möchte eine Kooperation mit der Alternative für Deutschland.

Armin Noll: Die Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ hat während den Bundestagswahlen / Betriebsratswahlen bei der Daimler AG für die AfD „Werbung“ gemacht.

Beschluss (einstimmig): Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kommt eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Automobil“ nicht in Frage.

Der 5. Landesvorstand hat eine Zusammenarbeit und gemeinsame Auftritte einstimmig abgelehnt.

Man mag mir Verschwörungstheorie unterstellen. Mir sind das aber der Analogien zu viele. Ich habe, offen gestanden, ein Déjà-vu. Haben wir im Landesverband auch Agents provocateurs? Leute, die schon lange in der Partei sind und gemäßigt auftraten, sich aber zusehends radikalieren, um den Landesämtern den Stoff zu liefern, den sie zur Marginalisierung benötigen? Ich bin mir nicht mehr sicher!

Noch größere Sorge bereitet mir aber, dass augenscheinlich nicht das Notwendige getan wird, um dem entgegenzutreten. Und das meine ich im Hinblick auf einen Sonderparteitag. Es muss endlich eine Vernetzung stattfinden, um den Landesverband vor einer Destabilisierung oder gar Radikalisierung zu bewahren. Einzelne WhatsApp-Gruppen, die voneinander nichts wissen, werden nicht den gewünschten Erfolg bringen. Kleine Gesprächskreise werden keine flächendeckende Strategie entwickeln können; es fehlt schon an der breiten Kommunikation. Mein Plädoyer: Nur geschlossen werden wir eventuelle Fehlentwicklungen verhindern können. Klären Sie auf in Ihrem Umfeld, beziehen Sie die Leute an der Basis, zu denen Sie Vertrauen haben, ein. Ich möchte kein zweites REP-Waterloo erleben. Wir sind aber auf dem besten Weg dazu!

Zum Schluß möchte ich noch auf ein inzwischen fast 1 Jahr altes Video von einer Veranstaltung des OV Unteres Filstal und des OV Kirchheim/Teck zum Thema hinweisen:

https://www.youtube.com/watch?v=H79_rrMYtRo

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Goßner
Beisitzer im KV Göppingen
Vorsitzender OV Unteres Filstal

- u) 09.10.2019: 19:00 Uhr: Dr. Spaniel tritt gemeinsam mit Oliver Hilburger im Ortsverband Herrenberg auf



- v) 15.10.2019: 30. Sitzung des 6. Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg: der Beschluss des 5. Landesvorstandes, dass es keine Zusammenarbeit zwischen Zentrum Automobil und dem Landesverband Baden-Württemberg gibt, wird nicht aufgehoben

TOP 11. Neubewertung/Aufhebung/Neufassung des Abgrenzungsbeschlusses zum „Zentrum Automobil“ vom 19.06.2018 ?

Während der eingehenden Behandlung dieser Thematik werden folgende drei Sachanträge abgestimmt.

Antrag Spaniel „Der LaVo-Beschluss von 2017 zum „Zentrum Automobil“ wird aufgehoben.“ wird mit 9 Neinstimmen bei einer Jastimme und ohne Enthaltung abgelehnt.

Antrag [29. Sitzung]

„Dr. Spaniel wird aufgefordert, seine Teilnahme an der Veranstaltung des Compact-Magazin am 16.11.2019 abzusagen.“

[Begründung: am 29.08.2017 hat der LaVo beschlossen, keine gemeinsamen Wahlkampfveranstaltungen mit Herrn Hilburger durchzuführen. Der Beschluss ist noch gültig. Im Übrigen nehmen weitere zweifelhafte Personen teil: Holger Strohm, und Gerhard Wisnewski (beides Buchautoren und Verschwörungstheoretiker).]

wird mit 7 Jastimmen bei einer Neinstimme und einer Enthaltung angenommen.

Antrag Bernhard

„Der Bundesvorstand wird um eine Stellungnahme gebeten, wie er zu gemeinsamen, öffentlichen Auftritten von AfD-Politikern, Amts- und Mandatsträgern, mit Funktionären des Zentrums Automobil steht.“

wird mit 5 Jastimmen bei 2 Neinstimme und 2 Enthaltungen angenommen.

w) 18.10.2019 20:19 Uhr: Email des Landesvorstandes an die Kreisvorstände

Von: Dieter Amann <dieter.amann@afd-bw.de>

Gesendet: Freitag, 18. Oktober 2019 20:19

An: zollernalb@afd-bw.de; waldshut@afd-bw.de; ul@afd-bw.de; tuebingen@afd-bw.de; stuttgart@afd-bw.de; sigmaringen@afd-bw.de; sbk@afd-bw.de; rw-tut@afd-bw.de; rnk@afd-bw.de; reutlingen@afd-bw.de; rems-murr@afd-bw.de; ravensburg@afd-bw.de; pf-enz@afd-bw.de; ostalb@afd-bw.de; ortenau@afd-bw.de; nok@afd-bw.de; mannheim@afd-bw.de; maintauber@afd-bw.de; ludwigsburg@afd-bw.de; loerrach@afd-bw.de; konstanz@afd-bw.de; ka-stadt@afd-bw.de; ka-land@afd-bw.de; kuen-sha@afd-bw.de; heilbronn@afd-bw.de; heidelberg@afd-bw.de; heidenheim@afd-bw.de; goeppingen@afd-bw.de; freiburg@afd-bw.de; esslingen@afd-bw.de; emmendingen@afd-bw.de; cw-fds@afd-bw.de; brsg-hschw@afd-bw.de; bodensee@afd-bw.de; boeblingen@afd-bw.de; Biberach@afd-bw.de; bad-ra@afd-bw.de

Cc: vorstand@afd-bw.de

Betreff: Zusammenarbeit mit "Zentrum Automobil"

Sehr geehrte Kreisvorstandsmitglieder,

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesvorstand hatte auf der letzten Sitzung vergangenen Dienstag über die Thematik einer möglichen Zusammenarbeit mit der "Alternativen Arbeitnehmervertretung für Mitarbeiter der Automobilindustrie", dem "Zentrum Automobil", zu entscheiden.

2017 und 2018 hatte der damalige Landesvorstand beschlossen, nicht mit dem "Zentrum Automobil" zusammen zu arbeiten, nicht mit dessen Vertretern gemeinsam aufzutreten und keine gemeinsamen Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten. Dies galt sowohl für Mitglieder des Landesvorstands als auch für nachgeordnete Gliederungen.

Eine Aufhebung dieser Beschlüsse wurde vom Landesvorstand nun nach ausführlicher erneuter Befassung mit der Sache abgelehnt. Es bleibt also bei der damaligen Beschlusslage, und der Landesvorstand möchte dies den Kreisvorständen in Erinnerung rufen mit der Bitte, sich daran zu halten. Die Kreisvorstände werden weiters gebeten, ggf. nachgeordnete Orts- u.a. verbände in geeigneter Weise zu unterrichten.

Mit freundlichem Gruß

-namens und im Auftrage des Landesvorstands -

Dieter Amann

Landesverband Baden-Württemberg (Schriftführer)

x) 19.10.2019 16:26 Uhr: Email Dr. Spaniel an die Kreisvorstände

Von: Spaniel <dirk.spaniel@afd-bw.de>

Datum: 19. Oktober 2019 um 16:26:34 MESZ

An: Eugen Ciresa <eugen.ciresa@afd-bw.de>, "norbert.richter" <norbert.richter@afd-bw.de>, <volker.duebbers@afd-bw.de>, 'Dieter Amann' <dieter.amann@afd-bw.de>, <zollernalb@afd-bw.de>, <waldshut@afd-bw.de>, <ul@afd-bw.de>, <tuebingen@afd-bw.de>, <stuttgart@afd-bw.de>, <sigmaringen@afd-bw.de>, <sbk@afd-bw.de>, <rw-tut@afd-bw.de>, <rnk@afd-bw.de>, <reutlingen@afd-bw.de>, <rems-murr@afd-bw.de>, <ravensburg@afd-bw.de>, <pf-enz@afd-bw.de>, <ostalb@afd-bw.de>, <ortenau@afd-bw.de>, <nok@afd-bw.de>, <mannheim@afd-bw.de>, <maintauber@afd-bw.de>, <ludwigsburg@afd-bw.de>, <loerrach@afd-bw.de>, <konstanz@afd-bw.de>, <ka-stadt@afd-bw.de>, <ka-land@afd-bw.de>, <kuen-sha@afd-bw.de>, <heilbronn@afd-bw.de>, <heidelberg@afd-bw.de>, <heidenheim@afd-bw.de>, <goeppingen@afd-bw.de>, <freiburg@afd-bw.de>, <esslingen@afd-bw.de>, <emmendingen@afd-bw.de>, <cw-fds@afd-bw.de>, <brsg-hschw@afd-bw.de>, <bodensee@afd-bw.de>, <boeblingen@afd-bw.de>, <Biberach@afd-bw.de>, <bad-ra@afd-bw.de>

Kopie: <vorstand@afd-bw.de>

Betreff: Beschlusslage im Landesvorstand Zusammenarbeit mit "Zentrum Automobil"

Reaktion Zentrum Automobil, 19.10.2019

Sehr geehrte Kreisvorstände,

Liebe Parteifreunde,

Sie haben gestern die Mitteilung des Landesvorstands über die beschlossene Nicht-Zusammenarbeit mit Zentrum Automobil erhalten.

Diese Mitteilung mag für einige nichtssagend sein, Sie sollten diese Mitteilung jedoch im Kontext der Gesamtdiskussion um den Landesvorstand sehen.

Zentrum Automobil, eine von VERDI, IG Metall und DGB unabhängige Gewerkschaft der Automobilwirtschaft, arbeitet bereits seit einiger Zeit sehr intensiv und erfolgreich mit einigen Kreisverbänden und insbesondere mit mir persönlich zusammen. Es ist uns gelungen in weiten Teilen der Belegschaft innerhalb der Automobilindustrie, sowohl in Baden-Württemberg als auch in Bayern Zustimmung für unsere Partei zu generieren. Durch den Beschluss von letzten Dienstag versucht der Landesvorstand, diese Zusammenarbeit zu beenden. Dies wurde intern begründet durch die mögliche Gefahr einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz, sollte diese Arbeit fortgeführt werden.

Diese Begründung ist mehr als fragwürdig, da die Arbeitnehmervertretung nicht durch den Verfassungsschutz beobachtet wird und auch nicht auf der Unvereinbarkeitsliste der Bundespartei steht. Pikant ist, dass insbesondere die Person im Landesvorstand, die selbst 47 mal (!) im aktuellen Gutachten des Verfassungsschutz zur AfD namentlich erwähnt wird, sich für dieses Verbot der Zusammenarbeit stark gemacht hat.

Im Rahmen der letzten Landesvorstandssitzung wurde ich zusätzlich aufgefordert meine Teilnahme an einer Konferenz mit dem Compact Magazin abzusagen, an der auch Herr Hilburger, einer der führenden Köpfe von Zentrum Automobil, teilnimmt.

Ich werde meine Zusammenarbeit als Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Bundestagsfraktion für Verkehrsthemen mit dieser wichtigen Arbeitnehmervertretung (mehr als 13 % bei den Betriebsratswahlen der Daimler AG in Untertürkheim) nicht einstellen. Der Landesvorstand ist zu entsprechenden Weisungen schlicht nicht befugt.

Inwieweit Sie sich von einem sachlich unbegründeten Zusammenarbeitsverbot dieses Landesvorstands beeinflussen lassen, bleibt ihnen überlassen.

Sollte der längst überfällige Sonderparteitag, der von meinen Landesvorstandskollegen mehrfach durch „GO-Finessen“ verschleppt wurde, in meinem Sinne ausgehen, sind sachlich unbegründete und rein machttaktische orientierte Kooperationsverbote mit uns wohlgesonnenen Organisationen Vergangenheit.

Mit freundlichen Grüßen

Spaniel, MdB

y) 29.10.2019: Anschluss des Bundesvorstandes an Beschlusslage des Landesvorstandes zum „Zentrum Automobil e.V.“

Von: AfD-BGS | Bundesgeschaeftsfuehrung <hans-holger.malcomess@afd.de>

Datum: 29.10.2019

Verteiler: Landesvorstand Baden-Württemberg / Bundesvorstand zur Kenntnis

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Landesvorstandes Baden-Württemberg,
der Bundesvorstand hat in seiner gestrigen Präsenzsitzung einen einstimmigen Beschluss zum Verein "Zentrum Automobil e.V." gefasst, den ich Ihnen nachfolgend zur Kenntnis gebe:

TOP 5.1.a) - Anschluss des Bundesvorstandes an Beschlusslage des Landesvorstandes zum „Zentrum Automobil e.V.“

Beschluss:

„Der Bundesvorstand schließt sich den Beschlusslagen des Landesvorstandes Baden-Württemberg vom 29.08.2017 sowie vom 15.10.2019 bezüglich der Vereinigung ‚Zentrum Automobil e.V.‘ (www.zentrum-automobil.de) an.“

Begründung:

„Der Vorstand des Vereins besteht gemäß aktuellem Vereinsregister-Auszug des Amtsgerichtes Stuttgart Nr. 720647 vom 22.10.2019 aus zehn Mitgliedern. Zu vier der genannten Personen liegen nachfolgende Informationen öffentlich vor:

- a. Vorstandsmitglied (Beisitzer) Tobias Gerstner: ‚gehörte laut Behördendokumenten jahrelang zur badischen Neonaziszene‘ (<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.daimler-neonazis-wollen-einfluss-im-betriebsrat-ausbauen.ef65ddb8-521f-4c98-a8a2-feed2cc90414.html>),
- b. 1. Vorstand Oliver Hilburger: ehemaliges Mitglied der Rechtsrock-Band „Noie Werte“ (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-und-die-rechte-gewerkschaft-wenn-dein-blauer-arm-es-will.59cfac1b-bcf2-4909-9a0d-bd48a6c47e44.html>; https://de.wikipedia.org/wiki/Noie_Werte),
- c. Schatzmeister Hans Jaus: war vermeintlicher Bundesschatzmeister der Wiking-Jugend (<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2018-01/rechtsextremismus-daimler-gewerkschaft-hakenkreuz-e-mail>),
- d. Vorstandsmitglied (Administrator, Webmaster) Thomas Scharfy: ‚betreute in den 90er Jahren die Mailbox ‚Empire BBS‘ des ‚Thule-Netzes‘, über das sich vor dem Internetzeitalter Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet austauschten‘ (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-und-die-rechte-gewerkschaft-wenn-dein-blauer-arm-es-will.59cfac1b-bcf2-4909-9a0d-bd48a6c47e44.html>).

Eine Zusammenarbeit des Landesverbandes Baden-Württemberg der Alternative für Deutschland und dem „Zentrum Automobil e.V.“ ist unter Berücksichtigung der zu den vier genannten Personen vorliegenden Informationen nicht ratsam, weil dies das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im schlimmsten Fall als Verbindung (bzw. als Zusammenarbeit) von AfD-Politikern in die rechtsextremistische Szene verorten und ein Einwirken durch die entsprechenden Protagonisten auf die Partei unterstellen könnte (was vergleichbar schon im BfV-Gutachten vom Januar 2019 erfolgte).

Anlage - Vereinsregisterauszug Nr. 720647 des Amtsgerichtes Stuttgart vom 22.10.2019

Vereinsregister des
Amtsgerichts Stuttgart Wiedergabe des aktuellen
Registerinhalts

Nummer des Vereins:

VR 720647

Seite 1 von 1

1. Anzahl der bisherigen Eintragungen:

5

2. a) Name:

Zentrum Automobil e.V.

b) Sitz:

Stuttgart

3. a) Allgemeine Vertretungsregelung:

Der Vorstand besteht aus 10 Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden (1.Vorstand), zwei

stellvertretenden Vorsitzenden (2. und 3. Vorstand), einem Schatzmeister sowie 6 weiteren Vorstandsmitgliedern.

Jeweils zwei Vorstandsmitglieder, von denen eines der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende sein muss, vertreten gemeinsam.

b) Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis:

Vorstandsmitglied (Beisitzer): Auerbach, Stefan, Brandis, *20.08.1980

Vorstandsmitglied (Schriftführer): Brandmeier, Andreas, Stuttgart, *15.09.1973

Vorstandsmitglied (Beisitzer): Gerstner, Tobias, Malsch, *21.03.1980

1. Vorstand: Hilburger, Oliver, Sechselberg, *08.10.1969

3. Vorstand: Ivancic, Miroslav, Stuttgart, *30.06.1976

Schatzmeister: Jaus, Hans, Radolfzell am Bodensee, *02.08.1961

Vorstandsmitglied (Beisitzer): Noll, Armin, Stanach, *11.09.1964

Vorstandsmitglied (Administrator, Webmaster): Scharfy, Thomas, Winnenden, *19.05.1976

2. Vorstand: Schickart, Christian, Althütte, *20.11.1982

Vorstandsmitglied (Beisitzer): Schmitt, Horst, Gau-Algesheim, *24.08.1971

4. a) Satzung:

Verein

Satzung vom 28.03.2009

Zuletzt geändert durch Beschluss vom 13.12.2014 nebst Nachtrag vom 25.07.2015 und 17.10.2015

b) Sonstige Rechtsverhältnisse:

5. a) Tag der letzten Eintragung:

19.03.2019

z) 29.10.2019: Androhung möglicher Parteiordnungsmaßnahmen

32. Sitzung des 6. Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg am Dienstag, 29.10.2019 ab 19.00:

[TOP 17. Mögliche Ordnungsmaßnahmen . wg. Weigerung Umsetzung Beschlüsse des LaVo.](#)

[hierzu:](#)

[Vorratsbeschluss gem. § 8 Abs. 2 Bundessatzung betr. .](#)

TOP 12 der 63. Sitzung des LaVo vom 19.06.2018 lautete:

Anfrage Armin Noll von der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“: Kooperation mit der Alternative für Deutschland (Ralf Özkara)

Armin Noll von der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ möchte eine Kooperation mit der Alternative für Deutschland. (...)

Der einstimmige Beschluss lautete:

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kommt eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Automobil“ nicht in Frage.“

Per Whatsapp gab Taras Maygutiak am ? bekannt, der KV Ortenau habe am 23.10.2019 beschlossen, dass sich dieser an diesen Beschluss des LaVo nicht gebunden fühlt.

Beschlussantrag: in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Landesvorstands vom 15.10.2019 – den Beschluss vom 19.06.18 nicht aufzuheben - wird bekräftigt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Automobil“ nicht in Frage kommt. Bei Verstößen gegen diesen Beschluss durch Gebietsverbände können Ordnungsmaßnahmen nach § 8 der Bundessatzung ergriffen werden. Zudem stellen Verstöße eine Zuwiderhandlung gegen wesentliche Fragen der politischen Zielsetzung der Partei dar. Beschlüsse des Landesvorstandes sind für die nachgeordneten Gliederungen verbindlich.

Der KV ist aufzufordern, den Beschluss innerhalb eines Monats zurückzunehmen; der KV erhält eine entsprechende Information.

Dem Antrag wird bei einer Enthaltung einstimmig **zugestimmt**.

D. Spaniel gibt zu Protokoll, dass nach seiner Meinung der Kreisverband die Zuständigkeit nicht beim Kreisverband gesehen hat.

aa) 29.10.2019: Abmahnung Dr. Spaniel im Wortlaut

Landesverband der Alternative für Deutschland

Baden – Württemberg

- Der Landesvorstand –

AUSGEHÄNDIGT

Abmahnung

29. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Dr. Spaniel,

gemäß § 7 Absatz 1 Satz 3 der Bundessatzung spricht der Landesvorstand, vertreten durch die Unterzeichnenden, Bernd Gögel und Thilo Rieger, gegen Sie hiermit eine

Abmahnung

aus und begründet wie folgt:

I. Sachverhalt

Auf seiner 30. Sitzung am 15.10.2019 hat der Landesvorstand unter TOP 11

- mit 9 gegen 1 Stimme beschlossen, dass ein Beschluss des vorherigen Landesvorstands, wonach es keine Zusammenarbeit von Funktionären und Mandatsträger der AfD mit dem „Zentrum Automobil“ geben darf, nicht aufgehoben wird (damit fortbesteht)
- mit 7 gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung beschlossen, dass Sie aufgefordert werden, Ihre Teilnahme an der geplanten Veranstaltung des „Compact“- Magazins am 16.11.2019 abzusagen, bei dem neben Ihnen noch das Vorstandsmitglied des „Zentrum Automobil“ , Herr Hilburger, auftreten will.

Dessen ungeachtet haben Sie sich in einer Rundmail an die Kreisvorstände am 19.10.2019 öffentlich dahingehend eingelassen

- „Diese Begründung“ der Beschlüsse des Landesvorstands „ist mehr als fragwürdig“ (wobei Sie dies aus Ihrer Sicht begründeten),
- das Zusammenarbeitsverbot sei sachlich unbegründet und rein machttaktisch orientiert,
- „Ich werde meine Zusammenarbeit als Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Bundestagsfraktion für Verkehrsthemen mit dieser wichtigen Arbeitnehmersvertretung (...) nicht einstellen. Der Landesvorstand ist zu entsprechenden Weisungen schlicht nicht befugt“,
- „Sollte der längst überfällige Sonderparteitag, der von meinen Landesvorstandskollegen mehrfach durch „GO-Finessen“ verschleppt wurde...“

II. Voraussetzungen und Bewertung

Nach § 7 Abs. 1 Satz 3 und Absatz 3 der Bundessatzung kann der Landesvorstand gegen eines seiner Mitglieder eine Abmahnung aussprechen, wenn dieses Mitglied gegen die Satzung oder die Ordnung oder gegen Grundsätze der Partei verstößt.

Der Landesvorstand hat auf seiner ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung am Dienstag, 22. Oktober 2019 mit 7 gegen 1 Stimme beschlossen, eine Abmahnung auszusprechen.

Als gleichberechtigtes Mitglied des Kollegialorgans „Landesvorstand“ unterliegen Sie mehrheitlich gefassten Beschlüssen ebenso wie jedes andere Vorstandsmitglied und wie jedes andere betroffene einfache Mitglied auch. Gerade als Landesvorstandsmitglied ist es Ihnen verwehrt, gegen einen mehrheitlich gefassten Beschluss des Vorstandes öffentlich zu opponieren; dies untergräbt sowohl die Kollegialität im Vorstand, als auch Autorität, Reputation und Durchsetzungsfähigkeit des Landesvorstandes. Ausserdem kommt Landesvorstandsmitgliedern als Repräsentanten eins der Organe des Landesverbands besondere Vorbildfunktion zu. Diese haben ihr Amt im Auftrag des Landesverbands uneigennützig und neutral zu führen. Abweichende politische Meinungen können ausschließlich im Stimmverhalten innerhalb des Landesvorstandes ihren Ausdruck finden, nach außen hin ist Loyalität zu wahren.

Mitglieder des Landesvorstands repräsentieren in der Öffentlichkeit stets ihren Landesverband. Ein öffentlicher Auftritt unter dem Etikett einer anderen Funktion oder als Mandatsträger vermag die gleichzeitige Eigenschaft als Repräsentant eines Landesverbands nicht zu überlagern, ein Landesvorstandsmitglied ist und bleibt dies öffentlich immer und überall und wird als solches wahrgenommen.

Mit der unbegründet gebliebenen Beschuldigung (ungenannt und unbeziffert bleibender) Landesvorstandskollegen, diese hätten mittels „GO-Finessen“ einen Sonderparteitag mehrfach verschleppt, verstießen Sie überdies ein zweites Mal in besonders krasser Weise gegen die obengenannten Grundsätze. Sie stellen damit die übrigen Mitglieder unter Verdacht, aus sachfremden Gründen gegen die Satzung zu verstoßen, ohne dies zu begründen. Dies erfüllt auch aus neutraler Sicht die Tatbestandsmerkmale einer Verleumdung i.S. des Strafgesetzbuches. Sie waren selbst bei nahezu allen Sitzungen des Landesvorstandes anwesend und wissen, dass Beschlüsse stets nach bestem Wissen und Gewissen aller Mitglieder des Vorstandes entlang der Sachlage gefasst wurden.

In Ihrem öffentlichen Verhalten zeigt sich eine innere Haltung, die mit den Grundsätzen und der Ordnung der Partei, dem Geist des Landesvorstandes und den Gesetzmäßigkeiten und Anforderungen eines Kollegialorgans nicht zu vereinbaren sind.

Bei Wiederholung des beanstandeten Verhaltens oder bei einem vergleichbaren Verhalten kann dies weitergehende Ordnungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Bernd Gögel

Thilo Rieger

bb) 16.11.2019: Dr. Spaniel spricht per Video-Schaltung auf der Compact Konferenz



<https://www.youtube.com/watch?v=DMOpz2aoMI4&t=14s>

„Der Bundestagsabgeordnete und AfD-Verkehrsexperte Spaniel hielt seine Rede über Video – der AfD-Landesvorstand hatte ihm die Teilnahme an der Veranstaltung untersagt, weil auch Oliver Hilburger referierte, für manche Parteifunktionäre ist er zu radikal. Spaniel machte deutlich, dass er sich dem Beschluss beuge, aber in der AfD für ein Ende der Distanzeritis kämpfe, gerade gegenüber Vertretern der Arbeiterschaft wie Hilburger.“

<https://www.compact-online.de/tolle-stimmung-bei-der-compact-konferenz-gegen-den-klimawahn/#prettyPhoto>

Aus dem Protokoll der 40. Sitzung des 6. Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg am Montag, 23.12.2019 ab 21 Uhr (SonderTELKO)

TOP 3. Auftritt D.S. bei „Compact-Konferenz“ (Kosova)

Es liegt ein Video von der „Compact-Konferenz“ vor, worin D.Spaniel auf Videoleinwand nicht nur seine Absage begründet und diese kommentiert – wie er dies auf der letzten Präsenzsitzung versichert hatte - sondern auch politische Statements abgibt bzw. dazu redet. D. Spaniel erklärt sein Bedauern und rechtfertigt sich, dass dies so nicht verabredet gewesen sei, sondern er davon ausging, dass diese Statements während der Konferenz nicht gesendet würden, sondern nur die Absage. Er sei jedenfalls nicht da gewesen im Sinne einer körperlichen Präsenz. Das Video sei nicht live übertragen worden, sondern voraufgezeichnet und abgespielt.

Im Gegensatz dazu ist M. Jongen der Meinung, dass dieses Video – auch da es nach dem Beschluss des Landesvorstands, dass gemeinsames Auftreten mit dem „Zentrum Automobil“ nicht erfolgen darf, mit der Absicht des Abspielens auf der Konferenz anstelle des ursprünglichen Tagesordnungspunktes aufgenommen worden sei – einen Verstoß gegen den Beschluss darstellt und in Zusammenhang mit dem Auftritt von Zentrum Automobil stehe; Videopräsenz auf Großleinwand dieser Form sei ebenso gemeinsames Auftreten wie körperliche Präsenz.

Die Diskussion wird ergebnislos beendet.

cc) 16.11.2019: Dr. Spaniel stellt den Landesvorstand bloss (am Ende der Videobotschaft)

Dr. Spaniel am Ende seiner Videobotschaft: „...aber mein Landesverband hat einen Auftritt zusammen mit einem Vertreter von Zentrum Automobil, Oliver Hilburger, nicht gewollt und aus diesem Grunde einen Beschluss gefasst, an den ich mich gebunden fühle und tatsächlich ist es so, dass wir in der AfD vielleicht einige Dinge noch ändern müssen um eine offene Kommunikation auch mit Arbeitnehmervertretern im rechten Spektrum auf diese Art und Weise zu ermöglichen und ich freue mich da drauf, dass wir das in Zukunft hoffentlich besser machen. Ich gehe fest davon aus, dass wir diesen Schritt gehen können. Ich arbeite jedenfalls daran.“

Videosequenz liegt vor.



Andreas Schoemaker
RECHTSANWALT & STRAFVERTEIDIGER

RA Andreas Schoemaker • Bredeneyer Straße 79 • 45133 Essen

An den
Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46
70574 Stuttgart

Andreas Schoemaker
Rechtsanwalt & Strafverteidiger

Strafrecht
Reputationsschutz
Medienrecht

Bredeneyer Straße 79
45133 Essen

Telefon: +49 0201 / 87 65 60 44
Telefax: +49 0201 / 87 65 60 45

info@rechtsanwalt-schoemaker.de
www.rechtsanwalt-schoemaker.de

09.01.2020
Mein Zeichen: Z 102/20

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre an mich gerichtete Anfrage darf ich wie folgt beantworten:

Zu begutachten ist, welche Ordnungsmittel gemäß AfD-Bundessatzung (in der Fassung vom 01.12.2019) gegen Herrn Dr. Dirk Spaniel rechtfertigen. Herr Dr. Dirk Spaniel ist Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg. Die Zulässigkeit einer weiteren Abmahnung ist nicht zu prüfen.

A.
Sachverhalt

1. Vorgeschichte: Abmahnungen

Herr Dr. Spaniel wurde durch den Landesvorstand Baden-Württemberg seit Oktober 2019 bereits zweimal abgemahnt.

a) Gemäß Beschluß des Landesvorstandes Baden-Württemberg ist Funktionsträgern die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ untersagt. Nachdem Herr Dr. Spaniel angekündigt hatte, gemeinsam mit deren Funktionär Oliver Hilburger bei einer „Compact-Konferenz“ am 16.11.2019 aufzutreten, wurde er gemäß Beschluß des Landesvorstandes vom 15.10.2019 aufgefordert, seine Teilnahme abzusagen und nachdrücklich auf die Beschlußlage hingewiesen.

Gleichwohl ließ sich Herr Dr. Spaniel in einer Rundmail an die Kreisvorstände am 19.10.2019 wie folgt ein,

- Die Begründung der Beschlüsse des Landesvorstandes sei „mehr als fragwürdig“.

Seite 1 von 14

Bankverbindung: Deutsche Bank PGK Essen • IBAN: DE85 3607 0024 0398 3368 00 • BIC: DEUTDE33
Bürozeiten: Mo. - Do. 10:00 bis 17:00 Uhr • Fr. 10:00 bis 13:00 Uhr • and nach Vereinbarung

- Das Zusammenarbeitsverbot sei sachlich unbegründet.
- *„Ich werde meine Zusammenarbeit als Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Bundestagsfraktion für Verkehrsthemen mit dieser wichtigen Arbeitnehmersvertretung [...] nicht einstellen. Der Landesvorstand ist zu entsprechenden Weisungen schlicht nicht befugt.“*
- *„Sollte der längst überfällige Sonderparteitag, der von meinen Landesvorstandskollegen mehrfach durch „GO-Finessen“ verschleppt wurde...“*

Es wird insofern Bezug genommen auf den Inhalt der Abmahnung, **Anlage A 1**

b) Herr Dr. Spaniel beschäftigt einen persönlichen Referenten namens Stefan Weber. Dieser war im Jahre 2013 vorübergehend AfD-Mitglied. Nach seinem Austritt gründete er unter dem Namen „Volkspartei“ eine Konkurrenzpartei. Nachdem dieser kein Erfolg beschieden war, bemüht er sich nun abermals um Aufnahme in die AfD.

Herr Dr. Spaniel entsandte diesen Mitarbeiter am 5. November als seinen „Vertreter“ auf eine Mitgliederversammlung des Zollernalbkreises.

Besagter Stefan Weber stellte sich vor als Angestellter und „Vertreter des Landesvorstandsvorsitzenden“ Dr. Dirk Spaniel. Er ist nicht Parteimitglied. Er verlas von seinem Handy einen Beschlusantrag, über den bei der vorangegangenen Sitzung des Landesvorstands am 29. Oktober 2019 (TOP 5.3) abgestimmt worden war. Es handelte sich dabei um einen Passus aus den „Mitglieder- und Geschäftsstellenangelegenheiten“, die als besonders vertraulich gelten und daher auch nicht veröffentlicht werden. Dabei ging es um zwei Personen aus dem Zollernalbkreis, gegen deren Aufnahme in die Partei vom Kreisvorstand Bedenken angemeldet worden waren.

Hierdurch wurden die in dem Papier enthaltenen personenbezogenen Daten von Mitgliedskandidaten sämtlichen Anwesenden zur Kenntnis gebracht, worunter sich auch ca. 10 rein zufällig anwesende Gäste des Lokals und dessen Bedienstete befanden.

Das entsprechende Protokoll war zu diesem Zeitpunkt lediglich an die Mitglieder des Landesvorstands, also auch an Herrn Dr. Spaniel, verschickt worden. Dieser hat zu einem späteren Zeitpunkt gegenüber dem Landesvorstand zugegeben, daß er seinem Mitarbeiter Weber Zugang zu vertraulichen Unterlagen des Landesvorstands - zu welchen die internen Protokolle gehören - gewährt.

Auf einem Stammtisch in Sinsheim am Donnerstag, 07.11.2019, berichtete Herr Weber im Beisein des dortigen Vorstandsmitglieds Jörg Junger, daß er (sinngemäß) im Parteimanager nachgesehen hätte, wer außer ihm noch in Gaiberg wohne. Dabei nannte er Namen, auch früherer Mitglieder, die er tatsächlich nur aus dem Parteimanager kennen konnte. Eine Überprüfung der Zugriffe auf diese Daten ergab, daß in beiden Fällen über den Parteimanagerzugang von Dr. Spaniel bzw. seinem Nutzerkonto am 17.07.2019 zugegriffen wurde.

Mit diesem Sachverhalt konfrontiert, machten Herr Dr. Spaniel per Email am 18.12.2019 gegenüber dem Datenschutzbeauftragten und dem Vorstand Angaben zur Sache, die dieser allerdings einerseits als wenig glaubwürdig bewertet, andererseits aber den Vorwurf des ungerechtfertigten Datengebrauchs unberührt lassen.

Daraufhin wurde Herr Dr. Spaniel am 07.01.2020 erneut abgemahnt.

2. Zusammenarbeit mit „Zentrum Automobil“

Trotz Kenntnis der geltenden Beschlußlage und trotz ausdrücklicher Aufforderung, dies zu unterlassen, beteiligte sich Herr Dr. Spaniel gemeinsam mit einem Vertreter von „Zentrum Automobil“, Herrn Oliver Hilburger, an der Compactkonferenz.

Bei „Zentrum Automobil“ handelt es sich um eine Mini-Gewerkschaft, die vom Verfassungsschutz als rechtsradikal eingestuft wird. Einige ihrer Mitglieder fielen in der Vergangenheit durch das Versenden von Hitler- und Hakenkreuzbildchen per WhatsApp auf.

Im Handelsblatt vom 03.08.2019 hieß es hierzu:

„Der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, hat sich besorgt über die Aktivitäten rechter Arbeitnehmervertreter wie der Mini-Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ geäußert. „Bisher sind die bei Betriebsratswahlen errungenen Mandate zwar überschaubar, aber hier wird eine langfristige Strategie verfolgt, staatliche Institutionen und Räume konsequent zu unterwandern, was wir mit Sorge betrachten und auch darauf hinweisen“, sagte Kramer dem Handelsblatt.“

Es wird insofern Bezug genommen auf:

- Artikel Handelsblatt v. 03.08.2019, **Anlage A 2**
- Artikel Thüringen24 v. 04.08.2019, **Anlage A 3**

Die Stuttgarter Nachrichten berichteten am 26.01.2018:

„Fast der komplette Zentrum-Vorstand besteht aus Personen, die sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen.“
(Anlage A 4)

Beispiele:

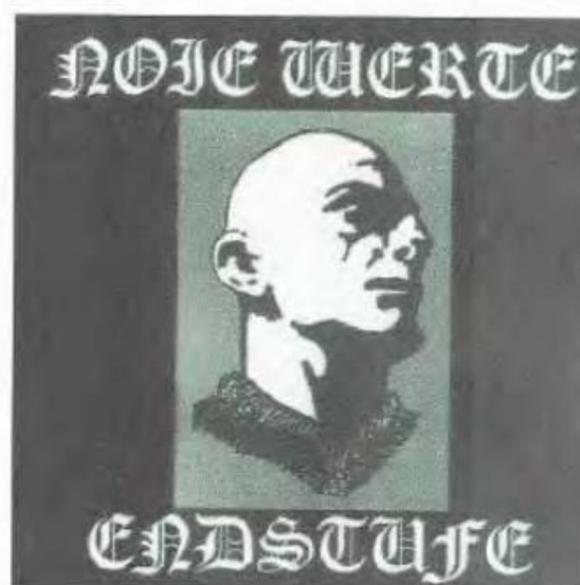
- Hans Jaus, Schatzmeister Zentrum Automobil e.V., war bis zum Verbot als Schatzmeister der „Wiking-Jugend“ tätig (Stern, 30.07.2019, **Anlage A 5**).
- Tobias Gerstner, Kandidat Zentrum Automobil e.V., Rastatt, gehörte laut Behördendokumenten jahrelang zur badischen Neonaziszene (Stuttgarter Nachrichten, Anlage A)
- Simon Kaupert (produziert Videos und beantwortet Presseanfragen) hat im Jahr 2015 an einem Pfingstlager der NPD-Jugendorganisation teilgenommen (Stern, 30.07.2019, **Anlage A 5**).
- Der brandenburgische Verfassungsschutz hat Kaupert im Mai 2018 als Aktivist "Identitären Bewegung" zugeordnet (**Anlage A 6**)
- Betriebsrat Rico Heise (Zentrum Automobil e.V.) wurde vom NSU-Untersuchungsausschuß wegen nachgewiesener Kontakte verhört. Die Morde des NSU bezeichnete er als „Systemmorde“ und „fraglich ob überhaupt“ (rdl.de, 23.09.2017, **Anlage A 7**)
- Thomas Scharfy, Vorstandsmitglied und Webmaster Zentrum Automobil e.V., betreute in den 90er Jahren die Mailbox „Empire BBS“ des „Thule-Netzes“

- Sascha Woll, Beisitzer Vorstand Zentrum Automobil e. V., Betriebsrat: Ehemaliges Mitglied der Stuttgarter Skinhead-Truppe Kreuzritter (Zeit, 30.01.2018, Anlage A 8)
- Andreas Brandmeier, ehemaliger Vorsitzender des Zentrums Automobil e.V. äußerte sich: „Der deutsche Gruß heißt Heil Hitler“ (Report Mainz, 30.01.2018, <https://www.swr.de/report/neue-gewerkschaftsfront-rechte-wollen-macht-in-betriebsraeten-ausbauen/-/id=233454/did=21054076/nid=233454/1n4gf3u/index.html>)

Bei dem „Zentrum Automobil“-Vorsitzenden Oliver Hilburger, mit dem Herr Dr. Spaniel auftrat, handelt es sich um ein ehemaliges Mitglied der dem inzwischen Verbotenen Netzwerk „Blood & Honor“ zugehörigen Skinhead Band „Noie Werte“.



Auftritt der Band „Noie Werte“



Titelbild der Band „Noie Werte“



Dr. Spaniel mit Oliver Hilburger

Deren CD/LP *Kraft für Deutschland* wurde durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert, da ihr Inhalt laut Begründung „zu Gewalttätigkeit und Rassenhaß reizt und immanent nationalsozialistisches Ideengut vertritt“.

Es wird insofern Bezug genommen auf den Wikipediaartikel „Noie Werte“, **Anlage A 9**.

Im NSU-Untersuchungsausschuß wurde Hilburger wegen nachgewiesener Kontakte zum NSU verhört (labournet.de, 11.11.2019, **Anlage A 10**).

Trotz nachweislicher Kenntnis der diesbezüglichen Beschluslage und trotz Abmahnung zeichnete Herr Dr. Spaniel einen ca. fünfminütigen Redebeitrag auf Video auf und ließ diesen statt seines physischen Auftritts auf der Compactkonferenz abspielen.



Am Schluß der Videobotschaft teilt Herr Dr. Spaniel mit:

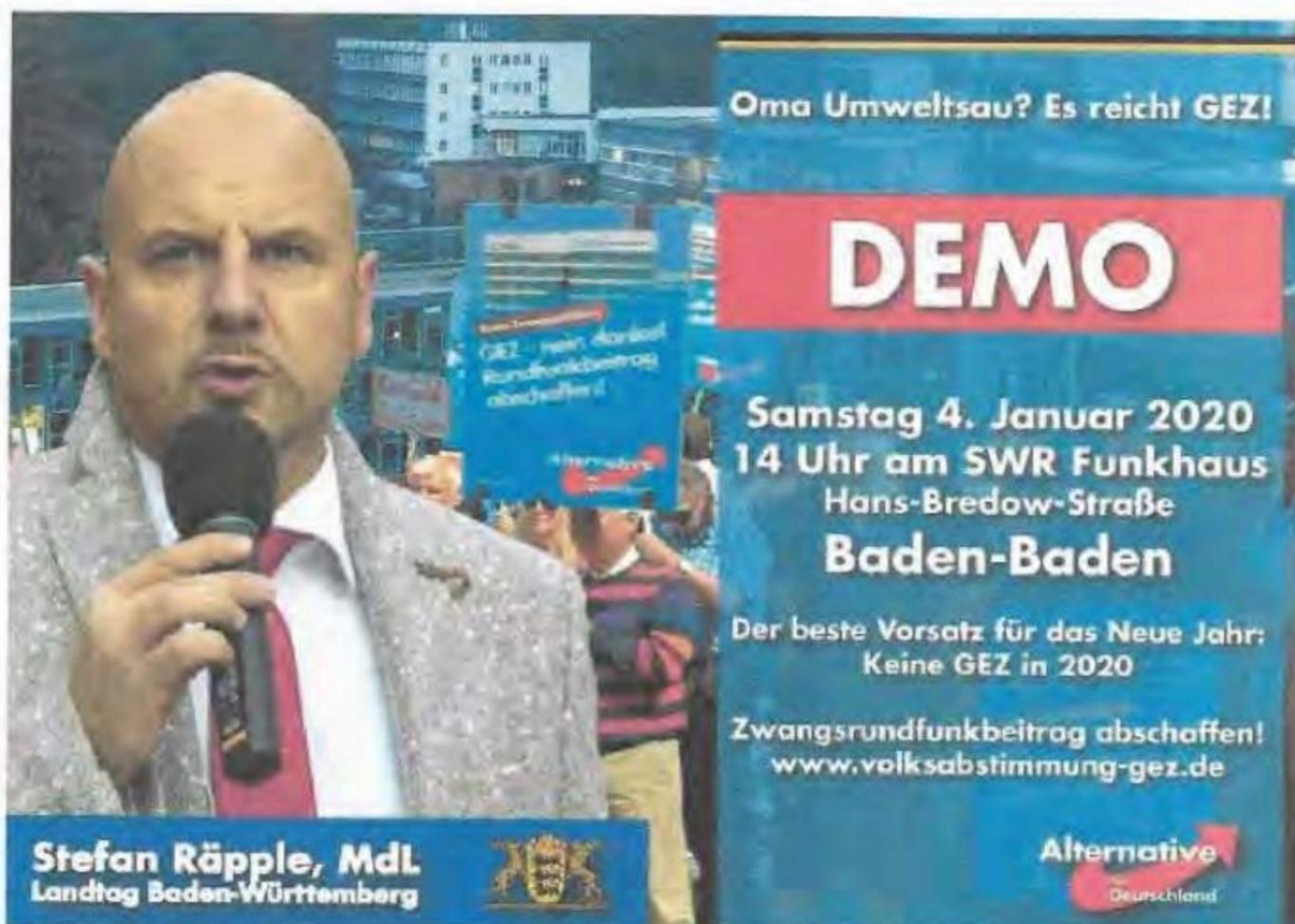
„Ich hätte gerne zu Ihnen persönlich gesprochen. Und nein, es liegt auch nicht daran, daß ich nicht zu dieser Konferenz kommen wollte, ich habe mich sehr gefreut über die Einladung von Jürgen Elsässer zu dieser Konferenz. Aber mein Landesverband hat einen Auftritt zusammen mit einem Vertreter von „Zentrum Automobil“, Oliver Hilburger, nicht gewollt und aus diesem Grunde einen Beschluß gefaßt, an den ich mich gebunden fühle und tatsächlich ist es so, daß wir in der AfD vielleicht einige Dinge noch ändern müssen, um eine offene Kommunikation auch mit Arbeitnehmervertretungen im rechten Spektrum auf diese Art und Weise zu ermöglichen und ich freue mich da drauf, daß wir das in Zukunft hoffentlich besser mache, ich gehe fest davon aus, daß wir diesen Schritt gehen können. Ich arbeite jedenfalls daran“

Es wird in sofern Bezug genommen auf Compact-online.de, Artikel vom 18.11.2019, Anlage A 11, sowie auf die dem Landesvorstand vorliegende Videoaufzeichnung des Auftrittes.

3. SWR-Demo

Am 04.01.2020 trat Herr Dr. Spaniel auf einer Demonstration mit dem Motto „Oma Umweltsau? Es reicht GEZI!“ vor dem SWR-Funkhaus in Baden-Baden auf.

Die Demonstration war im Vorfeld wie folgt beworben worden:



Aufgrund des grundsätzlich zu befürwortenden Themas und der Tatsache, daß auf dem vorstehenden Flugblatt lediglich Herr Stefan Räßle, MdL, als Redner angekündigt wurde, war die Demonstration zunächst auch vom AfD-Landesverband Baden-Württemberg routinemäßig über dessen Emailverteiler beworben worden.

Tatsächlich sprachen neben Herrn Räßle und Herrn Dr. Spaniel u.a. auch Frau Doris von Sayn-Wittgenstein und Herr Gernot Tegetmeyer.

Gernot H. Tegetmeyer (* 18. Dezember 1957 in Graz) ist ein deutscher politischer Aktivist österreichischer Herkunft, der zur Verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene Bayerns gehört. Er war Generalsekretär der inzwischen aufgelösten rechtspopulistischen Kleinpartei „Die Freiheit“ und Veranstalter des Nürnberger Ablegers von Pegida. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) hebt Tegetmeyer mehrfach in seinen Publikationen wie beispielsweise den Verfassungsschutzberichten von 2015, 2016, 2017 und 2018 namentlich hervor.

„Nügida“ wird auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD geführt.

Wegen der weitem Einzelheiten zur Person Tegetmeyer wird auf den Wikipediartikel „Gernot H. Tegetmeyer“, Anlage A 12, Bezug genommen.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein (* 1. Oktober 1954 als *Doris Ulrich* in Arolsen) ist eine deutsche Politikerin (ehemals AfD). Seit der Landtagswahl 2017 ist sie Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein. Sie war Landesvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) in Schleswig-Holstein. Am 28. August 2019 wurde sie vom Bundesschiedsgericht letztinstanzlich aus der AfD ausgeschlossen. Sayn-Wittgenstein hatte für einen rechtsextremistischen Verein geworben, der auf der sogenannten

Unvereinbarkeitsliste der AfD steht, das Parteigericht sah darin ein „parteischädigendes Verhalten“

Wegen der weiteren Einzelheiten zur Person Doris von Sayn-Wittgenstein wird auf den Wikipediaartikel „Doris von Sayn-Wittgenstein“, **Anlage A 13**, Bezug genommen.

Herr Dr. Spaniel trägt hierzu vor, ihm seien von Herrn Räßple zunächst nur Herr Räßple selbst und Herr Rechtsanwalt Mandic (AfD) als Redner genannt worden. Erst am Tage vor der Demonstration habe er über den geplanten Auftritt von Herrn Tegetmeyer und Frau von Sayn-Wittgenstein informiert worden.

Wie Herr Dr. Spaniel mitteilte, war ihm die Problematik eines gemeinsamen Auftritts mit den vorgenannten Personen bewußt. Er habe deswegen zunächst nicht sprechen wollen, sei aber hingefahren um sich die Sache anzusehen. Er habe aber festgestellt daß es keine „Räßple-Demo“, sondern eine „AfD-Demo“ gewesen sei. Nachdem er gesehen habe, daß der SWR Kameras aufbaute, habe er spontan entschlossen zu reden.

Nach einer anderen Angabe von Herrn Dr. Spaniel habe man ihn zum Auftritt gedrängt:

Der Auftritt von DSW war ein Fehler. Das habe ich Stefan Räßple auch gesagt. Ich habe meine Teilnahme daraufhin abgesagt. Stephan Räßple hat dann angekündigt das zu thematisieren und somit vor Ort einen Eklat zu provozieren in dem er die eigenen Mitglieder gegen den LaVo aufbringt. Genau diese Demotivation der Mitglieder wollte ich vermeiden, zumal dies vor laufenden Kameras sicher ein gefundenes Fressen für die Presse gewesen wäre.

Die Demonstration führte zu einem desaströsen Medienecho. Selbst das der AfD grundsätzlich positiv gegenüberstehende Magazin „Cicero“ (**Anlage A 13**) schrieb von einer „Pogromstimmung in Baden-Baden“

B.

Voraussetzungen des Parteiausschlusses

Rechtsgrundlage eines Parteiausschlusses ist § 7 V der AfD-Bundessatzung.

Es gilt eine Ausschlußfrist von 6 Monaten, die mit Kenntnisnahme der Maßgeblichen Umstände durch den Vorstand (§ 7 V S. 2 Bundessatzung).

Im Einzelnen:

I.

Tatbestand

1. Verstoß

Der Antrag ist begründet, wenn das betreffende Mitglied

- vorsätzlich gegen Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt
- und dadurch der Partei einen Ansehensverlust oder in sonstiger Weise schweren Schaden zufügt.

a) Satzung

Die Satzung stellt die gemeinsame formelle Grundlage des Parteilebens dar. Sie regelt die Verfahren zur Formulierung der Parteipolitik.

Morlok, ParteienG, § 10 Rn. 12

Dabei knüpfen Ordnungsmaßnahmen wegen Verstoßes gegen die Satzung an die Verletzung beliebiger Vorschriften der Satzung der Partei an. Dabei ist der Begriff der Satzung in einem materiellen Sinne zu verstehen. Gemeint sind alle Vorschriften, deren Regelungsgegenstand die Verfassung und innere Ordnung der Partei ist; auf die Bezeichnung als „Satzung“ kommt es nicht an.

Ipsen, ParteienG, 2. A., § 10 Rn. 27

b) Parteiordnung

Unter den Begriff der Parteiordnung im Sinne von § 10 Abs. 4 PartG fallen alle Grundsätze - gleich ob geschrieben oder ungeschrieben -, die von den Mitgliedern zur Sicherung der Existenz sowie zur Erhaltung der Konkurrenz- und Funktionsfähigkeit der Partei befolgt werden müssen, also z.B. auch das Solidaritäts- und Rücksichtnahmegebot.

BGH NJW 1994, 2610

Durch diese Bezugnahme auf die Grundsätze sind Verstöße gegen Parteigrundsätze oder -ordnung keine klar trennbaren Alternativen, sondern miteinander verklammert. Ebenso wird sich ein Verstoß gegen die Parteiordnung regelmäßig auch zumindest teilweise mit einem Satzungsverstoß überschneiden.

Ipsen, ParteienG, 2. A., § 10 Rn. 28

Zu Parteiordnung zählen aber auch solche Regeln, die das *organisationsfreundliche* Verhalten der Mitglieder betreffen. Dieser Teil der Ordnung bezieht sich auf das Verhältnis von Mitgliedern zur Organisation und zielt im Kern auf die Abwehr des Mißbrauchs der mitgliedschaftlichen Position. Er schützt so, in der Art von Vorschriften über Treu und Glauben, die Wirksamkeit der formalisierten Organisations- und Verfahrensregeln. Als Ordnungsverstoß in Betracht kommt auch die Enttäuschung des berechtigten Vertrauens der Partei etwa durch Nichteinhaltung von gegebenen Leistungszusagen (Flugblätter werden abredewidrig nicht verteilt, Plakate nicht geklebt etc.).

*Roßner, Parteiausschluß, Parteiordnungsmaßnahmen
u. innerparteiliche Demokratie, S. 122 m.w.N.*

Verstöße können auch bestehen in öffentlich wirksamen Äußerungen von Parteimitgliedern, die inhaltliche Positionen der Partei oder andere Parteimitglieder in unangemessener Weise kritisieren. Schutzgut ist die Selbstdarstellung der Partei in der Öffentlichkeit. Die Angemessenheit von Äußerungen hängt von den Umständen des Einzelfalles ab, etwa dem Publikum der Äußerung und ihrem Kontext oder dem Maße, in dem das Mitglied die Partei in den Augen der Öffentlichkeit repräsentiert.

c) Grundsätze der Partei

Die Grundsätze der Partei bestimmen über die programmatische Identität einer Partei als Tendenzorganisation, sie bestimmen die parteipolitischen Inhalte. Der Begriff der „Ordnung“ umfaßt den gesamten Bereich der innerparteilichen politischen Willensbildung und die diesen Bereich regulierenden geschriebenen (auch satzungsrechtlichen) und ungeschriebenen Regeln für ein geordnetes Parteileben. Hierzu zählen auch die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Loyalitäts- und Solidaritätspflichten gegenüber der Partei. Im Außenverhältnis sind (inhaltliche) Abweichungen nur zulässig, soweit das Erscheinungsbild der Partei nicht verwischt wird. Zu verlangen ist intern wie nach außen stets die Rücksichtnahme auf die Empfindungen anderer Parteimitglieder.

Ipsen, ParteienG, 2. A., § 10 Rn. 30 f.

Morlok, ParteienG, 2. A., § 10 Rn. 12

d) Zum konkreten Fall

Vorliegend wird sich in erster Linie ein Verstoß gegen die Ordnung der Partei, namentlich Rücksichtnahmegebot und Loyalitätspflichten gegenüber der Partei in ihrer Gesamtheit, dem Landesvorstandes und den einzelnen Mitglieder bejahen lassen.

Hierzu das Bundesschiedsgericht:

„Herausgehobene Parteimitglieder, wozu Vorstände von Gebietsgliederungen sowie Mandatsträger gehören, haben zudem eine erhöhte Pflicht zur Vorsicht in Bezug bereits auf einfache Kontakte zu Personen, die durch ihr Verhalten oder aufgrund ihrer Verbindungen für die AfD ‚toxisch‘ wirken oder dies könnten. Dazu gehören jedenfalls alle auf der Unvereinbarkeitsliste aufgeführten Organisationen bzw. deren (auch ehemaligen) Mitglieder, insbesondere Führungskräfte.

Bei jedweder über einfache Kontakte hinausgehender Kooperation, Beschäftigung, Beauftragung etc. besteht darüber hinaus die Pflicht, sich bereits im Vorfeld sorgfältig aus allgemein zugänglichen Quellen über die jeweiligen Personen, Unternehmen und Organisationen zu informieren und damit soweit möglich auszuschließen, dass für die AfD stets zumindest potentiell, oftmals aber ganz real schwer schädliche und daher mit dem Wohl und dem Interesse der Partei unvereinbare Beziehungen überhaupt erst entstehen.

[...]

Denn jeder derartige Kontakt, insbesondere durch höhere Funktions- und Mandatsträger, birgt in sich die Gefahr, den Verfassungsschutzbehörden Gründe oder auch nur Vorwände zu liefern, die Partei insgesamt als Verdachtsfall einzustufen mit der Folge, dass der dann eintretende Verlust an Mitgliedern und Wählern sogar die Existenz der Partei bedrohen könnte. Hinzu kommt negative mediale Aufmerksamkeit.

[...]

Ein durch den AG der Partei verursachter schwerer Schaden nach § 7 Abs. 5 Bundessatzung muss aber nach allem mit der notwendigen Sicherheit angenommen werden. Er besteht zum einen darin, dass der AG durch sein Verhalten mit dazu beigetragen hat, dass sie in Teilen durch den VfS beobachtet wird und insgesamt als Prüffall eingestuft ist. Der Kammer ist bewusst, dass dieser amtliche Bericht in seinem Tenor nicht frei von politischer Einflussnahme ist. Auf reine Sachverhaltsdarstellungen darin, wie die hier genannten Handlungen des AG in sozialen Medien, trifft dies aber sicher nicht zu. Des Weiteren hat die mediale Berichterstattung über Fraktionsausschluss und Parteiausschlussverfahren dazu beigetragen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass der AG und damit Mandats- und Funktionsträger der Partei eine Nähe zur IB und NPD-Führungspersonal aktiv betreibt.

[...]

Dass der Antragsgegner für sein Fehlverhalten trotz der mehrfachen Kritikgespräche und der zwei an ihn gerichteten Abmahnungen keine Einsicht gezeigt und künftige Verhaltensänderung zugesagt hat, ist in die Gesamtabwägung mit einzubeziehen.

[...]

Die Berufung hat nach allem Erfolg, denn die dem AG vorgehaltenen Handlungen sind als schwerer Verstoß gegen die Ordnung der Partei festzustellen und erfüllen die für einen Parteiausschluss notwendigen Tatbestandsmerkmale des § 7 Abs. 5 Bundessatzung – entsprechend § 10 Abs. 4, 1. Halbsatz PartG. Sie führten insbesondere kausal zu einem schweren materiellen und/oder immateriellen Schaden für die Partei im Sinne der vorgenannten Vorschrift. Neben materiellen Schäden sind auch „unwägbare Stoffe“ wie genossenes Vertrauen, ein positives Image oder ein klares politisches Profil als Schadenspositionen anzuerkennen (Roßner, Seite 163).“

(Bundesschiedsgericht, Urteil v. 25.11.2019,
Az. 93_2019_RP_LaVe_Ahnmüller_BSG)

Im vorstehend zitierten Fall hat das Bundesschiedsgericht einen schweren Schaden angenommen und das betreffende Mitglied aus der Partei ausgeschlossen.

Die in der Entscheidung dargelegten Grundsätze sind auf den vorliegenden Fall anwendbar.

Hinsichtlich des Auftrittes bei der Compactkonferenz war Herrn Dr. Spaniel bewußt, daß es sich um eine durch Vorstandsbeschluß untersagte Zusammenarbeit handelte. Denn er selbst teilte mit:

„Aber mein Landesverband hat einen Auftritt zusammen mit einem Vertreter von „Zentrum Automobil“, Oliver Hilburger, nicht gewollt und aus diesem Grunde einen Beschluß gefaßt, an den ich mich gebunden fühle...“

Herr Dr. Spaniel kann sich auch nicht darauf zurückziehen, er sei nicht physisch zusammen mit Herrn Hillburger „aufgetreten“. Gemäß Vorstandsbeschluß ist eine Zusammenarbeit von Amtsträgern mit „Zentrum Automobil“ generell untersagt. Auf physischen Kontakt bzw. räumliche Anwesenheit kommt es nach Sinn und Zweck des Beschlusses nicht an. Denn für die vom Bundesschiedsgericht so bezeichnete „toxische“ Wirkung macht es keinen Unterschied, in welcher Form sich eine solche Zusammenarbeit vollzieht, solange sie wahrnehmbar und somit geeignet ist, die erwartbaren negativen Folgen wie VS-Beobachtung etc. herbeizuführen. Obwohl er wußte, daß der Auftritt gemäß Vorstandsbeschluß untersagt war und obwohl er in dieser Angelegenheit bereits eine Abmahnung erhalten hatte, setzte sich Herr Dr. Spaniel über die nach eigenem Bekunden für ihn verbindliche Rechtslage hinweg, verstieß mithin vorsätzlich gegen die Ordnung der Partei.

Ein schwerer Schaden ergibt sich in beiden Fällen bereits aus der Tatsache, daß die öffentlichen Kontakte (mit) geeignet sind, der Forderung nach einer VS-Beobachtung der Partei oder einzelner Teile Nahrung zu geben. Dies sowohl hinsichtlich „Zentrum Automobil“, dessen Verstrickungen bis hin zum NSU-Komplex reichen, als auch für die verfassungsschutzrelevanten Aktivitäten des Herrn Tegetmeyer, der seit Jahren in den verfassungsschutzberichten Erwähnung findet.

Im Falle der SWR-Demo ergibt sich ein weitergehender Schaden aus der über das Übliche hinaus negativen Presseberichterstattung.

2. Subjektiver Tatbestand

Eine Problematisierung des subjektiven Tatbestands erübrigt sich vorliegend, da Herr Dr. Spaniel in Kenntnis aller wesentlichen Umstände, namentlich des Vorstandsbeschlusses, des Hintergrundes von „Zentrum Automobil“ (Compactkonferenz) und der Redner (SWR-Demo), mithin jedenfalls mit direktem Vorsatz (dolus directus zweiten Grades) handelte.

Hinsichtlich des eingetretenen schweren Schadens ist kein Vorsatz erforderlich. Es genügt Kausalität. Hierzu hat das Bundesschiedsgericht ausgeführt:

„Ebenso besteht kein Erfordernis des Vorsatzes für den der Partei zugefügten schweren Schaden. Das Gesetz fordert vielmehr nur, dass durch einen oder mehrere der aufgeführten Verstöße ein solcher kausal entstanden ist. Die Ausweitung des Vorsatzes als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal auch auf die Modalitäten des Grundsatz- und Ordnungsverstoßes ist unzulässig, es ist der Rechtsprechung des BGH zu folgen und die Differenzierung des § 10 Abs. 4 PartG aufrecht zu erhalten (Roßner, Parteiausschluss, Parteiordnungsmaßnahmen und innerparteiliche Demokratie, S. 156f).“

3. Zwischenergebnis

Die Voraussetzungen eines Parteiausschlusses liegen vor.

C.

Voraussetzungen der Amtsenthebung/Ämtersperre

Rechtsgrundlage einer Amtsenthebung und/oder Ämtersperre ist § 7 IV S. 1 lit. a und b der AfD-Bundessatzung.

Es gilt eine Ausschlußfrist von 4 Monaten, die mit Kenntnisnahme der Maßgeblichen Umstände durch den Vorstand (§ 7 IV S. 2 Bundessatzung).

Der Antrag ist begründet, wenn das betreffende Mitglied

- gegen Satzung, Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt
- und dadurch der Partei einen Ansehensverlust oder in sonstiger Weise Schaden zufügt.

Im Gegensatz zum Parteiausschluß ist bereits hinsichtlich des Verstoßes kein Vorsatz erforderlich. Es genügt Fahrlässigkeit. Hinsichtlich der Folge genügt jeder Schaden. Ein schwerer Schaden ist nicht erforderlich.

Wegen des Satzungsverstoßes und des dadurch eingetretenen Schadens kann auf die Ausführungen beim Parteiausschluß verwiesen werden. Da dessen Voraussetzungen bejaht wurden, liegen die Voraussetzungen einer Amtsenthebung/Ämtersperre erst recht vor.

Soweit Herr Dr. Spaniel hierzu vorträgt, er habe sich trotz erheblicher Bedenken zu dem Auftritt nötigen lassen, spricht dies nicht gegen, sondern für eine Amtsenthebung/Ämtersperre. Denn gerade von einem Amtsträger muß verlangt werden, daß er derartigen Versuchen der Einflußnahme auch mit unlauteren Mitteln in besonnener Selbstbehauptung standhält, zumal ihm nach Eigenabgabe die weiteren Redner bereits seit dem Vortag bekannt waren und er somit hinreichend Gelegenheit gehabt hatte, seine Handlungsoptionen zu überdenken. Vor diesem Hintergrund gibt das gezeigte Verhalten begründeten Anlaß zu der Sorge, daß auch zukünftig die Ausübung entsprechenden Drucks zu unangemessenen Reaktionen führen wird.

D.

Ergebnis

Die tatbestandlichen Voraussetzungen sowohl einer Amtsenthebung und/oder Ämtersperre, als auch des Parteiausschlusses sind erfüllt. Entsprechende Anträge haben Aussicht auf Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'AS', written in a cursive style.

Andreas Schoemaker
Rechtsanwalt

ee) 08.03.2020: Dr. Spaniel lädt circa 50 Mitglieder des Zentrum Automobil e.V. nach Berlin

07:44

m.facebook.com/zentrumaut 32

← Zentrum Automobil - ZENTRUM IN BERLIN...



 **Zentrum Automobil**
ZENTRUM IN BERLIN

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel reisten circa fünfzig Kollegen des Zentrums nach Berlin.

Die Zukunft der Automobilindustrie und die Arbeitssicherheit aller Kollegen waren das Hauptziel auf dieser Reise.

Mehr Bilder: <https://www.zentrum-automobil.de/2020/03/17/zentrum-in-berlin/>

Chronik-Fotos · vor 5 Stunden · 

In Originalgröße anzeigen · Weitere Optionen

Like Kommentieren Teilen

 20

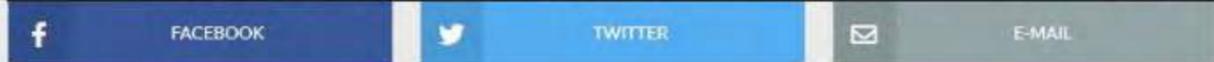
6 Mal geteilt

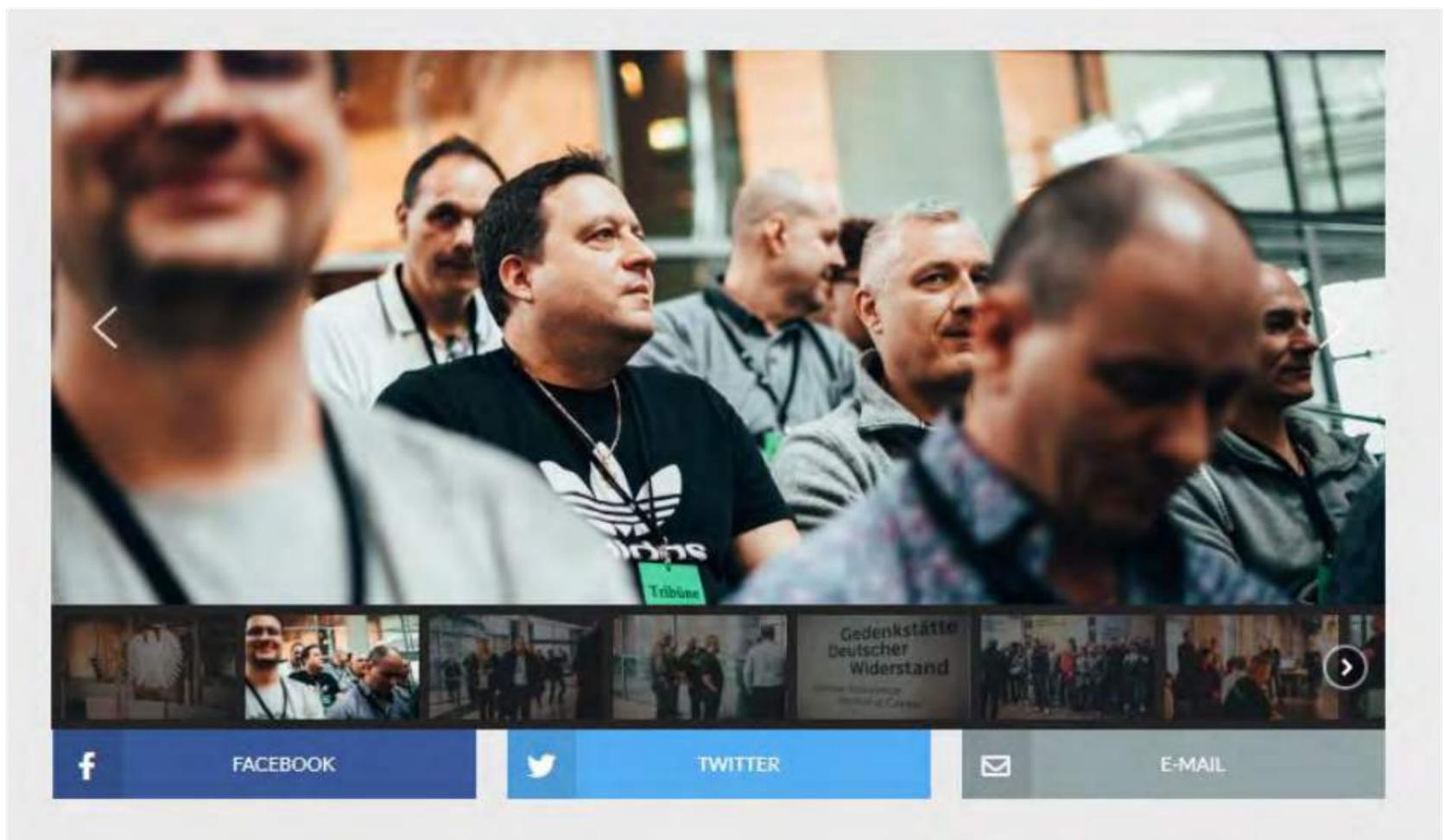
<https://www.facebook.com/zentrumauto/posts/10157122979293602>

ZENTRUM IN BERLIN



Vom 08. bis zum 11. März waren Kollegen des Zentrums auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Dr. Dirk Spaniel in Berlin.





https://www.zentrum-automobil.de/2020/03/17/zentrum-in-berlin/?fbclid=IwAR2Z8DBc_21X0nyktHnIHWSvtX44nKigecP1DLW9omBXVvxZe_1TYVzS8Pk

18.03.2020: Auszug aus dem offizieller Telegram-Chat der AfD BW: AfD Baden-Württemberg“





ff) 08.04.2020: Der Bundesvorstand beschließt, eine Ämtersperre für Dr. Spaniel zu beantragen

Aus dem Protokoll der 7. Sitzung des Landesvorstandes Baden-Württemberg der Alternative für Deutschland
(Telefonkonferenz) am 24. März 2020, 08.00 Uhr – 11.57 Uhr

Parteiordnungsmaßnahmen gegen Dr. Dirk Spaniel. Der BuVo beabsichtigt, das Verfahren an den Landesvorstand zurück zu verweisen.

Beschluss Nr. 48

Beschluss:

Der Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg ersucht den Bundesvorstand, etwaige zu prüfende Parteiordnungsverfahren gegen Herrn Dr. Dirk Spaniel zu übernehmen. Das mit Ordnungsverfahren zu sanktionierende Verhalten fällt in einen Zeitraum, in dem Herr Dr. Spaniel Landesvorsitzender der AfD Baden-Württemberg war. Folgerichtig ist die Betreuung des Parteiordnungsverfahrens Sache des Bundesvorstandes geworden. Eine neuerliche Kompetenzverschiebung bei diesem Ordnungsverfahren zurück an den Landesvorstand ist weder notwendig noch sachlich angemessen, da der Bundesvorstand seit über zwei Monaten mit der Angelegenheit befasst ist. Insofern wird darauf hingewiesen, dass bestimmte Ordnungsmaßnahmen demnächst verfristen.

Weiter war Dirk Spaniel Mitkonkurrent bei der letzten Landesvorstandswahl am 19.02.2020, es besteht die Sorge, dass man in der Partei ein Vorgehen des Landesvorstandes gegen Herr Dr. Spaniel nicht als objektiv gerechtfertigt, sondern als politische Aktion einstufen könnte. Der Landesvorstand erklärt sich deshalb für befangen und bittet den Bundesvorstand in diese Angelegenheit tätig zu werden.

Abstimmungsergebnis:

JA: 12

NEIN: 0

Enthaltung: 0

Der Bundesvorstand beschließt mehrheitlich eine Ämtersperre für Dr. Spaniel beim Landesschiedsgericht zu beantragen.

gg) 07.04.2020: Dr. Spaniel fordert Mitglieder von Zentrum Automobil auf, Mitglied in der AfD zu werden

Nach Aussage eines AfD Kreisvorstandes gibt es einen Antragsteller auf Mitgliedschaft, welcher berichtet, dass er, als Mitglied von Zentrum Automobil e.V., von Dr. Spaniel aufgefordert wurde, einen Mitgliedsantrag in der AfD zu stellen.

Im Mitgliedsantrag wurde die Mitgliedschaft in Zentrum Automobil e.V. nicht angegeben.

Der Mitgliedsantrag wurde vom Kreisvorstand abgelehnt.

Das ist bereits der zweite Fall, welcher noch rechtzeitig entdeckt und abgelehnt wurde.

----- Forwarded message -----

Von: XXXXX

Date: Mo., 20. Apr. 2020

Subject: Causa Spaniel - Zentrum Automobil in AfD

To: XXXXX

Hallo XXXXX,

wie versprochen eine kurze Zusammenfassung zu diesem Fall mit den im Parteimanager hinterlegten Scans zur Weiterleitung an den LaVo und Diskussion in einer der nächsten LaVo Sitzungen.

Facts:

beim Aufnahmegespräch mit dem potentiellen Neumitglied XXXXX kam heraus, daß er (einfaches) Mitglied in der 'Gewerkschaft' Zentrum Automobil (ZA) ist... Dies ist schon der 2. Fall im KV-Böblingen, den wir aufdecken (und ablehnen) konnten, um Schaden von der Partei abzuwenden. In beiden Fällen wurde die Mitgliedschaft im Aufnahmeformular verschwiegen - gab es dazu Anweisungen seitens Dr. Spaniels ?

Danke - und Grüße aus XXXXX

hh) 03.06.2020: Landesschiedsgericht Baden-Württemberg eröffnet das Verfahren: 2 LSG-BW 13/20

[Anmerkung: Das Verfahren 2 LSG-BW 13/20 ist - soweit bekannt - nie abgeschlossen – Vorsitzender der Kammer ist Thomas Seitz.]

ii) 06.01.2021: Medienecho: Frankfurter Rundschau: Im rechten Ort: Im baden-württembergischen Althütte tummeln sich die Neonazis

„In einer Seitenstraße unweit des Ortskerns flattert eine mit Nazisymbolen bedruckte Fahne im Wind. Ein paar Hausnummern weiter wohnt Familie Woll. Sascha Woll war Mitglied der Stuttgarter Skinhead-Truppe „Kreuzritter für Deutschland“. Auch er mischt jetzt bei „Zentrum Automobil“ mit. Seine Ehefrau Heike zelebrierte ihren nationalen Aktivismus früher bei der NPD. Sie musste außerdem vor dem baden-württembergischen Landtag im NSU-Untersuchungsausschuss erscheinen. Dort berichtet Heike Woll, dass sie nicht mehr aktiv sei, aber nach wie vor Kontakte „in alle Richtungen“ habe.“

<https://www.fr.de/panorama/baden-wuerttemberg-althuette-neonazis-reichsbuerger-nsu-90159483.html>

[Anmerkung: Sascha Woll, Beisitzer Vorstand Zentrum Automobil e. V.]

jj) 16.05.2021: Dr. Spaniel nimmt an der Veranstaltung „Mahngedenken“ teil
Anmelderin der Veranstaltung ist Christiane Schmauder, sie ist die Lebensgefährtin von Andreas Ziegler.



Rednerliste:

Christiane Schmauder (Lebensgefährtin von Andreas Ziegler, AfD-Mitglied seit 08.07.2021 – Aufnahme durch Dr. Spaniel)

Christian Schickart (Vorstand und Mitgründer von Zentrum Automobil, kein AfD-Mitglied)

Michael Lindner (Zentrum Automobil, Listenkandidat Betriebsratswahlen 2018, kein AfD-Mitglied)

Michael Stecher (Zentrum Automobil, kein AfD-Mitglied)

Tobias Gerster (Zentrum Automobil, kein AfD-Mitglied)

Dr. Dirk Spaniel (AfD-BW-Mitglied)

Dr. Malte Kaufmann (AfD-BW-Mitglied)

Dr. Christina Baum (AfD-BW-Mitglied)

Zentrum Automobil und die faschistische Rechte: Zur Mahnkundgebung für Andreas Ziegler

Anlässlich des ersten Jahrestages des Angriffes auf drei Mitglieder von Zentrum Automobil am Rande einer Querdenken Demonstration fand vergangenen Samstag, den 16. Mai, eine Mahnkundgebung mit circa einhundert Teilnehmern unterschiedlichster rechter und faschistischer Gruppierungen statt.

Die Kundgebung wurde von „Chrissy“ (Chrisitane Schmauder) angemeldet, mit Michael Stecher organisiert und von der NPD, der Jungen Alternative sowie der Idenitären Bewegung beworben.



Christiane Schmauder ist die Ex-Frau des von Daimler gekündigten Rassisten Joachim Schmauder und aktuelle Lebensgefährtin des Hauptgeschädigten Andreas Ziegler. Zwei Daimler Mitarbeiter u.a. Schmauder beleidigte einen Kollegen mehrfach rassistisch, weshalb sie gekündigt wurden. Gemeinsam mit Zentrum Automobil gingen sie juristisch gegen die Kündigung vor, verloren aber den Prozess.

Mit Michael Stecher drehte Chrissy bereits im Vorfeld der Kundgebung erste Videos zur Mobilisierung und nutzte die Öffentlichkeit des Anti-Antifa-Aktivistinnen und rechten Pseudo-Journalisten.



Neben den drei Geschädigten Jens Dippon, Ingo Thut und Andreas Ziegler waren auch die Zentrums Mitglieder Christian Schickart, Tobias Gerstner und Michael Lindner anwesend.



Von links:
Jens Dippon, Ingo Thut und Andreas Ziegler

Christian Schikart ist Vorstand von Zentrum Automobil.



Michael Lindner war für Zentrum Automobil Listenkandidat 2 bei den Betriebsratswahlen 2018 bei Daimler in Sindelfingen.

Vor allem Tobias Gerstner weist enge Verbindung in die faschistische Rechte auf: Er ist nicht nur mutmaßliches Mitglied der „Kameradschaft Rastatt“, sondern soll bereits Rechtsrockkonzerte in Kooperation mit Aktivisten des mittlerweile verbotenen Netzwerks Blood & Honour organisiert haben. Mitglieder der „Kameradschaft Rastatt“ haben am 1. Mai 2006 eine DGB Kundgebung in Gaggenau angegriffen.



Ebenfalls auf der Kundgebung vertreten waren:

- AfD -

Neben Christine Röhl aus dem Kreisverband Stuttgart, waren auch Malte Kaufmann, Christina Baum und Dirk Spaniel anwesend. Alle drei hielten zusätzlich einen Redebeitrag.



Christine Röhl ist Beisitzerin im Kreisvorstand der AfD Stuttgart.



Malte Kaufmann aus Mühlhausen war OB-Kandidat für die AfD in Stuttgart.

Christina Baum, ehemalige Landtagsabgeordnete der AfD in BW, unterzeichnet die Erfurter Resolution und ist Teil des mittlerweile aufgelösten „Flügel“. Ein Mitarbeiter von Christina Baum ist Marcel Grauf. Grauf wünscht sich in Chatgruppen den Holocaust zurück, da es jetzt wieder genügend Ausländer gäbe, möchte Politiker „abknallen“ und will auf „Leichen pissen und Gräbern tanzen“.



Dirk Spaniel (Flügel) ist Bundestagsabgeordneter der AfD und enger Freund von Björn Höcke. Seine Frau Sabine Perlitius ist Beschäftigte bei Daimler und war in dem Zentrum Video-Format „Krisenrunde“ zu Gast.

Das Vater-Sohn-Gespann um Frank und Jochen Lobstedt waren ebenfalls vor Ort. Jochen Lobstedt (mitte) ist im Bundesvorstand der Jungen Alternative und Landesvorsitzender der JA BW. Vater Frank ist in der AfD Schwarzwald-Baar aktiv und fungiert mit seinem Security-Unternehmen als Sicherheitsbeauftragter. Auch bei den aktuell stattfindenden Prozessen zum Angriff am 16. Mai 2020 sind die beiden als Sicherheitsdienst anwesend. Am fünften Prozesstag beispielsweise führen sie Chrissy gemeinsam mit Marina Djonovic (NPD) zum Oberlandesgericht nach Stuttgart Stammheim.



- NPD -



Die NPD war mit einem eigenen Transparent und den gleichdesignten T-Shirts mit der Aufschrift "Deutsche helfen Deutsch" vor Ort.

Auf dem Bild rechts: Marina Djonovic, stellvertretende Landesvorsitzende der NPD BW.

In der Mitte ist Matthias Brodbeck. Er ist bei der NPD Heilbronn, sowie Beisitzer im Landesvorstand der NPD BW. Brodbeck organisierte in der Vergangenheit zusammen mit Alexander Scholl Busanreisen zu faschistischen Großaufmärschen nach Dresden.

Jan Jaeschke (mitte) ist Landesvorsitzender der NPD. BW. Rene Schrade (links) ist NPD-Mitglied und wird dem Blood and Honour (internationales, militantes Nazi-Netzwerk) zugerechnet.



- der Dritte Weg -



Mehrere Mitglieder des Dritten Weg waren mit einem eigenen Transparent Teil der Kundgebung.

Der Dritte Weg ist eine Kleinstpartei, die sich an der Kameradschaftsszene und dem deutschen Faschismus orientiert. Dem Dritten Weg werden immer wieder Angriffe auf Geflüchtete und Linke, Brandanschläge und Bombendrohungen zugeordnet. Erst vergangenes Jahr wurden drei Afrikaner in Erfurt von Mitgliedern des Dritten Weg schwer verletzt.



- Identitäre Bewegung -



Die Identitäre Bewegung Stuttgart (IB) rief nicht nur bereits im Vorfeld der Kundgebung zur Teilnahme auf, sondern war mit Michael Seibold (mitte), einem jahrelang aktiven IB'ler, präsent.

Während der Querdenken-Demonstrationen lief er Seite an Seite mit dem rechten Medienmacher Simon Kaupert (ein Prozent und Zentrum Automobil) und fotografierte auch am zweiten Verhandlungstag laut eigenen Angaben als Mitarbeiter für Zentrum Automobil.

- Compact Magazin -

Paul Klemm (siehe Bild oben, links) ist ebenfalls bei der Identitären Bewegung (IB) aktiv und Autor und Fotograf für das rechte und verschwörungstheoretische Compact Magazin. Dort veröffentlichte er einen Story-Telling Artikel über Andreas Ziegler, seine Hobbys und seine neue Liebe Chrissy. Mit weiteren Aktivisten der IB war Klemm letztes Jahr an der europäischen Außengrenzen in Griechenland, um auf Flüchtlingsjagd zu gehen. Am 3. April 2021 besuchte er ebenfalls gemeinsam mit Simone Kaupert eine Querdenken Demonstration.

- Nicole Schneiders -

Die Nazi-Anwältin, teilte sich mit Steffen Hammer und Alexander Heinig eine Anwaltskanzlei. Steffen Hammer war, genau wie Oliver Hilburger Teil der Nazi-Band Noie Werte. Schneiders (Mitte, rote Haare) selbst vertritt im NSU Prozess den wegen neunfacher Beihilfe zu Mord verurteilten Ralf Wohlleben.



- Sebastian Thalheimer -



Sebastian Thalheimer, auch „Barney“ genannt (mit gelber Weste), kommt aus der Nazi-Skinhead-Szenen. Er war früher bei der „Freien Kameradschaft Fichtenberg“ und war an mehreren Naziübergriffen in Neuhausen und Umgebung beteiligt. Auf seinem Ellenbogen ist das faschistische Symbol der schwarze Sonne, das aus mehreren Hakenkreuzen besteht, tätowiert.

Zentrum Automobil stellt sich und ihre Mitglieder immer wieder als unschuldige Opfer und unpolitische, unabhängige Gewerkschafter dar. Die Mahnkundgebung und ihre Teilnehmer lassen endgültig alle Masken fallen: **Zentrum Automobil ist ein rechtes Betriebsprojekt, angelehnt an die „Nationalsozialistische Betriebsorganisation (NSBO)“, dass im Betrieb hetzt und rechte Propaganda verankern möchte.**

kk) 16.05.2021: NPD Baden-Württemberg postet eine Stellungnahme auf Facebook: versammelten sich eine Hand voll diverser Aktivisten von NPD, AfD und freien Kräften

<https://www.facebook.com/npdbw>

NPD Baden-Württemberg

Stellungnahme zur heutigen Mahnwache gegen linke Gewalt in Stuttgart-Bad Cannstatt

Heute versammelten sich über 100 solidarische Menschen zum Jahrestag des gewalttätigen Anschlags auf Andreas Ziegler und zwei weitere Mitglieder der Daimler-Gewerkschaft Zentrum Automobil.

Kurz zum Sachverhalt: Andreas Ziegler, Jens Dippon und Ingo Tuth waren am 16. Mai 2020 auf dem Weg zu einer Kundgebung von Querdenken 711 auf dem Cannstatter Wasen. Plötzlich wurden sie von mehreren, etwa drei dutzend, Antifa-Aktivisten überrascht. Diese griffen die Opfer aggressiv an und schlugen auf sie ein. Im Spiel waren sogar eine Gaspistole und mehrere Schlagringe. Andreas Ziegler erlitt einen dreifachen Schädelbasisbruch und lag länger im Koma. Jens Dippon ist seit dem Anschlag auf einem Auge blind. Seit Ende April läuft das Verfahren vor dem Landgericht Stuttgart gegen Dylan Akpinar und Joel Simon Petzoldt wegen versuchtem Totschlag.

Veranstalterin der Mahnkundgebung war Christiane, die Lebensgefährtin von Andreas Ziegler. Diese hatte ein breites Bündnis verschiedener patriotischer Gruppen aus Süddeutschland eingeladen, an der Mahnwache teilzunehmen. Als überparteiliche Solidaritätsmahnwache wurde im Vorfeld abgeklärt, dass Parteifahnen an diesem Tag überflüssig sind. Es war von vornherein klar, dass auf der Veranstaltung diverse Redner der AfD sprechen werden. Es gab zur Sicherheit der Teilnehmer einen offiziellen Vorabtreffpunkt in Kooperation mit der Polizei und dem Veranstalter.

Im Vorfeld gab es am Montag den 10.05. eine kleine Aktion vor dem Oberlandesgericht in Stammheim. Dirigiert von Sebastian Thalheimer und Marina Djonovic versammelten sich eine Hand voll diverser Aktivisten von NPD, AfD und freien Kräften mit einem Banner gegen Linksextremismus und Antifa-Terror. Christiane, die an diesem Tag ebenfalls in Stammheim war, bedankte sich mit Kaffee und Kuchen und einem freundlichen Lächeln und lud alle zur Mahnwache am Sonntag ein. Speziell bat sie Marina und Sebastian breit und in alle Richtungen zu mobilisieren. Parteifarben seien an diesem Tag Nebensache.

Als sich an dem Treffpunkt merkwürdigerweise fast ausschließlich Mitglieder der NPD und dem NPD-nahen Umfeld versammelten, obwohl die AfD, Zentrum Automobil und der dritte Weg sich ebenfalls angekündigt hatten, nahm man das kommentarlos zur Kenntnis. Die ca. 50 Teilnehmer liefen gemeinsam zum Ort der Veranstaltung, wo sich dann ca. weitere 50 Teilnehmer der Mahnwache anfanen. Im Vorfeld wurde zudem vereinbart, dass Transparente zur Thematik gezeigt werden dürfen. Der dritte Weg hatte ein eigenes Banner zum Thema "Antifa-Terror" mitgebracht und zeigte ebenfalls Flagge gegen linke Gewalt. Die ca. 50 NPD-Aktivisten gesellten sich zur Kundgebungsgruppe und mischten sich unter alle anderen Teilnehmer. Man begrüßte sich freundlich quer durch die Runde, da sich ja viele Teilnehmer unabhängig der Parteifarben kannten. Auf Anordnung eines AfD-Funktionärs rollte der dritte Weg sein Transparent wieder zusammen. Einzelne AfD-Mitglieder hissten das Banner mit dem Spruch "Terrororganisation Antifa verbieten" welches schon am Montag vor dem Oberlandesgericht in Stammheim zur Geltung kam. Dies wurde auch nach kurzer Zeit wieder eingerollt, nachdem der Dritte Weg sein Banner entfernte.

Marina Djonovic, stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Baden-Württemberg, fragte daraufhin bei einem der zuständigen AfD-Funktionären nach ob ein Transparent mit der Aufschrift "Deutsche helfen Deutschen" erwünscht sei. Dies wurde bejaht und somit wurde das selbstgemalte Tuch, das gemeinsam von Hauptordner Sebastian Thalheimer und anderen Unterstützern speziell für diese Veranstaltung angefertigt wurde, offen und ersichtlich gehisst. Dazu kam noch ein weiteres selbstgemaltes Tuch mit "Solidarität mit Andreas Ziegler".

Abrücken der nationalen Kräfte:

Kurz darauf rückte der dritte Weg mit seiner kleinen Abordnung ab. Nachdem einige Teilnehmer verwundert nachfragten, wurde von einem Ordner erklärt, dass ein Bundestagsabgeordneter der AfD sich weigere eine Rede zu halten, solange sich Personen einer rechten Partei auf dem Platz befinden. Dies sprach sich schnell rum und einige Teilnehmer reagierten kritisch und mit Unmut auf die Reaktion der AfD. Währenddessen wurde Marina Djonovic, die hinter dem Deutsche-helfen-Deutschen-Banner stand gebeten, das Tuch zu entfernen, da sich die AfD daran störe. Worte wie Parteiausschlussverfahren fielen. Das war Anlass dafür, dass die rund 50 Teilnehmer von NPD und freien Kräften die Veranstaltung verließen. Darunter befanden sich viele bekannte Personen aus den verschiedensten Ecken Baden-Württembergs, u.a. NPD-Generalsekretär Alexander Neidlein, Rechtsanwältin Nicole Schneiders, NPD-Landesvorsitzender Jan Jaeschke und weitere nationale Kräfte. Einzelne Vertreter der AfD versuchten sich noch heimlich zu rechtfertigen. Im Hintergrund hörte man noch Wortfetzen und Geflüster von "Unvereinbarkeitslisten" und "Beobachtung des Verfassungsschutzes".

Am Bahnhof traf man nach kurzer Zeit noch vereinzelte AfD-Anhänger, die nur kurz am Vorbeilaufen erklärten, dass man nicht alle Redner anhören müsse. Was genau nach dem Abrücken der nationalen Kräfte mit dem restlichen Häufchen aus ca. 50 AfD- und JA-Mitgliedern auf dem Kundgebungsplatz geschah war zu dem Zeitpunkt nicht klar.

Weitere Fragen bleiben offen:

Wo war das Zentrum Automobil?

Wo war die Solidarität der Daimler AG?

Wo war Querdenken?

Da dies nur ein Zwischenbericht ist, muss der Vorfall heute aufgearbeitet und die Situation analysiert werden. Desweiteren muss darüber diskutiert werden, wie in Zukunft mit anderen Parteien, vorallem der AfD verfahren wird. Ein Versuch des Schulterschlusses in Form eines gemeinsamen Zieles war heute gescheitert. Eine überparteiliche Soli-Mahnwache konnte nicht wie geplant stattfinden. Die AfD hat heute wieder einmal bewiesen, dass öffentliche Distanzierung von anderen nationalen und patriotischen Organisationen und nicht das Ziel und der politische Wille im Vordergrund stehen.

Solidarität ist unsere Waffe!

Niederlagen gibt es keine, nur Erfahrungen!

Offizielle Erklärung des Landesvorstandes der NPD Baden-Württemberg

<https://www.facebook.com/npdbw/posts/4021754034539499>



NPD Baden-Württemberg

14. Mai · 🌐

...

Am Sonntag auf nach Stuttgart! Hintergründe und Infos gibt es hier:
<https://t.me/mahnkundgebungAndreasZiegler>

Wir sind stärker als euer Hass

Zum Gedenken an den feigen
Mordanschlag auf Andreas Ziegler

16 · 05 · 21

Stuttgart Bad Cannstatt, Mercedesstraße

14 Uhr

<https://t.me/mahnkundgebungAndreasZiegler>

II) 28.05.2021: Dr. Spaniel unterschreibt Protokoll zum Aufnahmebeschluss von Andreas Ziegler (Gründungsmitglied Zentrum Automobil) und Christiane Schmauder (Schwerbehindertenbeauftragter Zentrum Automobil)

Anmerkung: Der Aufnahmebeschluss wurde in beiden Fällen von Dr. Spaniel unterschrieben. Andreas Ziegler und Christiane Schmauder haben ihre Mitgliedschaft im Verein Zentrum Automobil im Aufnahmeantrag nicht angegeben. Dr. Spaniel ist mit beiden seit Jahren bekannt. Der Verein Zentrum Automobil e.V. (ZA) wurde 2009 von Andreas Ziegler mitgegründet und auf seinen Namen eingetragen.

Christiane Schmauder ist die Schwerbehindertenvertretung von Zentrum Automobil e.V.
christiane.schmauer@zentrum-automobil.de

mm) 08.09.2021: Christine Schmauder gibt eine eidesstattliche Versicherung ab:
„dass es keine Beziehungen von Herrn Dirk Spaniel zu Frau Marina Djonovic und
Herrn Sebastian Thalheimer gibt“

08.09.2021

Eidesstattliche Versicherung

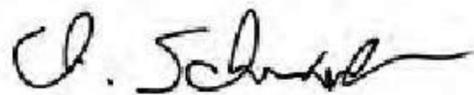
Hiermit versichere ich, Christiane Schmauder, geb. 25.19.1972, an Eides statt, das es keine Beziehungen von Herrn Dirk Spaniel zu Frau Marina D und Herrn Sebastian Thalheimer gibt bzw gab.

Es ist vielmehr so, daß Herr Spaniel mich als Veranstalterin der Mahnkundgebung gebeten hat, sowohl die NPD, als auch die Teilnehmer der Kundgebung des 3. Weges der Veranstaltung zu verweisen, da er sonst keine Rede halten wird. Dieser Aufforderung kam ich daraufhin auch nach.

Frau Marina Djonovic und Herr Thalheimer waren auf dieser Veranstaltung, da sie in direktem Kontakt mit unserem damaligen Sicherheitsbeauftragten, Herrn Christian Brandtner, waren. Dieser sprach das Sicherheitskonzept direkt mit Herrn Thalheimer ab, da beide sich wohl schon sehr lange kannten. Wie ich später erfuhr, war Herr Brandtner selbst jahrelange Mitglied der NPD und daher ist er auch mit Frau Marina Djonovic seit langem bekannt und befreundet.

Da Herr Brandtner als Sicherheitsbeauftragter fungierte und er bis dahin mein Vertrauen genoss, ging ich davon aus, dass dies alles so in Ordnung sei. Zumal er selbst die Walkie Talkies zur Absicherung der Kundgebung zu Herrn Thalheimer gebracht und mit ihm das Sicherheitskonzept erstellt hat. Er teilte mir ausdrücklich mit, daß ich mich darum nicht kümmern brauche. Da dies meine erste Veranstaltung Dieser Art war, war ich darüber auch sehr dankbar.

Letztendlich habe ich den Kontakt zu Herrn Brandtner abgebrochen und die bei ihm laufenden Aufträge zur Personensicherung beendet, da einige seiner Aussagen wahrheitswidrig waren und seine Kontakte zu fragwürdig.



mm) 15.09.2021: Frank Lobstedt gibt Stellungnahme zur "Versicherung an Eides Statt" von Frau Christiane Schmauder vom 08.09.2021 ab

Frank Lobstedt
Eichendorffstr 9
78054 Villingen-Schwenningen

Stellungnahme zur **"Versicherung an Eides Statt"** von Frau Christiane Schmauder vom 08.09.2021

Hierzu kann ich zu folgenden Punkten folgendes erklären:

Die Erklärung, dass Herr Dirk Spaniel in keinerlei Beziehung zu Frau Marina Djonovic und Herrn Sebastian Thalheimer steht oder stand, ist nichtzutreffend. Bereits im Vorfeld der in Cannstatt stattgefundenen Mahnwache existierte eine interne Gruppe auf TELEGRAM von Frau Schmauder. Teilnehmer dieser Besprechungsgruppe waren unter anderem auch Herr Spaniel und die beiden o. g. Personen Djonovic und Thalheimer. Dies kann ich bestätigen da ich selbst, als für Herrn Ziegler Sicherheit zuständige Person, ebenfalls in dieser Gruppe war, in der ein reger Austausch stattfand. In diesem Punkt spricht Frau Schmauder die Unwahrheit.

Die Erklärung, dass Herr Spaniel Frau Schmauder aufgefordert hätte, die Gruppierung der NPD sowie des III. Weges von der Veranstaltung zu verweisen da die AfD Abgeordneten sonst nicht sprechen werden, ist ebenfalls nichtzutreffend. Herr Spaniel störte sich lediglich an Plakaten und wollte diese entfernt haben. Bereits im Vorfeld wurde in der TELEGRAM Gruppe klar kommuniziert das diese Gruppen vor Ort sein werden. Es gab diesbezüglich von Frau Schmauder im Vorfeld eine klare Ansage das keine politischen Plakate mit Parteilogos dieser Gruppen bei der Kundgebung zu sehen sein sollten. Auf Ansage von Frau Schmauder, die Plakate einzurollen wurde dem nachgekommen.

Einen Verweis von der Veranstaltung gab es zu keinem Zeitpunkt. Die Gruppe des III. Weges verließ kurze Zeit später aus Protest die Veranstaltung und die Gruppierung der NPD einige Zeit später dann aus Protest ebenfalls.

Von den drei Mandatsträger der AfD erklärte zu Beginn der Kundgebung einzig Herr Kaufmann, dass er unter Anwesenheit dieser beiden Gruppen nicht sprechen würde. Auch in diesem Punkt spricht Frau Schmauder nicht die Wahrheit.

Frau Schmauder erklärte an Eides Statt, dass die beiden, Frau Djonovic und Herr Thalheimer, wegen Herrn Brandtner auf der Veranstaltung waren. Dies ist nichtzutreffend. Aus einem Chatprotokoll in WhatsApp zwischen Frau Schmauder und Herrn Brandtner geht klar hervor, dass Herr Brandtner nicht mal die Kontaktdaten von Herrn Thalheimer hatte und diese erstmals am 11.05.2021 von Frau Schmauder an Herrn Brandtner übermittelt wurde.

Die o. g. Personen befanden sich auf der Kundgebung, weil Frau Schmauder diese bereits Wochen zuvor persönlich am Rande eines Verhandlungstermins am OLG Stammheim eingeladen hatte, als diese mit einer kleinen Gruppierung mehrmals demonstrierten. Hier wurden auch die Teilnehmer der NPD Kundgebungen in Stammheim mehrfach durch Frau Schmauder mit Essen versorgt.

Den Kontakt zwischen Frau Schmauder und des Vorstandsmitglieds der NPD, Frau Djonovic, empfand ich als sehr privat, man kannte sich. Auch habe ich Frau Djonovic bei Frau Schmauder privat angetroffen und sollte sie auf Wunsch von Frau Schmauder zur Verhandlung nach Stammheim mitnehmen. Auch hier hat Frau Schmauder die Unwahrheit gesagt.

nn) 13.10.2021: Andreas Mürter postet eine Bild mit Dr. Spaniel und Andreas Ziegler

 **Andreas Mürter mit Andreas Ziegler.**
9 Min. · 

Danke [Andreas Ziegler](#) fürs durchhalten
<https://www.swr.de/.../urteil-landgericht-stuttgart-wasen...>



 Rosa-Maria Reiter und 1 weitere Person

 Gefällt mir  Kommentieren  Teilen

https://www.facebook.com/plugins/post.php?href=https%3A%2F%2Fwww.facebook.com%2Fandreas.murter%2Fposts%2F4745385232139325&show_text=true&width=500

oo) 13.10.2021 20:26: Dubravko Mandic postet: „Andreas Ziegler, der fast auf offener Straße ermordet worden wäre, darf nicht in die AfD eintreten.“

Volkswanwalt Mandic - Anwalt für Meinungsfreiheit

898 subscribers

Volkswanwalt Mandic - Anwalt für Meinungsfreiheit
Forwarded from  Martin Sellner
[TELEGRAMELITE]

**Alternative
für
Deutschland**

891 Zentrale & 1007 Stuttgart

Anwesenpunkt: Mari Toanberger

Telefon: +49 715 / 7202940
E-Mail: geschaeftstelle@afd-bw.de
Internet: www.afd-bw.de

Stuttgart, den 23.09.2021

Sehr geehrter Herr Ziegler,

Der Landesvorstand der Alternative für Deutschland Baden-Württemberg hat am 17. September 2021 auf seiner 134. Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

Der Landesvorstand widerruft die Annahmserklärung zur Mitgliederaufnahme von Andreas Ziegler gemäß §4 Abs. 2 Satz 6 der Bundesatzung, weil Andreas Ziegler in seinem Aufnahmesatzung verschwiegen hat, dass er Mitglied im Zentrum Automobil ist. Mit diesem Widerruf ist die Mitgliedschaft in der Alternative für Deutschland mit Wirkung für die Zukunft beendet.

Mit freundlichen Grüßen

Der Landesvorstand

Alternative für Deutschland Baden-Württemberg

Alternative für Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg
Bismarckring 9
70567 Stuttgart

Telefon: +49 715 / 7202940
geschaeftstelle@afd-bw.de
www.afd-bw.de

Volkswanwalt Stuttgart
891 Zentrale & 1007 Stuttgart
E-Mail: geschaeftstelle@afd-bw.de
www.afd-bw.de

Das ist scheinbar echt...

 Andreas Ziegler, der fast auf offener Straße von Linksterroristen ermordet worden wäre, darf nicht in die AfD eintreten. Der Grund soll seine, dass er in einer patriotischen Gewerkschaft ist.

!! Falls jemand mehr dazu weiß, schreibt es mir bitte. Mich macht das einfach fassungslos. Das kann doch nicht wahr sein.

 Telegramelite

 109 20:26



pp) Beschlusslage

29.08.2017: Telefonkonferenz des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg: keinen Veranstaltungen der AfD mit Hilburger

Aus dem Protokoll zur Telefonkonferenz des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg am 29.08.2017, 20.34 Uhr – 21.45 Uhr

TOP 17: Oliver Hilburger und Jürgen Elsässer retten das Auto – Anhang 4 – 21:11-21:20

Konsens im Landesvorstand: **Es gibt keinen gemeinsame Wahlkampfveranstaltungen der AfD mit Oliver Hilburger.**

Spaniel wird informiert.

19.06.2018: 63. Sitzung des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg: eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Automobil“ kommt nicht in Frage

Aus dem Protokoll zur 63. Sitzung des Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg (Telefonkonferenz) am 19.06.2018, 20:31 Uhr – 21:47 Uhr

TOP 12: Anfrage Armin Noll von der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“: Kooperation mit der Alternative für Deutschland (Ralf Özkara) – 21:04-21:14

Armin Noll von der Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ möchte eine Kooperation mit der Alternative für Deutschland.

Armin Noll: Die Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ hat während den Bundestagswahlen / Betriebsratswahlen bei der Daimler AG für die AfD „Werbung“ gemacht.

Beschluss (einstimmig): **Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kommt eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Automobil“ nicht in Frage.**

Der 5. Landesvorstand hat eine Zusammenarbeit und gemeinsame Auftritte einstimmig abgelehnt.

15.10.2019: 30. Sitzung des 6. Landesvorstandes der AfD Baden-Württemberg am Dienstag, 15.10.2019 ab 19.16 Uhr

TOP 11. Neubewertung/Aufhebung/Neufassung des Abgrenzungsbeschlusses zum „Zentrum Automobil“ vom 19.06.2018 ?

Während der eingehenden Behandlung dieser Thematik werden folgende drei Sachanträge abgestimmt.

Antrag Spaniel „Der LaVo-Beschluss von 2017 zum „Zentrum Automobil“ wird aufgehoben.“ wird mit 9 Neinstimmen bei einer Jastimme und ohne Enthaltung abgelehnt.

Antrag [29. Sitzung]

„Dr. Spaniel wird aufgefordert, seine Teilnahme an der Veranstaltung des Compact-Magazin am

16.11.2019 abzusagen.“

[Begründung: am 29.08.2017 hat der LaVo beschlossen, keine gemeinsamen Wahlkampfveranstaltungen mit Herrn Hilburger durchzuführen. Der Beschluss ist noch gültig. Im Übrigen nehmen weitere zweifelhafte Personen teil: Holger Strohm, und Gerhard Wisnewski (beides Buchautoren und Verschwörungstheoretiker).]

wird mit 7 Jastimmen bei einer Neinstimme und einer Enthaltung angenommen.

Antrag Bernhard

„Der Bundesvorstand wird um eine Stellungnahme gebeten, wie er zu gemeinsamen, öffentlichen Auftritten von AfD-Politikern, Amts- und Mandatsträgern, mit Funktionären des Zentrums Automobil steht.“

wird mit 5 Jastimmen bei 2 Neinstimme und 2 Enthaltungen angenommen.

28.10.2019: Anschluss des Bundesvorstandes an Beschlusslage des Landesvorstandes zum „Zentrum Automobil e.V.“

Von: AfD-BGS | Bundesgeschäftsführung <hans-holger.malcomess@afd.de>

Datum: 29.10.2019

Verteiler: Landesvorstand Baden-Württemberg / Bundesvorstand zur Kenntnis

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Landesvorstandes Baden-Württemberg,

der Bundesvorstand hat in seiner gestrigen Präsenzsitzung einen einstimmigen Beschluss zum Verein "Zentrum Automobil e.V." gefasst, den ich Ihnen nachfolgend zur Kenntnis gebe:

TOP 5.1.a) - Anschluss des Bundesvorstandes an Beschlusslage des Landesvorstandes zum „Zentrum Automobil e.V.“

Beschluss:

„Der Bundesvorstand schließt sich den Beschlusslagen des Landesvorstandes Baden-Württemberg vom 29.08.2017 sowie vom 15.10.2019 bezüglich der Vereinigung ‚Zentrum Automobil e.V.‘ (www.zentrum-automobil.de) an.“

Begründung:

„Der Vorstand des Vereins besteht gemäß aktuellem Vereinsregister-Auszug des Amtsgerichtes Stuttgart Nr. 720647 vom 22.10.2019 aus zehn Mitgliedern. Zu vier der genannten Personen liegen nachfolgende Informationen öffentlich vor:

- a. Vorstandsmitglied (Beisitzer) Tobias Gerstner: ‚gehörte laut Behördendokumenten jahrelang zur badischen Neonaziszene‘ (<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.daimler-neonazis-wollen-einfluss-im-betriebsrat-ausbauen.ef65ddb8-521f-4c98-a8a2-feed2cc90414.html>),

- b. 1. Vorstand Oliver Hilburger: ehemaliges Mitglied der Rechtsrock-Band „Noie Werte“ (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-und-die-rechte-gewerkschaft-wenn-dein-blauer-arm-es-will.59cfac1b-bcf2-4909-9a0d-bd48a6c47e44.html>; https://de.wikipedia.org/wiki/Noie_Werte),
- c. Schatzmeister Hans Jaus: war vermeintlicher Bundesschatzmeister der Wiking-Jugend (<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2018-01/rechtsextremismus-daimler-gewerkschaft-hakenkreuz-e-mail>),
- d. Vorstandsmitglied (Administrator, Webmaster) Thomas Scharfy: ‚betreute in den 90er Jahren die Mailbox ‚Empire BBS‘ des ‚Thule-Netzes‘, über das sich vor dem Internetzeitalter Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet austauschten‘ (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-und-die-rechte-gewerkschaft-wenn-dein-blauer-arm-es-will.59cfac1b-bcf2-4909-9a0d-bd48a6c47e44.html>).

Eine Zusammenarbeit des Landesverbandes Baden-Württemberg der Alternative für Deutschland und dem „Zentrum Automobil e.V.“ ist unter Berücksichtigung der zu den vier genannten Personen vorliegenden Informationen nicht ratsam, weil dies das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im schlimmsten Fall als Verbindung (bzw. als Zusammenarbeit) von AfD-Politikern in die rechtsextremistische Szene verorten und ein Einwirken durch die entsprechenden Protagonisten auf die Partei unterstellen könnte (was vergleichbar schon im BfV-Gutachten vom Januar 2019 erfolgte).
Anlage - Vereinsregisterauszug Nr. 720647 des Amtsgerichtes Stuttgart vom 22.10.2019

Des Weiteren (nicht in der Begründung des Bundesvorstands aufgeführte Personen):

- e. Sascha Woll, Beisitzer Vorstand Zentrum Automobil e. V., Betriebsrat: Ehemaliges Mitglied der Stuttgarter Skinhead-Truppe Kreuzritter. Vgl. <https://www.fr.de/panorama/baden-wuerttemberg-althuette-neonazis-reichsbuerger-nsu-90159483.html>
- f. Betriebsrat Rico Heise (Zentrum Automobil e.V.) wurde vom NSU-Untersuchungsausschuß wegen nachgewiesener Kontakte verhört. Die Morde des NSU bezeichnete er als „Systemmorde“ und „fraglich ob überhaupt“.
Vgl. <https://rdl.de/beitrag/afd-ger-t-durch-angeheuertem-ermittler-kiefer-bedr-ungnis-aber-unverhohlenes-grinsen-bei-rico>
- g. Andreas Brandmeier, ehemaliger Vorsitzender des Zentrums Automobil e.V. äußerte sich: „Der deutsche Gruß heißt Heil Hitler“ (Report Mainz, 30.01.2018, <https://www.swr.de/report/neue-gewerkschaftsfront-rechte-wollen-macht-in-betriebsraeten-ausbauen/-/id=233454/did=21054076/nid=233454/1n4gf3u/index.html>)